

Interview:

Moderne Datennomaden

Der Künstler Peter Weibel über die gläserne Gesellschaft

8

Aus AK&Gewerkschaften:

Steuern müssen steuern

Die Sozialpartnervorschläge zur Steuerreform

30

Internationales:

Linksruck in Lateinamerika

Ein Kontinent ist von sozialen Gegensätzen geprägt

42

Arbeit & Wirtschaft

Herausgegeben von AK und ÖGB

N° 4 | 2008 | 62. Jahrgang | € 2,-

www.arbeit-wirtschaft.at

Schwerpunktthema:

Die digitale Gesellschaft

ab Seite 8





© ÖGB-Verlag/Paul Sturm

5



© ZKM Karlsruhe

8



© ÖGB-Verlag/Paul Sturm

11



© ZKM Karlsruhe

40

Schwerpunkt:

Datenschutz im Konzern **11**

ArbeitgeberInnen sind berechtigt bestimmte Daten zu sammeln, allerdings nicht unbegrenzt – Betriebsrat und MitarbeiterInnen haben Mitspracherecht.

Vogel-Strauß-Politik **16**

In Sachen innerbetrieblichen Datenschutz vertrauen die ÖsterreicherInnen ihren ArbeitgeberInnen.

Politik zum Mitmachen **18**

Im Web 2.0 wünscht sich die Politik rege Diskussionen. Mit der dafür nötigen Offenheit tut sie sich aber noch schwer.

Privatsphäre in Gefahr **20**

Unsere moderne Informationsgesellschaft bietet uns Bequemlichkeit und Sicherheit – das hat aber auch seinen Preis.

Big Brother Google **22**

Cool und bunt, großzügig zu MitarbeiterInnen und spendabel zu NutzerInnen: Gigant Google versprüht Sympathie, ist aber auch eine gefährliche Datenkrake.

Web 2.0 verbindet **24**

Internet mit Interaktivität. PCs mit Handys und BlackBerrys. Bildungsarbeit mit neuen Möglichkeiten.

Macht und Ohnmacht **26**

Die moderne Wissensgesellschaft öffnet eine digitale Kluft zwischen Jung und Alt, Reich und Arm, entwickelten und Entwicklungsländern.

Interviews:

Fische im Datenmeer **8**

Peter Weibel, Vorstand des Zentrums für Kunst und Medientechnologie (ZKM) in Karlsruhe, analysiert die gläserne Gesellschaft.

Tagebuch oder Terror **14**

Hans G. Zeger ist Obmann der Österreichischen Gesellschaft für Datenschutz (ARGE Daten), die Ausbildungen zum/r Datenschutzbeauftragten anbieten.

Standards:

Standpunkt: Im Datennetz	4
Veranstaltung: Gewinnbeteiligung	5
Aus AK & Gewerkschaften	6/7
Internationale Meldungen	44
Buchtipps: Gott behüte! (Robert Misik)	45
Man kann nicht alles wissen	46

Erklärungen aller grün-markierten Worte.

Meinung:

Kommentar: Pro Infotechnologien	28
Kommentar: Gegen Verdummung	29

Gesellschaftspolitik:

Die Kinder des Zorns	40
----------------------	----

aus AK & Gewerkschaften:

Sozialpartner zur Steuerreform	30
Weiterbildungswildwuchs	36

Wirtschaft & Arbeitsmarkt:

Verbraucherpreise	35
Frauen im Aufsichtsrat	32

Internationales

Auf dem Weg nach Links	42
------------------------	----

www.arbeit-wirtschaft.at

Alle Beiträge finden Sie auch auf unserer Homepage sowie die eine oder andere Ergänzung zu einzelnen Themenschwerpunkten, die wir aus Platzgründen in der Zeitschrift nicht mehr berücksichtigen konnten.

Schöne neue Welt?**Redaktion intern**

Die neuen Informations- und Kommunikationstechnologien (KIT) und ihre Chancen und Risiken sind das Schwerpunktthema der Ausgabe Nr. 4/2008 der »Arbeit&Wirtschaft«.

Der Künstler, Ausstellungskurator und Kunst- und Medientheoretiker Peter Weibel hat zur gläsernen Gesellschaft naturgemäß eine andere Meinung als Hans G. Zeger, Obmann der Österreichischen Gesellschaft für Datenschutz (ARGE Daten). Wir haben beide zum Interview gebeten. Das Gespräch mit Weibel lesen Sie ab Seite 8, das mit Zeger ab Seite 14.

Seit dem Lidl-Skandal in Deutschland wird das Thema Datenschutz am Arbeitsplatz auch hierzulande wieder heftig diskutiert. Und das, obwohl die Österreiche-

rInnen in Sachen innerbetrieblichem Datenschutz eigentlich nicht sehr empfindlich sind. Clara Fritsch über die Fakten – ab Seite 11 und Seite 14.

Nützlich oder gefährlich – diese Frage stellt sich immer wieder in Hinblick auf die neuen Technologien und das gerne beschworene Web 2.0. Bei uns lesen Sie über die Chancen und Möglichkeiten für Politik (Seite 18) und Bildungsarbeit (Seite 24), aber auch über Risiken für KonsumentInnen (Seite 20) und durch die Datenkrake Google (Seite 22). Brigitte Pellar und Karl Kollmann diskutieren auf den Seiten 28 und 29 das Pro und Contra.

Neben dem Schwerpunktthema präsentieren wir in der aktuellen A&W auch die Vorschläge der Sozialpartner zur Steuerre-

form (Seite 30), Zahlen, Daten, Fakten zu Frauen im Aufsichtsrat (Seite 32) und mehr.

Auch wir sind im Netz präsent: Auf unserer Homepage www.arbeit-wirtschaft.at haben Sie die Möglichkeit, Artikel zu kommentieren und zu versenden. Wie 14-jährige SchülerInnen des BG/BRG Freistadt über Politik und Meinungsforschung denken, können Sie online bei den Kommentaren zum Artikel »Ich bin der Meinung« in der Ausgabe 3/2008 lesen. Ihr Klassenvorstand hat die »A&W« als Unterrichtsmaterial genutzt.

Wir freuen uns übrigens stets über Kritik und Anregung: aw@oegb.at

Für das Redaktionskomitee
Katharina Klee

Standpunkt

Katharina Klee
Chefredakteurin



Im Datennetz

Es war einmal vor langer Zeit ...« stand in der Betreffzeile des E-Mails, das mich vor zwei Wochen erreichte. Die Absenderin war mir auf den ersten Blick unbekannt. Hinter dem fremden Nachnamen verbarg sich die beste Freundin meiner Kindertage, mittlerweile verheiratet, trägt sie den Namen ihres Mannes. Sie hatte mich ausgegogelt und schnell meine Mailadresse gefunden – aber nicht nur die. Denn Dank der größten und erfolgreichsten Suchmaschine des Internets, weiß sie sehr genau, was ich beruflich mache und gemacht habe, was meine Interessen sind, welche Kontakte ich habe, wofür ich mich engagiere, was mein Standpunkt ist. Und auch diese Worte kann sie bald im Netz finden.

Kontakt per Internettelefon

Mehr als 500 Einträge findet man, wenn man meinen Namen bei Google unter »Seiten aus Österreich« eingibt. Der Großteil davon – nicht alle – handelt von mir. Wer weiter forscht bei sozialen Netzwerken wie Xing oder Facebook kann noch mehr über mich herausfinden. Er oder sie könnte feststellen, ob wir gemeinsame Bekannte haben – das ist ja auch der Sinn dieser Netzwerke. So habe ich über diese in den letzten Jahren auch immer wieder Menschen wiedergefunden, die mir aus den Augen, aus dem Sinn geraten sind.

Während ich diese Zeilen in die Tastatur meines Computers zu Hause klopfe, geht ein kleines Fenster auf. Das Internettelefon Skype teilt mir mit, dass meine Freundin in Tirol online ist. Sie ist Journalistin wie ich und sitzt auch gerade allein vor ihrem Laptop.

Wie so oft teile ich ihr mit, woran ich gerade schreibe, und wie so oft bitte ich sie, meinen Artikel noch einmal durchzulesen. Sie, die Wienerin, die in Tirol lebt, habe ich, die Tirolerin in Wien, nicht daheim kennengelernt, sondern auch im Internet. Begegnet sind wir uns auf der Gourmetplattform Speising.net, über die gemeinsame Leidenschaft zu gutem Essen und Trinken. Im Schutze von Nicknames – Internet-Pseudonymen – haben wir dort so manche Diskussion ausgefochten, bevor wir uns zum ersten Mal im wirklichen Leben trafen und sahen. Aus dieser Konstellation haben sich bereits einige wunderbare Freundschaften ergeben – durch dieses Kennenlernen auf der Basis gemeinsamer Interessen, jenseits von Vorurteilen über Alter und Kleidung. Ich bin mir aber bewusst, dass ich auch dort meine Spuren hinterlassen habe und noch ein wenig mehr zum gläsernen, zum öffentlichen Menschen geworden bin.

Eine andere Freundin meldet sich per Mail. Sie bedankt sich für die Fotos vom gemeinsamen Ausflug – ich habe sie über das von Google gratis zur Verfügung gestellte Fotoalbumsystem ins Netz gestellt und ihr den Link geschickt. So kann sie sie online betrachten, kommentieren und sich die schönsten herunterladen. Angeblich sind die Seiten in meinen Webalben nur mir zugänglich und jenen, denen ich Zugang gewähre. Es stünde mir aber auch frei, sie über Picasa oder das Fotosystem Flickr ganz öffentlich zu machen. Mir genügt es so, und wenn ich meine Eltern zu Hause besuche, zeige ich ihnen gerne meine Fotoalben. All diese Bilder auf Papier mitzuschleppen wäre wohl ein wenig mühsam.

Das Internet ist zum fixen Bestandteil in meinem Berufs- und Privatleben geworden. Arbeit und Freundschaften sind eng mit dem Computer verknüpft. Es gibt Seiten, die ich fast täglich besuche. Tageszeitungen, wie den Standard, lese ich fast ausschließlich online – und hin und wieder kann ich mir auch dort – hinter der Maske eines Nicknames – einen Kommentar nicht verkneifen. Nur noch selten gibt es Tage, an denen ich meine Mails nicht abrufe, wenn schon nicht über den Computer, dann über das Handy. Ich erledige meine Bankgeschäfte übers Netz, buche meine Urlaube im Internet, lade Kochrezepte herunter, habe auch schon das eine oder andere bei eBay ge- oder verkauft und bestelle Bücher bei Amazon. Sie kennen mich dort, begrüßen mich namentlich, wenn ich die Seite öffne und informieren mich per Newsletter über Bücher, die mich auch noch interessieren könnten.

Auf Wiedersehen im »Real Life«

Das Netz gibt mir die Möglichkeit, mit FreundInnen zu kommunizieren ohne lange Telefonate, mit kleinen Gesten zwischendurch: ein Smiley über Skype, ein Blumentopf über Facebook, ein Foto über Picasa. Und trotz aller Warnungen fühle ich mich nicht nur gefangen im Datennetz, sondern auch ein wenig aufgefangen. Ganz besonders dann, wenn ich die Menschen aus meiner virtuellen Wirklichkeit im sogenannten »Real Life« treffe – so wie jene Freundin aus Kindertagen, die mich demnächst in Wien besucht, und die ich wohl ohne Google so schnell nicht wieder gesehen hätte.

Gewinnbeteiligung

Am 8. April fand im AK Bildungszentrum in Wien die Veranstaltung »Mitarbeiterbeteiligung in Diskussion« und die Buchpräsentation von »Gewinnbeteiligung – Mitarbeiterbeteiligung« statt.

AK-Präsident **Herbert Tumpel** eröffnete die Veranstaltung, die anschließende Podiumsdiskussion stand unter dem Motto »Standpunkte aus ArbeitnehmerInnen- und ArbeitgeberInnensicht«. Im Mittelpunkt stand der Vergleich unterschiedlicher Erwartungen mit der Realität verschiedener Modelle und die Kernfrage, ob dabei sowohl MitarbeiterInnen als auch Unternehmen gewinnen.

Der Geschäftsführer des ÖGB-Verlags, **Gerhard Bröthaler**, präsentierte in diesem Rahmen das aktuell erschienene Buch »Gewinnbeteiligung – Mitarbeiter-

beteiligung«, und bedankte sich beim Herausgeber **Heinz Leitsmüller**, dem Leiter Abteilung Betriebswirtschaft in der AK Wien, für das ausgezeichnete Werk, das sich einer fundierten Beurteilung von Beteiligungsmodellen widmet.

Weil die Grenzen zwischen Chancen und Risiken schwimmend sind, behandeln die Beiträge des Buches das Thema aus verteilungspolitischer, steuerlicher, gesellschaftsrechtlicher, betriebswirtschaftlicher, gewerkschaftlicher und arbeitspsychologischer Sicht, fünf Modelle aus der Praxis werden vorgestellt.

BUCHTIPP

Gewinnbeteiligung – Mitarbeiterbeteiligung. Zwischen Mythos und Realität

Heinz Leitsmüller (Hrsg.)
ISBN: 978-3-7035-1330-5

Bestellung:

ÖGB-Fachbuchhandlung,
1010 Wien, Rathausstr. 21,
Tel.: (01) 405 49 98-132

E-Mail:

fachbuchhandlung@oegbverlag.at



Hausherr und AK-Präsident **Mag. Herbert Tumpel** eröffnete die Veranstaltung und sprach einleitende Worte.



Dr. Margret Beisheim, Institut für Personalmanagement der WU Wien, sprach über Motivation durch MitarbeiterInnenbeteiligung.



Mag. Heinz Leitsmüller (Herausgeber des Buchs, AK Wien) lieferte Zahlen, Fakten, Standpunkte zu Gewinnbeteiligung.



Mag. Ruth Naderer, **Mag. Sepp Zuckerstätter**, Co-AutorInnen des Buches, AK Wien, lieferten eine kritische Analyse zum Thema.

IMPRESSUM

Redaktion »Arbeit&Wirtschaft«:

Laurenzberg 2, 1011 Wien,
Telefon: (01) 534 44, Fax: (01) 534 44-595,
Katharina Klee (Chefredakteurin): Klappe 304,
Sekretariat: Sonja Adler, Klappe 340 (von 8 bis 12 Uhr)

E-Mail: aw@oegb.at

Internet: www.arbeit-wirtschaft.at

Abonnementverwaltung und Adressänderung:

Karin Stieber, 1231 Wien, Altmannsdorfer Straße 154–156,
Telefon (01) 662 32 96-6344 Dw., Fax Dw. 6385;
E-Mail: karin.stieber@oegbverlag.at

Redaktionskomitee

Arthur Ficzek (Vorsitz), Annemarie Kramser (Stellvertretender Vorsitz), Thomas Angerer, Gerhard Bröthaler, Lucia Bauer, Günther Chaloupek, Thomas Fessler, Andreas Gjecaj, Elisabeth Glantschnig, Katharina Klee (Chefredakteurin), Karl Kollmann, Georg Kovarik, Barbara Lavaud, Sabine Letz, Ruth Naderer, Katharina Painer, Brigitte Pellar, Alexander Schneider, Erik Türk

Redaktionsmitglieder

Katharina Klee (Chefredakteurin),
Sonja Adler (Sekretariat),
Dietmar Kreuzberger (Grafik und Layout)

Mitarbeiter/-innen dieser Ausgabe:

Katharina Klee (Chefredaktion), Sonja Adler, Lucia Bauer, Ruth Bauer, Kai Biehl, Tina Brunauer, Martha Eckl, Astrid Fadler, Clara Fritsch, Sibylle Fritsch, Karl Kollmann, Florian Kräftner, Gabriele Müller, Ruth Naderer, Petra Öllinger, Katharina Painer, Brigitte Pellar, Gerald Reischl, Reinhold Russinger, Georg Schober, Daniela Zimmer

Herausgeber:

Bundesarbeitskammer, 1040 Wien,
Prinz-Eugen-Straße 20–22, und Österreichischer
Gewerkschaftsbund, 1011 Wien, Laurenzberg 2

Medieninhaber:

Verlag des Österreichischen Gewerkschaftsbundes GmbH,
1230 Wien, Altmannsdorfer Straße 154–156,
Tel. (01) 662 32 96, Fax (01) 662 32 96-6385,
E-Mail: Renate.Wimmer@oegbverlag.at,
Internet: www.oegbverlag.at

Hersteller:

Verlag des ÖGB GmbH

Verlagsort: Wien**Herstellungsort:** Wien**Preise (inkl. MwSt.):**

Einzelnummer: € 2,-; Jahresabonnement Inland € 20,-;
Ausland zuzüglich € 12,- Porto; für Lehrlinge, Studenten und
Pensionisten ermäßigtes Jahresabonnement € 10,-.
Bestellungen an den Verlag des ÖGB, 1231 Wien,
Altmannsdorfer Straße 154–156,
Tel. 662 32 96, Klappe 6344 (Dw.).

ZVR-Nr. 576439352 • DVR-Nr. 0046655

Die in der Zeitschrift »Arbeit&Wirtschaft« wiedergegebenen Artikel entsprechen nicht notwendigerweise der Meinung von Redaktion und Herausgeber. Jeder/jede AutorIn trägt die Verantwortung für seinen/ihren Beitrag. Es ist nicht die Absicht der Redaktion, die vollständige Übereinstimmung aller MitarbeiterInnen zu erzielen. Sie sieht vielmehr in einer Vielfalt der Meinungen die Grundlage einer fruchtbaren geistigen Auseinandersetzung.

Die Redaktion übernimmt keine Gewähr für unverlangt eingegangene Manuskripte.

Leserzuschriften können auch gekürzt wiedergegeben werden. Nachdrucke, auch auszugsweise, nur mit Zustimmung der Redaktion und mit Quellenangabe.

Olympia:

Kampagne Play Fair 2008

Clean Clothes, Volkshilfe und ÖGB fordern faire Arbeitsbedingungen für ArbeiterInnen im Sportartikelsektor.

Die Sommerspiele in Peking könnten die profitabelsten seit Beginn der Olympischen Spiele werden. Auch durch die Euro 2008 erwarten sich Sportbekleidungshersteller massive Gewinne. Keine Gewinne haben die ArbeiterInnen, die weltweit Sportbekleidung und Merchandising-Artikel für Olympia und Euro 2008 produzieren, zu erwarten.

Im Gegenteil, die ArbeiterInnen, die Sportbekleidung und Merchandising-Artikel für sportliche Großevents herstellen, kommen durch die nahenden Sportevents noch mehr unter Druck.

In vielen Ländern droht ArbeiterInnen, die versuchen sich zu organisieren, um ihre Arbeitsbedingungen zu verbessern, die Entlassung. »Fair Play darf nicht nur im Sport gelten, sondern das Internationale Olympische Komitee muss auch für Fair Play in den Betrieben, die mit den Olympischen Spielen sehr viel Geld verdienen, sorgen! Und zu Fair Play

gehört vor allem auch die Möglichkeit zur Organisation in unabhängigen Gewerkschaften.«, stellt Monika Kemperle, Leitende Sekretärin des ÖGB, klar.

Die Kampagne Play Fair 2008 tritt gegen die weltweite Ausbeutung von ArbeiterInnen in der Sportbekleidungsindustrie auf und fordert Sportinstitutionen wie das Internationale Olympische Komitee und alle Unternehmen auf, sofortige Schritte für die Verbesserung der Lage der ArbeiterInnen zu setzen.

KonsumentInnen, die Play Fair 2008 unterstützen möchten

senden ein SMS mit dem Text »Play Fair« und ihrem Namen an 0699/115 33 137,

senden ein E-Mail von www.cleanclothes.at/playfair oder sammeln Unterschriften für die Play Fair 2008 Petition, Download unter www.cleanclothes.at/playfair

Arbeiterkammer-Service:

Kostenfalle Internet

Die Arbeiterkammer hilft Ihnen, per Mausclick den für Sie günstigsten Internetanschluss zu finden.

Grundsätzlich fallen beim Internet-Surfen Kosten für die Verbindung zum Provider und für die Dienstleistung des Providers (Verschaffung des Internetzuganges) an.

Die Kosten für den Internetzugang entstehen je nach Provider und abgeschlossenem Vertrag in Form von

- monatlichen Grundentgelten zuzüglich Verbindungskosten,
- monatlichen Pauschalen ohne Verbindungskosten (Flatrate),
- Verbindungskosten ohne monatliches Grundentgelt.

Im Internet surfen kann aber auch – wenn nicht aufgepasst wird – sehr schnell zu einer Kostenfalle werden. Vor allem

ungewolltes Daten-Roaming, gegen missbräuchliche Zugriffe nicht adäquat geschützte Internetanschlüsse und schlecht konfigurierte Hardware können die Internetrechnung in die Höhe schnellen lassen.

Mit einem Service der Arbeiterkammer können Sie jetzt den für Sie günstigsten Internet-Provider herausfinden:

www1.arbeiterkammer.at/Internetprovider/

Eine Übersicht über die günstigsten Preise und Tarife fürs Internet finden Sie im Tarifwegweiser:

www.mobilfunkrechner.de/akwien/pdf/internetadsl.pdf

ÖGB:

Immer aktuell informiert

Mit dem Newsletter-Service von www.oegb.at bleiben Mitglieder am Laufenden.

Das Newsletter-Service des ÖGB bietet Mitgliedern und auf der ÖGB-Homepage regelmäßig eine übersichtlich zusammengestellte Auswahl an Informationen per E-Mail. Auf der ÖGB-Homepage können Sie per Mausclick Ihren Newsletter bestellen. Die Newsletter werden dann an Ihre in Ihrem Profil gespeicherte E-Mail-Adresse geschickt.

Zur Auswahl stehen: die ÖGB-News der Woche, eine Meldungsübersicht der

wichtigsten Ereignisse und Berichte mit ÖGB-Frauen, monatlich, der Österreichischen Gewerkschaftsjugend (ÖGJ), etwa alle zwei bis drei Monate, der ÖGB-PensionistInnen, ebenfalls etwa alle zwei bis drei Monate. Sowie ein jeweils aktueller Newsletter zu Kampagnen & Aktionen und ein Newsletter mit den wichtigsten Presseausendungen für JournalistInnen. Der Soli-Reminder informiert Sie, sobald eine neue Ausgabe der Soli-

darität unter der Internetadresse www.oegb.at/soli online verfügbar ist.

Der »EU_NEWS«-Reminder informiert Sie, sobald eine neue Newsletter-Ausgabe des ÖGB-Europabüros im PDF-Format online verfügbar ist. BetriebsrätInnen erhalten nach Bestellung etwa alle zwei bis drei Monate Informationen vom ÖGB-Referat für Betriebsarbeit. Das und mehr finden Sie auf www.oegb.at. Registrieren Sie sich noch heute.

AK Oberösterreich:

Schwarzbuch Arbeitswelt

Viele Unternehmen verletzen das Arbeitsrecht: Die AK hilft ihren Mitgliedern wirksam und kostenlos.

Mit kompetenter Rechtsberatung ist es nicht immer getan. Denn es gibt Unternehmen, die auch die Erfüllung eindeutiger ArbeitnehmerInnenansprüche verweigern. Im Vorjahr hat die AK Oberösterreich ihre Mitglieder in mehr als 16.000 Fällen kostenlos vertreten. Der Erfolg kann sich sehen lassen: 86,2 Prozent der strittigen Ansprüche wurden schließlich durchgesetzt. In Geld ausgedrückt hat die AK den von ihr arbeitsrechtlich Vertre-

tenen 2007 rund 43 Millionen Euro verschafft. Im Schwarzbuch Arbeitswelt Oberösterreich sind jene zehn Unternehmen aufgelistet, die während der vergangenen drei Jahre die ArbeitsrechtsexpertInnen der AK OÖ am meisten beschäftigt haben. Außerdem werden mehr als 60 Fälle geschildert.

Das Schwarzbuch hat zu zahlreichen Reaktionen geführt. Die meisten dieser Reaktionen waren positiv. Eines von je-

nen zehn Unternehmen, die im Schwarzbuch namentlich genannt werden, hat nach dessen Veröffentlichung das Gespräch mit der Arbeiterkammer gesucht. Die Reinigungsfirma ISS Facility Services GmbH hat nach Gesprächen mit der AK eine Reihe von Maßnahmen im Sinne der Beschäftigten zugesagt.

Das Schwarzbuch Arbeitswelt zum Download: www.arbeiterkammer.com/pictures/d36/Schwarzbuch2008_web.pdf

Einladung Buchpräsentation

Der ÖGB-Verlag lädt gemeinsam mit dem VÖGB und der AK Wien zur: **Buchpräsentation »Arbeitszeitgesetz«**

Ort: Fachbuchhandlung des ÖGB-Verlags, Rathausstraße 21, 1010 Wien

Datum: Donnerstag, 24. April 2008, 18.30 Uhr

Arbeitszeitgesetz 2008

Wohl kaum ein anderes Teilgebiet des Arbeitsrechts ist für die praktische Rechtsanwendung so schwer zugänglich wie das Arbeitszeitrecht. Andererseits spielt die Gestaltung der Arbeitszeit für die Betroffenen eine ganz entscheidende Rolle. Klarheit und ausreichende Information über die Rechtsgrundlagen sind für sie deshalb besonders wichtig.

Die AutorInnen sind in der Darstellung zum Teil neue Wege gegangen. An der Form des »Fußnotenkommentars« wurde festgehalten, aber die strikt numerische Reihenfolge zugunsten einer übersichtlicheren Systematik mitunter verlassen.

Auch im Stil unterscheidet sich das Buch von anderen Publikationen: Es ist kein Kurzkomentar, der anhand von Judikatur und Literatur kurze und präzise Antworten geben könnte. Da weite Bereiche des Arbeitszeitrechts bisher weder in der rechtswissenschaftlichen Literatur noch in der Rechtsprechung systematisch aufgearbeitet wurden, mussten viele Fragen mit entsprechend ausführlicher Begründung und Ableitung aus der nicht immer einfachen Gesetzeslage von Grund auf neu bearbeitet werden.

Josef Cerny, Christoph Klein, Bernhard Schwarz, Gerda Heilegger

Reihe: Gesetze und Kommentare Nr. 84, 672 Seiten, € 45,-, ISBN: 978-3-7035-1113-4

Buchpräsentation mit den AutorInnen. Eintritt frei!

Anmeldung und nähere Information bitte unter renate.wimmer@oegbverlag.at.



Fische im Datenmeer

Peter Weibel, Vorstand des Zentrums für Kunst und Medientechnologie (ZKM) in Karlsruhe, analysiert die gläserne Gesellschaft.

ZUR PERSON



Peter Weibel

Geboren 1944 in Odessa

Künstler, Ausstellungs**kurator** und Kunst- und Medientheoretiker, studierte Literatur, Film, Mathematik, Medizin und Philosophie in Wien und Paris. Professuren an der Hochschule für angewandte Kunst Wien, an Unis in Buffalo, Halifax, Kassel

1989–94 Leiter des Instituts für Neue Medien, Städelschule, Frankfurt a. Main

1992–95 künstlerischer Leiter Ars Electronica, Linz. 1993–99 Österreich-Kommissär der Biennale Venedig und künstlerischer Leiter Neue Galerie Graz

Seit 1999 Vorstand Zentrum für Kunst und Medientechnologie Karlsruhe

Arbeit&Wirtschaft: *Herr Professor Weibel, Orwells Science-Fiction-Roman vom Überwachungsstaat scheint Wirklichkeit geworden zu sein. Statt denunziatorischer Nachbarn und altmodischer Spione gibt es eine ausgeklügelte Technologie, die uns kontrolliert mit dem Vorwand, uns zu schützen. Ist die überwachte Gesellschaft ein Produkt des 21. Jahrhunderts?*

Peter Weibel: Sich überwacht fühlen oder nicht ist auch ein innerer Vorgang. Darüber hat sich schon der britische Philosoph Jeremy Bentham, Begründer des ethischen **Utilitarismus**, mit seinem Gefängnismodell »Panopticon« Gedanken gemacht: Von einem zentralen Turm aus konnten alle Insassen beobachtet werden, aber nicht in den Turm hinein-

sehen. Da die Gefangenen deswegen nie mit Sicherheit wussten, ob sie tatsächlich überwacht werden, wurde hier die tatsächliche Überwachung durch die Möglichkeit des Überwachtwerdens ersetzt. Bentham hoffte, dass die Gefangenen den Kontrollblick verinnerlichen und so vor Straftaten zurückschrecken würden. Seit den Untersuchungen zur »Disziplinargesellschaft« des französischen Philosophen **Michel Foucault** ist das Panopticon zum Synonym für das Arsenal an Überwachungskulturen und -praktiken geworden, die unser heutiges Leben bestimmen. Nur ein Beispiel: Wir vermindern die Geschwindigkeit, wenn wir einen schwarzen Kasten am Straßenrand sehen – er könnte eine Radaranlage enthalten, aber: Wir wissen es nicht.

Im ZKM Karlsruhe haben Sie eine Ausstellung zum Thema Überwachung gemacht mit dem Titel »CTRL« (SPACE).

Der Titel ist nur die Abkürzung für Control space. Leute haben sich per E-Mail über den Titel empört. Ich habe geantwortet: »Sehen Sie doch auf Ihrem Computer nach. Sie bedienen ständig diese Taste.« Solche Reaktionen zeigen, dass die Menschen in einem **Environment** leben, das ihnen gar nicht bewusst ist. Geradeso ergeht es uns mit der Überwachung des öffentlichen Raumes durch Satelliten und Computer. Wir leben unter unsichtbarer Kontrolle und nehmen sie nicht wahr.

Hat die Erfindung des Computers das Tor zur gläsernen Gesellschaft geöffnet?



Peter Weibel ist seit 1999 Vorstand des Zentrums für Kunst- und Medientechnologie Karlsruhe.

Der erste große Schritt der neuen Technologie war die Videoüberwachung an öffentlichen Orten und in Banken. Mit dem Computer hat sich Entscheidendes geändert. Der PC – er heißt ja Personal Computer – hat nicht nur alle privaten Daten seines Besitzers gesammelt, technisch wurde auch alles unternommen, um ihn als Speichermedium zu perfektionieren. Jetzt sind die Daten selbst nach dem Absturz auf der Speicherplatte abrufbar – für den Staat wie für den Hacker.

Was steckt hinter diesem Bestreben, möglichst viele Daten zu speichern?

Ich habe darauf eine **anthropologische** Antwort: Der Mensch ist ein Spurenwesen. Er konnte in der Urhorde nur durch Aufnahmen und Verfolgen von Spuren überleben. Als Naturwesen muss er Spuren entdecken können, aber seine eigenen verwischen. Als Kulturmensch möchte er Spuren hinterlassen. Deshalb suchen wir auch verzweifelt bis tief in die Erde hinein nach Spuren, die von Zivilisation zeugen. Je komplexer eine Zivilisation ist, desto mehr Spuren hinterlässt sie. Die erste Speichertechnik – abgesehen von der ar-

chitektonischen Hinterlassenschaft – ist die Schrift. Ursprünglich war das Hinterlassen von Spuren privilegierten Klassen vorbehalten – von den Pyramiden der Pharaonen, dem Grab des Tutenchamon bis zu den gegenwärtigen Politikern, die an Häusern, die sie erbauen ließen, entsprechende Tafeln anbringen. Durch den Computer ist diese Elite-Eigenschaft des Spuren-Hinterlassens für jeden möglich geworden. Angefangen vom Handy-SMS – »Darling ich bin im Kino« – bis zur E-Mail, ganz zu schweigen von **Facebook, YouTube** und **Myspace**.

Welche gesellschaftlichen Konsequenzen hat die Demokratisierung des Spuren-Hinterlassens?

Für das Bedürfnis, sich als Individuum zu manifestieren, laut zu schreien, »hier bin ich« und seinen **Narzissmus** zu inszenieren, geben Menschen sogar ihre Seele preis. Das geht weit ins Private hinein, selbst Sexualität mit jemandem, den man liebt, wird ins Netz gestellt. Früher waren mit dem Spuren-Hinterlassen noch Leistungen verbunden: Man hat Gebäude gebaut, Denkmäler gesetzt usw. Das aktuelle Spu-

renlegen ist eine Entwicklung gegen die Leistungsgesellschaft und für Niveauverlust. Wir leben nicht mehr in einem Park von Dinosauriern, sondern in einem Park der Trivialitäten. Alles verkehrt sich ins Gegenteil. Ursprünglich achtete der Mensch darauf, dass er Spuren verwischte, heute werden freiwillig Datenberge aufgehäuft und Suchmaschinen, automatisierte Schnüffelhunde, losgeschickt. Wir haben sowohl eine Hochtechnologie der Spuren-hinterlassung wie auch der Spurensicherung entwickelt. Der Mensch bewegt sich zwischen Spurensuche und Spurensucht. Wir sind moderne Datenjäger und moderne Datennomaden.

W E B L I N K S

Fenster zur Welt: Zur Zukunft des Internet
www.heise.de/tp/r4/artikel/25/25704/1.html

ZKM Zentrum für Kunst und
 Medientechnologie Karlsruhe geleitet von
 Peter Weibel
on1.zkm.de/zkm/personen/weibel

BUCHTIPP

Enzyklopädie der Medien

Literatur und Medien
Peter Weibel EUR 35,-
2008, 280 Seiten,
100 Schwarz-Weiß-
Abbildungen,
Maße: 24,5 cm,
Gebunden, Deutsch



Springer, Wien

ISBN-10: 3211680837

ISBN-13: 9783211680834

Bestellung:

ÖGB-Fachbuchhandlung,
1010 Wien, Rathausstraße 21,
Tel. (01) 405 49 98-132

E-Mail:

fachbuchhandlung@oegbverlag.at

Der Staat rüstet zunehmend seine Kontrollinstrumente auf. Nahezu lückenlos lässt sich fast jede unserer Aktivitäten dokumentieren. Entsteht da nicht der soziale Druck, angstfreies Mitglied der Datengesellschaft zu sein?

In hohem Maße. Der Druck könnte zu einer Revolte führen. Um dies zu verhindern, schafft der Staat Gegenmaßnahmen, indem er auch eine Unterhaltungsindustrie aufrüstet, vom Dschungelcamp, Big Brother bis Deutschland sucht den Superstar und allen anderen Talkshows, in der die Preisgabe von persönlichen und privaten Daten jubulatorisch genossen wird. Die Unterhaltungsindustrie bringt den Menschen bei, Überwachung nicht als Bestrafung, sondern als Aufmerksamkeit und Belobigung zu empfinden.

Auf der anderen Seite gibt es das Recht auf Datenschutz. Ist diese Entwicklung demokratieverträglich?

Das ist sehr komplex und widersprüchlich: Jeder Bürger muss Daten hergeben, um Mitglied der staatlichen Gemeinschaft zu sein. Jeder hat seine Steuer-, seine Krankenversicherungsnummer, seine E-Card, seinen Meldezettel. Andererseits hat der Staat dafür Sorge zu tragen, dass die persönlichen Daten geschützt

werden. Und zugleich schützen die staatlich bestätigten Daten – wie etwa der Reisepass – vor Willkür – z. B. in einem anderen Land. Angesichts des Terrorismus muss der Staat sich Gedanken machen, wie das Individuum geschützt wird und seine Rechte gewahrt bleiben. In Deutschland wurde ein neues Gesetz durchgebracht, wonach der Staat bei Attentatverdacht unangemeldet in jeden PC eindringen darf, ohne Warnung, mit Hilfe einer neuen Technologie, die sog. »Trojaner«, die jede Datenspur findet. In Wahrheit hat der Rechtsstaat mit diesem Gesetzeserlass nur legitimiert, was er schon längst bei jedem G-8-Gipfel bei Tausenden Computern gemacht hat.

Was verstehen Sie unter Rechtsstaat?

Der Rechtsstaat wurde gegründet, um den Schwächeren vor Übergriffen des Stärkeren und vor Verbrechen zu schützen. Er bedeutet aber auch, selbst die auferlegten Gesetze einzuhalten. Und da ist er sehr fraglich geworden. Wenn ein Helmut Kohl den Namen der Parteispender verweigert, obwohl er von Rechts wegen dazu verpflichtet wäre, wenn ein Jörg Haider die zweisprachigen Ortstafeln nicht aufstellt, obwohl das Gesetz ist, leben wir in keinem Rechtsstaat mehr. Mir scheint, der Staat beschäftigt sich zunehmend mit Datenvertuschung. Er lässt Daten verschwinden, um wichtige Personen aus Politik und Wirtschaft zu schützen. Andererseits muss er sich mit Datendieben einlassen und Daten gegen teures Geld erwerben, weil das staatlich akzeptierte Bankgeheimnis dem Schutz illegal erworbener Gelder dient. Die politisch, nicht technisch ungelöste Frage des Datenschutzes zeigt die Krise des Rechtsstaats.

Welche Zukunft erwartet uns im Datenwald?

Praktisch ist es für niemanden mehr möglich, alle Daten zu kennen. Es wird ähnlich sein wie bei den Fischen rund um die Korallenriffe. Durch ihre verschiedenen bunten Muster, Farben und Formen signalisieren sie verschiedene Nischen und Nahrungsräume. Geradeso werden wir in Hunderten von Datenräumen leben. Für einen Ausflug in andere Datenräume

brauchen wir ausgeklügelte Suchmaschinen. Diese werden, ausgehend von meinem Datenraumprofil, meine Vorlieben erkennen und mir z. B. in einer fremden Stadt sofort das Restaurant, die Buchhandlung, die Galerie, die mir entsprechen, ausfindig machen. Wir werden uns immer intensiver in Speicherräumen bewegen müssen.

Datenmeer und Speicherräume – das klingt ja sehr futuristisch.

Wir werden bereits gedrängt, Speichermedium zu liefern: Zum Beispiel ist das Fernsehen ein Speichermedium geworden, das seine vielen Kanäle selbst nicht bespielen kann. Deshalb heißt es: du Publikum tanze, spreche, singe, oute dich. Die ganze Hochtechnologie ist ein einziger Aufruf: Bitte hinterlasse deine Spur, fülle den Speicherraum, den wir dir geben. Damit werden sich Datenkriege auftun.

Wer gegen wen?

Provider gegen Konsumenten. Die Provider, die Handyhersteller & Co, sind die neue Rüstungsarmada – sie stellen die Hardware und verlangen, dass wir kommunizieren. Wenn wir nicht ständig telefonieren, surfen, **skypen** usw. machen sie kein Geschäft. Die Providerindustrie auf die Autoindustrie übertragen, ist das so, wie wenn wir das Auto geschenkt bekommen, doch Benzin kostet pro Liter statt zwei Euro zwölf Euro und von uns wird für dieses Geschenk verlangt, im Monat mindestens 200 Kilometer zu fahren. Der neue Imperativ der Konsumgesellschaft lautet nicht »Konsumiert!«, sondern »Kommuniziert!«

Wir danken für das Gespräch.

Das Interview führte Sibylle Fritsch für Arbeit&Wirtschaft.

KONTAKT

Schreiben Sie uns Ihre Meinung
an den Interviewten
weibel@zkm.de
oder die Redaktion
aw@oegb.at

Datenschutz im Konzern

ArbeitgeberInnen sind berechtigt bestimmte Daten zu sammeln, allerdings nicht unbegrenzt – Betriebsrat und MitarbeiterInnen haben Mitspracherecht.

Autorin: Clara Fritsch

Mitarbeiterin der GPA-DJP,
Abteilung Arbeit & Technik

Lohnverrechnung nach Indien outsourcet, Leistungsbeurteilung in der holländischen Zentrale, der Datenservert für das Business Intelligence Centre steht in der US-amerikanischen Tochtergesellschaft und das Kundenservice wird über das mehrsprachige Call-Center in der Schweiz abgewickelt. Das ist nicht Fiktion, sondern in manchen Betrieben bereits Realität. Zugleich sollen – geht es nach den Wünschen des Managements – die Daten der einzelnen MitarbeiterInnen bis hinauf in die höchsten Ebenen der Konzernleitung einsehbar und von dort auch steuerbar sein. Angesichts der wachsenden Unübersichtlichkeit in der Organisationsstruktur von Konzernen und dem zunehmenden Datentransfer ergeben sich neue Herausforderungen in der Betriebsratsarbeit.

Datenzentralisierung

ManagerInnen wollen ihre internationalen Gesellschaften einheitlich steuern und dazu benötigen sie die Daten zentralisiert und vergleichbar an einem Standort gesammelt, an allen Standorten einsehbar. Leistungsvergleiche sollen Produktivität steigern. Zentralisierte Lohnverrechnung soll Synergieeffekte schaffen. Soweit die Management-Theorie. Von Seiten der ArbeitnehmerInnen

betrachtet bedeutet das einen verschärften Wettbewerb bis in die kleinsten Abteilungen. Es bedeutet, dass die persönlichen Daten einzelner MitarbeiterInnen von Personen eingesehen werden, die sie kaum oder gar nicht kennen. Fünf Ebenen über der nationalen Abteilungsleitung wird entschieden, wer versetzt wird, wer eine Leistungsprämie bekommt, wer interne Weiterbildung erhält oder auch wer gekündigt wird.

Was darf verwendet werden?

Nicht alles, was der/die ArbeitgeberIn an MitarbeiterInnen-Daten um den Globus schickt, ist gleich verboten. Es gibt zwei wesentliche Kriterien, die den Datentransfer unbedenklich machen.

1. Sind die Daten öffentlich zugänglich (z. B. im Telefonbuch) oder anonymisiert (z. B. in einer Statistik) darf sie jede/r verwenden.
2. Manche Daten müssen laut Gesetz erfasst und weitergeleitet werden (z. B. Krankenstände an die Sozialversicherung). Der Bundeskanzler hat in einer sogenannten Standardverordnung¹ genau festgelegt, welche personenbezogenen Daten von dem/der ArbeitgeberIn festgehalten werden dürfen, und an wen diese Daten weitergeleitet werden dürfen. Zum Beispiel dürfen die Arbeitszeitdaten nur an das Arbeitsinspektorat, den Betriebsrat (BR), Sicherheitsvertrauenspersonen, RechtsvertreterInnen oder Gerichte weitergegeben werden. Das Geburtsdatum geht wiederum die Bank nichts an. Die

¹ BGBl. II Nr. 201/2000 und Novelle BGBl. II Nr. 232/2003

INFO & NEWS

Mehr Informationen zum innerbetrieblichen Datenschutz bietet die aktuelle Broschüre der GPA-DJP: »Fahren sie nach Indien! Ihre Daten sind schon dort. Informationen und Handlungshilfen zum grenzüberschreitenden Datenverkehr«

Höhe des Gewerkschaftsbeitrages darf – nach Bekanntgabe durch die Betroffenen – nur der zuständigen Bank, der angegebenen Gewerkschaft, RechtsvertreterInnen und Gerichten zugänglich sein. Die Liste in der Standardverordnung ist sehr ausführlich und umfasst alle gängigen Daten der Personalverwaltung. Es ist darin eindeutig festgelegt, wer welche Daten erhalten darf. Üblicherweise kommt man damit aus. Es empfiehlt sich, regelmäßig zu überprüfen, ob die Daten auch ausschließlich für den ihnen zugeordneten Zweck – nämlich ausschließlich die Personalverwaltung – verwendet werden.

WEBLINKS

Mitglieder können die gedruckte Broschüre bestellen unter
martina.tossenberger@gpa-djp.at

oder von der Homepage
www.gpa-djp.at

downloaden unter
Arbeitsgestaltung Arbeitsorganisation



In unserer modernen Informationsgesellschaft hinterlassen wir bei vielen Tätigkeiten Daten und sind somit oft nackt und ausgeliefert.

Nicht vorgesehen in der Standardanwendung ist z. B. eine Datenbank zur Aus-

INFO & NEWS

Welche Daten muss der Arbeitgeber melden und welche genehmigen?

Zu melden ist bei der zuständigen Behörde, der Datenschutzkommission, alles, was über die Standardanwendung hinausgeht.

Zu genehmigen ist die Verwendung von folgenden Daten: rassische und ethnische Zugehörigkeit, Religion, sexuelle Orientierung, politische Meinung und Gewerkschaftszugehörigkeit, Gesundheitsdaten, strafrechtlich relevante Daten und Kreditwürdigkeit.⁷ Eine Zustimmung der Betroffenen zur Verwendung solcher Daten muss gegeben sein.

Außerdem müssen Datenbanken, die von mehreren Unternehmen gemeinsam geführt werden, sogenannte »Informationsverbundsysteme«, genehmigt werden.

Auch der Datentransfer ins Nicht-EU-Ausland ist erst von der Datenschutzkommission zu bewilligen, bevor er durchgeführt wird.⁸

und Weiterbildungsverwaltung. Für solche Anwendungen braucht es die Zustimmung der Betroffenen. Das Datenschutzgesetz (DSG) beschreibt zwar nicht, ob diese Zustimmung schriftlich, mündlich oder durch betriebliche Übung zustande kommt, aber ein paar Kriterien sind doch festgelegt.

Sollen personenbezogene Daten verarbeitet werden, so muss dies frei und ohne Zwang passieren, in Kenntnis der Sachlage und für den konkreten Fall.² Blanko-Unterschriften unter Formulierungen wie »Ich stimme zu, dass meine personenbezogenen Daten verarbeitet werden« sind also nicht rechtsgültig. Die Betroffenen müssen informiert werden, welche Daten, zu welchem Zweck, aus welchen Quellen verwendet werden.³ Sie müssen wissen, an wen ihre Daten übermittelt werden, wer Zugriff darauf hat und wie sie selbst Einsicht nehmen können. Das Ganze hat ohne unzumutbare Verzögerungen oder Kosten und auf verständliche Art und Weise zu erfolgen. Was genau zumutbar und verständlich ist, sei dahingestellt.

Datenverarbeitung

»Daten dürfen nur für festgelegte, eindeutige und rechtmäßige Zwecke ermit-

telt werden«, lautet der Gesetzestext.⁴ Datensammlungen auf »gut Glück« (z. B. in Data Warehouses), oder um technische Möglichkeiten auszuloten, fallen nicht unter diese Beschreibung. Eine beliebige Suche nach irgendwelchen Verhaltensmustern entspricht auch nicht dem, was der Gesetzgeber sich hier vorstellt. Die Daten müssen richtig und aktuell sein – andernfalls kann der/die Betroffene verlangen, dass die Daten richtiggestellt oder gelöscht werden.⁵

Die Daten dürfen nur so lange gespeichert bleiben, so lange sie ihren Zweck erfüllen.⁶ Endlos lange Aufbewahrung von MitarbeiterInnen-Daten, die z. B. den Betrieb längst verlassen haben, sind also zu unterlassen.

Personenbezogene Daten

Im Grunde hinterlassen MitarbeiterInnen bei den meisten Tätigkeiten Da-

² § 4 Z 14 DSG

³ § 1 Abs. 3 DSG

⁴ § 6 Abs 1 Z 2 DSG

⁵ § 1 Abs 3 DSG

⁶ § 6 Abs 1 Z 5 DSG

⁷ § 4 Z 2 und §18 Abs 2 DSG

⁸ Ausnahmen sind US-amerikanische Unternehmen, die sich den sogenannten Safe-Harbor-Richtlinien unterworfen haben, oder wenn die fix von der EU vorgegebenen »Standardvertragsklauseln« verwendet werden.

MÖGLICHKEITEN DES/DER BETRIEBSRATES/-RÄTIN

Im Datenschutzgesetz sind es vor allem die Betroffenen selbst, die ihre Rechte geltend machen können. Der/die Betriebsrat/-rätin kann nicht für die Belegschaft oder einzelne MitarbeiterInnen intervenieren. Er/sie kann aber dazu anregen, dass die Betroffenen ihre Rechte in Anspruch nehmen, er/sie kann den Informationsaustausch zwischen den Einzelpersonen koordinieren, sie zur Solidarität anregen und sie mit Argumentationshilfen unterstützen.

Der/die Betriebsrat/-rätin kann vor allem auf Grundlage des Arbeitsverfassungsgesetzes (ArbVG) aktiv werden.

Er/sie hat das Recht auf Information darüber, was an personenbezogenen Daten gespeichert, verarbeitet und weitergegeben wird.⁹

Und er/sie muss diese Angaben auch überprüfen können.

Er/ sie hat das Recht auf Mitbestimmung, wenn Kontrollmaßnahmen eingeführt werden sollen, die die Menschenwürde berühren.¹⁰

Ob die Menschenwürde berührt ist oder nicht, hängt laut verschiedenen OGH-Entscheidungen vor allem von der Intensität der Überwachung und vom subjektiven Empfinden der Überwachten ab.

Mitbestimmung ist auch erforderlich, wenn Daten erfasst werden, die über allgemeine Angaben zur Person und fachliche Voraussetzungen hinausgehen.¹¹

Bewährt hat sich in vielen Betrieben auch der Abschluss von **Vereinbarungen zum Datenschutz**. Eine solche Vereinbarung sollte jedenfalls folgende Punkte beinhalten:

- Beschränkung für welchen Zweck Daten erhoben werden dürfen;
- Beschränkung in welchem Ausmaß Daten erhoben werden dürfen;
- Beschränkung der Weitergabe;
- festgelegte Speicherzeit;
- klare betriebsinterne Zuständigkeit und Instanzenwege;
- gute Verständlichkeit; keine mit technischen Details überfrachteten 50-Seiten-Konvolute!
- Einhaltung sicherstellen; diese kann z. B. erreicht werden durch Schulungen, Audits, Sanktionen, Schadenersatzansprüche, die über das gesetzlich vorgesehene Maß hinausgehen; keine rein freiwilligen und sanktionsfreien Vereinbarungen!

Die Materie ist äußerst komplex. Daher ist von Einzelkämpfertum abzuraten. **KooperationspartnerInnen** für den/die Betriebsrat/-rätin können die Belegschaft und die BR-Körperschaft und/oder Europäischer BR sein. In technischer Hinsicht sind Datenschutzbeauftragte, soweit sie im Betrieb existieren, und/oder SystemadministratorInnen wichtige PartnerInnen, da diese im Grunde in alle datenschutzrelevanten Vorgänge im Betrieb Einsicht haben. Auch die Geschäftsführung sollte ein Interesse an guten Datenschutzvereinbarungen haben, weil auch sie zunehmend überwacht wird und ihre Kompetenzen an internationale Vorgesetzte abgeben muss (z. B. beim MitarbeiterInnen-gespräch). Außerdem ist die Datenschutzkommission personell unterbesetzt und daher an Unterstützung interessiert.

ten. Sei es die Produktionsmaschine, die aufzeichnet von wann bis wann welche Tätigkeit ausgeführt wurde, sei es der Computer, auf dem jeder Mausklick und jeder Tastenanschlag nachverfolgbar sind, sei es das Diensthandy, das GPS im Dienstauto oder die Kontrolle der besuchten Internetseiten. Aber nicht nur bei der Arbeitstätigkeit selbst entstehen Daten, die auf einzelne Personen zurückführbar sind. Auch in der Verwaltung werden zahlreiche personenbezogene Daten gespeichert. Personalinformationssysteme (die gebräuchlichsten sind derzeit

SAP oder ORACLE), Zeiterfassungssysteme, Workflowsysteme, Zutrittskontrollsysteme oder Videokontrolle zeichnen die persönlichen Daten der MitarbeiterInnen auf. Diese einzelnen Systeme werden in letzter Zeit zunehmend miteinander kombiniert. Mit der Zeiterfassung läuft gleichzeitig eine Kontrolle der Arbeitsauslastung, mit dem SAP wird automatisch auch der **Workflow** aufgezeichnet und das Telefonsystem im Call-Center liefert Leistungsdaten, aus denen allfällige Prämien errechnet werden.

Damit sind Gefahren verbunden

Daten werden oft nicht dafür verwendet, wofür sie erhoben werden.

Daten werden zwecklos gespeichert und verknüpft – einfach weil es möglich ist.

Aus Daten werden falsche Schlüsse gezogen, weil mit ihnen die direkte Kommunikation ersetzt statt unterstützt wird.

KONTAKT

Schreiben Sie uns Ihre Meinung
an die Autorin
clara.fritsch@gpa-djp.at
oder die Redaktion
aw@oegb.at

⁹ § 91 Abs. 1 Z 3 ArbVG

¹⁰ § 96 Abs. 1 Z 3 ArbVG

¹¹ § 96a Z 1 ArbVG

Tagebuch oder Terror

Hans G. Zeger ist Obmann der Österreichischen Gesellschaft für Datenschutz (ARGE Daten), die Ausbildungen zum/r Datenschutzbeauftragten anbietet.

ZUR PERSON



Dr. Hans G. Zeger

Geboren 1955

HTL Nachrichtentechnik, Studium Mathematik, Philosophie, Sozialwissenschaften

1981 Magister in Mathematik, 1982 Doktorat in Philosophie

1983–1989 verschiedene IT-Positionen im Bundesrechenamt, bei Chemie Linz und IMMUNO/BAXTER

Seit 1990 Lektor an verschiedenen Universitäten (Wien, Innsbruck, Linz) und Obmann der ARGE DATEN – Österreichische Gesellschaft für Datenschutz

Seit 1995 Vorstandsmitglied der AMMA – austrian multimedia association

Seit 1996 Mitglied des Datenschutzrates im Bundeskanzleramt

1994–2001 ISP-Geschäftsführer (seit 1999 Arges Tempo Internet Service GmbH)

Seit 2002 Leiter des OCG-Arbeitskreises: »Vertrauensbildende Maßnahmen im e-commerce«, Gf. der e-commerce monitoring GmbH

Arbeit&Wirtschaft: *Seit 1. Jänner 2008 erlaubt das neue Sicherheitspolizeigesetz (SPG) der Polizei die Standortpeilung bei Handys und den Zugriff auf persönliche Daten zu IP-Adressen ohne richterlichen Beschluss ...*

Hans G. Zeger: Hauptproblem ist, dass die Polizei nach Gutdünken agieren kann. Das verfassungsrechtliche System von Check and Balance, also von Legislative, Exekutive und Gerichtsbarkeit, wird durch das neue SPG aufgehoben. Es geht nicht nur um die Internet-Protokoll-Adresse, sondern dass damit jeder Handgriff des Users nachvollzogen werden kann. Die IP-Bestimmungen ermöglichen die Identifikation von Absender und Adressaten. Das erlaubt der Polizei tiefen

Einblick in das Kommunikationsverhalten der BürgerInnen.

Haben Sicherheitsorgane dafür Zeit?

Es geht nicht darum, ob der Einblick flächendeckend ist. Kann sein, dass man auf Zufallsfunde hofft. Kann sein, dass es um das Aufspüren der Gesinnung geht. Wesentlich sind weniger die Maßnahmen selbst, als dass sie in den Köpfen der Leute vorhanden sind. Mit technischen Mitteln wird Überwachungsdruck erzeugt. Dem Bürger wird signalisiert: Pass auf. Verhalte dich so, wie wir uns das vorstellen. Es geht Freiraum verloren: Das Recht, Blödsinn zu machen, zu experimentieren. Wer ständig an Überwachung denkt, schränkt sich in der Diskussion ein.

Viele geben private Information her, in Blogs oder Video-Tagebüchern, ohne sich der Gefahren bewusst zu sein.

Die vorherrschende Meinung ist: »Wer sich im Internet äußert, hat aufzupassen: Es könnte gegen ihn verwendet werden.« Das ist aber nicht auf Ebene der individuellen Verantwortung abzuhandeln. Wir müssen uns entscheiden, was uns die modernen Kommunikationsmittel bedeuten. Ein Heim-PC ist eine moderne Form des Tagebuches, eine Verlängerung der eigenen Persönlichkeit. Was in Blogs und Social Communities geäußert wird, soll tabu bleiben und nicht von ArbeitgeberInnen bei der MitarbeiterInnenauswahl benutzt werden dürfen. Wir brauchen neue Schutzmechanismen dafür.

Wie stellen Sie sich das vor?

Durch scharfe Diskriminierungsbestimmungen. Bei Job-Bewerbungen gibt es ja auch Antidiskriminierungsbestimmungen. Eine Umgehung kann für ArbeitgeberInnen teuer werden. Das sollte auch so sein, wenn Informationen aus diesen Plattformen – sei es von ArbeitgeberInnen, Banken oder Versicherungen – verwendet werden.

Wie beweist man das?

Dieses Problem haben wir auch bei den Bestimmungen gegen Diskriminierung aufgrund von Rasse, Geschlecht oder Religion. Bei missbräuchlicher Verwendung virtueller Daten geht es zunächst darum, einen Rechtsrahmen zu schaffen, wo man den Anspruch deponieren kann.

Also der, der beim Tagebuch das Schloss aufbricht, soll bestraft werden?

Genau. Die Schutzbestimmungen sind auf klassische Datenverarbeiter ausgerichtet und münden in der Regel in einen Unterlassungsanspruch wegen unzulässig gesammelter Daten. Wertet aber ein Arbeitgeber aus, was ein – potenzieller – Arbeitnehmer in einem Internetblog schreibt, ist das nicht unzulässig. Unser Konzept der freien Meinungsäußerung, die Menschenrechtskonvention, baut auf dem **Agora**-Konzept auf, wo Menschen auf öffentlichen Plätzen ihre Meinung kundtun. Heute gibt es neue Foren der Meinungsäußerung. Bei kriminellen Taten soll die Polizei ermitteln, auch im Internet. Aber nicht nach eigenem Gutdünken. Zusammenleben funktioniert nur, wenn davon ausgegangen wird, dass das Illegale die Abweichung ist. Die ist aufzuspüren, und nicht BürgerInnen unter Generalverdacht zu stellen. Das geschieht aber mit der Vorratsdatenspeicherung, etwa durch Sammeln von Autofahrerdaten und Erstellen von schwarzen Listen ohne konkreten Verdacht. Das sind präventiv-staatliche Maßnahmen.

Wie soll gegen die Kriminalität im Internet vorgegangen werden?

In konkreten Fällen, wie beim Giftanschlag in Spitz, soll der neueste Stand der

Technik, wie DNA-Proben, Handyortung, eingesetzt werden. Aber man soll nicht erwägen, wie derzeit in Großbritannien, von Raufbolden DNA-Daten anzulegen, weil sie Verbrecher werden könnten. Oder wie bei Lidl in Deutschland, nur zu überwachen, weil jemand etwas stehlen könnte. Oft dienen Extreme, wie Kinder pornos, dazu, die gesamte Technologie zu **desavouieren**. Dahinter steckt auch Technikfeindlichkeit. Tatsache ist, dass etwa 99,99 Prozent für harmlose, also berufliche und private Zwecke, genutzt werden. Das Internet ist eine Ansammlung von Stammtischen. Menschen, die bisher am Stammtisch Unsinn verbreitet haben, tun das jetzt per Internet. Das heißt nicht automatisch, dass die Demokratie in Gefahr ist.

Sie kritisieren häufig, dass die Zustimmungserklärungen zur Datenverarbeitung zum Schutz der KonsumentInnen unzulänglich sind.

Das österreichische Datenschutzrecht geht von einer Kommunikation auf Augenhöhe aus. Auch das EU-Recht von 1995, das in die Jahre gekommen ist. Die BürgerInnen stimmen in bestimmten Fällen der Verarbeitung ihrer Daten zu. Das funktioniert wegen der unterschiedlichen Machtverhältnisse nicht. Zustimmungen sind nicht mehr freiwillig. Sie sind zu weitreichend, werden nicht verstanden oder nur unterschrieben, weil dem Betroffenen nichts anderes überbleibt. Wenn alle Banken dieselben Formulierungen verwenden, sind die KonsumentInnen entmündigt. Sie können zwar nachher mit Hilfe von AK oder VKI klagen, aber das ist mühsam. Wir brauchen ein Datenschutzinspektorat, ähnlich wie das Arbeitsinspektorat. Da gäbe es kürzere Reaktionszeiten.

Wie steht es um die Einrichtung eines innerbetrieblichen Datenbeauftragten?

Die Datenschutzrichtlinie der EU ist allgemein gehalten und nimmt auf verschiedenste nationale Besonderheiten Rücksicht. In Deutschland ist ab einer bestimmten Betriebsgröße ein Datenbeauftragter vorgesehen. In Österreich steht dies jeder Firma frei. Datenschutzprobleme tauchen in der Regel in

WEBLINKS

ARGE DATEN
Redtenbachergasse 20, 1160 Wien
Tel.: 0676/910 70 32

www.argedaten.at

Näheres zum Datenschutzexperten
und Obmann der ARGE Daten,
Dr. Hans. G. Zeger:
www.zeger.at

den Firmen zunächst nicht als solche auf. Wenn ja, ist es schon zu spät, wie im Fall der Kameraüberwachung bei Lidl. Datenschutz betrifft alle Bereiche eines Unternehmens, von Verkauf, Einkauf, Personal, IT oder Recht. Das Know-how zu bündeln, macht durchaus Sinn.

Seit 2006 bietet die Arge-Daten eine Ausbildung zum/r betrieblichen Datenschutzbeauftragten an. Wie ist die Nachfrage?

Zu den zwei Lehrgängen im Frühjahr und Herbst werden mittlerweile weitere Termine angeboten. Das Grundkonzept bleibt gleich, aber die Praxisbeispiele werden ständig aktualisiert, so dass manche den Lehrgang, bzw. Module davon, mehrmals besuchen. Gerade für Betriebsräte macht eine Teilnahme Sinn, um die Kollegen informieren zu können.

Wir sehen diese Ausbildung aber auch als Schnittstelle zwischen Recht und Technik: Leuten, die von der rechtlichen Seite kommen, wird technisches Wissen vermittelt und umgekehrt. Es ist weder eine reine Betriebsrats-, noch eine reine Geschäftsführerschulung. Da kommen bei den Diskussionen die unterschiedlichsten Standpunkte zutage.

Das Interview führte Mag. Gabriele Müller für die Arbeit&Wirtschaft.**KONTAKT**

Schreiben Sie uns Ihre Meinung
an die Autorin
gabriele.mueller@utanet.doc
oder die Redaktion
aw@oegb.at

Vogel-Strauß-Politik

In Sachen innerbetrieblichen Datenschutz vertrauen die ÖsterreicherInnen ihren ArbeitgeberInnen.

Autorin: Clara Fritsch

*Mitarbeiterin der GPA-djp,
Abteilung Arbeit & Technik*

Umfragen auf europäischer und nationaler Ebene zeigen die ÖsterreicherInnen sehr vertrauensselig was den Umgang mit persönlichen Daten betrifft. Insbesondere im beruflichen Umfeld vertrauen Herr und Frau Österreicher ihren ArbeitgeberInnen, ohne zu wissen, was diese überhaupt mit den Daten machen dürfen. In den Unternehmen werden aber die Daten der MitarbeiterInnen zunehmend über alle Grenzen hinweg weitergeleitet, gespeichert und ausgewertet.

Das Eurobarometer der Europäischen Kommission 2003 mit Schwerpunkt Datenschutz zeigt deutlich, dass in Österreich das Gesetz bezüglich des Datenschutzes als ausreichend empfunden wird. Bei näherer Betrachtung stellt sich heraus, dass das Gesetz allerdings wenig bekannt ist. Informationspflicht wird bei uns als weniger wesentlich gesehen als in anderen EU-Ländern, obwohl es ein Eckpfeiler des Datenschutzes ist. Auch über persönliche Rechte weiß man weniger gut Bescheid (z. B. Information über Zweck und Gegenstand der Datenanwen-

dung sowie Quelle und Empfänger der Daten, Berichtigungs- und Löschungsrechte). Am wenigsten bekannt sind diese Rechte bei den BürgerInnen Portugals, am besten bei den ItalienerInnen. Auch vertrauen die ÖsterreicherInnen darauf, dass ihre ArbeitgeberInnen mit ihren persönlichen Daten verantwortungsvoll umgehen, übertroffen nur von Dänemark.

Dementsprechend gibt es in den österreichischen Unternehmen kaum Beschwerden, wie aus einem zweiten Eurobarometer 2003 hervorgeht. Bei dieser Befragung wurden 3.013 nationale und betriebliche Datenschutzbeauftragte in Firmen mit 20 und mehr MitarbeiterInnen befragt. Ein knappes Viertel der Unternehmen in der EU (23 Prozent) registrierte keine Anfragen zum Datenschutz, in Österreich fast die Hälfte (47 Prozent). Über 100 Anfragen erhielten 62 Prozent der schwedischen und 61 Prozent der britischen Betriebe, dort ist die Sensibilität der Betroffenen besonders hoch. Der EU-Durchschnitt liegt bei 49 Prozent, aber nur 30 Prozent der österreichischen Betriebe erhielten 100 und mehr Anfragen zum Datenschutz.

Wenig Datenschutzbewusstsein

Es ist deutlich zu erkennen, dass die Verantwortlichen dem österreichischen Datenschutz wesentlich kritischer gegenüberstehen als die Betroffenen. So wurde z. B. stärker als im europäischen Durchschnitt bemängelt, dass Kontrolle und Sanktionsmöglichkeiten des bestehenden Datenschutzgesetzes sehr gering sind (28 Prozent im EU-Durchschnitt, 43 Prozent in Österreich). Auch wurde kritisiert, dass Sicherheitsmaßnahmen international

kaum harmonisiert sind (33 Prozent im EU-Schnitt, 52 Prozent in Österreich). Die ARGE-Daten stellte bei einer Auswertung der bei ihr eingegangenen Anfragen im Zeitraum 2000 bis 2007 fest, dass der berufliche Datenschutz nur acht Prozent der Nachfrage ausmacht. Vorrangig hat die Organisation zum Konsumentenschutz beraten (30 Prozent).

Studie der GPA-DJP

Im Dezember 2007 gab die GPA-DJP, eine Studie über den Wissensstand zu Datenschutz und betrieblicher Praxis in Österreich in Auftrag. Die Fragen wurden vom Meinungsforschungsinstitut IFES zusammen mit dem Arbeitsklimaindex 1.003 unselbstständig Beschäftigten gestellt. Die Ergebnisse zeigen, dass geringer Wissensstand und großes Vertrauen Hand in Hand gehen: 70 Prozent der Befragten haben vollstes bzw. weitgehendes Vertrauen in die innerbetriebliche Datenverwendung, 67 Prozent fühlen sich nicht kontrolliert. Interessant ist, dass nur 53 Prozent der Befragten angeben, voll bzw. teilweise informiert zu sein, was mit ihren Daten im Betrieb passiert. 20 Prozent wissen Bescheid über die Aufbewahrungsdauer. 34 Prozent wissen, wer Zugangsberechtigungen hat. Geht man von der Idealvorstellung des Gesetzgebers aus, müssten alle MitarbeiterInnen, deren personenbezogene Daten verarbeitet werden, informiert werden, zu welchem Zweck die Daten benötigt werden, wer Einsicht hat, wie sie weiterverarbeitet und wie lange sie gespeichert werden. Unter personenbezogene Daten fallen viele persönliche Angaben, von Name, Adresse, Kinderanzahl und Sozialversicherungsnummer über

WEBLINKS

IFES-Umfrage zum Thema Datenschutz
www.ifes.at/index.php?aNUM=1&newsId=134

Österreich im internationalen Vergleich

	sehr beunruhigt über Schutz der Privatsphäre	Gesetz ist ausreichend	Informationspflicht ist wichtig	persönliche Rechte sind bekannt	Vertrauen in Arbeitgeber
EU-15-Durchschnitt	25 Prozent	46 Prozent	91 Prozent	32 Prozent	55 Prozent
Österreich	19 Prozent	54 Prozent	82 Prozent (= unterste Stelle)	26 Prozent	67 Prozent
Spitzenreiter	Schweden 58 Prozent Griechenland 54 Prozent	Dänemark 62 Prozent	Schweden, Irland 96 Prozent	Italien 53 Prozent Portugal 19 Prozent	Dänemark 72 Prozent Niederlande 67 Prozent

Quelle: European Commission 2003 »Special Euro-Barometer: Data Protection«, eigene Überarbeitung

Funktionsbeschreibung, Gehaltsbestandteile, Aus- und Weiterbildung bis hin zu Zeitaufzeichnung und Leistungsbeurteilung. MitarbeiterInnen sollten wissen, was mit diesen Daten passiert!

Wohlbegründete Skepsis

Kontrolliert fühlen sich v. a. leitende Angestellte (48 Prozent). Das lässt sich leicht erklären. Diese Berufsgruppe ist im Vergleich zu einfachen und qualifizierten Angestellten sowie Hilfs- und FacharbeiterInnen besser informiert über die innerbetrieblichen Datenverwendungen und zwar über alle Branchen hinweg. Leitende Angestellte wissen besser Bescheid über die Dauer der Aufbewahrung von Daten, darüber wer Zugang zu ihren Daten hat, über die Möglichkeiten zur Löschung unrichtiger Daten und über betriebsexterne Datenverarbeitungen/Datentransfers ins Ausland.

Gewerkschaftsmitglieder sind sensibler in punkto Kontrolle. 22 Prozent der Nicht-Mitglieder fühlen sich kontrolliert, wohingegen das auf 42 Prozent der Gewerkschaftsmitglieder zutrifft. Gewerkschaftsmitglieder sind stärker an Zusatzinfos interessiert. 60 Prozent von ihnen bemängeln die Informationspolitik, aber nur 39 Prozent der Nicht-Mitglieder.

Noch stärker sind die Unterschiede bei Betrieben mit und ohne Betriebsrat/-rätin (BR). 38 Prozent der MitarbeiterInnen in Unternehmen mit BR haben das Gefühl der Kontrolle. Bei den Unternehmen ohne BR sind es zwölf Prozent. Interessenvertretungen sorgen also für mehr kritisches Bewusstsein.

Ein Viertel der Betriebe mit Betriebsrat haben Datenschutzbeauftragte, die für

die innerbetrieblichen Sicherheitsmaßnahmen aller Art zuständig sind. Die auf freiwilliger Basis ins Leben gerufenen Datenschutzbeauftragten (DSB) kümmern sich um Betriebsdaten, Kundendaten und mit etwas Glück auch um die personenbezogenen Daten der MitarbeiterInnen. Nur fünf Prozent der Unternehmen ohne ArbeitnehmerInnenvertretung haben DSB installiert. DSB gibt es vor allem im öffentlichen Dienst und bei Sozialversicherungen (52 Prozent) sowie im Gesundheitswesen (32 Prozent). Am seltensten trifft man sie in den Branchen Verkehr/Transport, Industrie/Gewerbe und Handel (10–11 Prozent). Jene 16 Prozent der österreichischen Betriebe, die DSB eingesetzt haben, haben auch Betriebsversammlungen zum Datenschutz abgehalten.

Was könnte der Gesetzgeber tun?

■ Betriebliche Datenschutzbeauftragte installieren: Eine Möglichkeit den Missständen im betrieblichen Datenschutz entgegenzuwirken wäre, die rechtliche Verpflichtung zu DSB ab einer bestimmten Unternehmensgröße.¹ Die Aufgabe von betrieblichen DSB ist es, die ordnungsgemäße Verwendung von Daten zu kontrollieren und für einen einheitlichen innerbetrieblichen Informationsstand zu sorgen (z. B. Schulungen für SystemadministratorInnen, Beratung der Arbeitgeberseite, Betriebsversammlungen, Auskünfte, ...). DSB müssen vom Arbeitgeber in Abstimmung mit dem/der Betriebsrat/-rätin bestellt wer-

den und weisungsfrei sein. Sie sind gegenüber der Belegschaftsvertretung zur Information verpflichtet und sie müssen über eine fachspezifische Ausbildung verfügen.²

■ Datenschutzkommission besser ausstatten: Die in Österreich eingerichtete Kontrollbehörde in Sachen Datenschutz ist unterbesetzt. Ihre Aufgaben der Verwaltung, Genehmigung und Kontrolle von Datenanwendungen kann sie nur eingeschränkt wahrnehmen. Immer wieder berichten BetriebsrätInnen von langen Wartezeiten. Im europäischen Vergleich rangiert die österreichische Datenschutzkommission in punkto personelle Ausstattung in Relation zur EinwohnerInnenzahl auf Platz 23. Der EU-Durchschnitt sind 45 Vollzeit-Personen, in Österreich hat die Kommission 20 MitarbeiterInnen. Mehr Kontrollbefugnisse würden der Datenschutzkommission zu mehr Durchsetzungskraft verhelfen. So hat die österreichische Kommission beispielsweise zwar das Recht, einen Betrieb vor Ort zu kontrollieren, wenn aber der Zugang verwehrt wird, gibt es keine Sanktionsmöglichkeiten seitens der Kommission. Die Datenschutzkommission hat derzeit auch nicht das Recht, illegale Datenanwendungen sofort zu entfernen. Hier besteht noch Handlungsbedarf.

KONTAKT

Schreiben Sie Ihre Meinung an
clara.fritsch@gpa-djp.at
 oder die Redaktion
aw@oegb.at

¹ In Deutschland ist das bereits geschehen.

² Die GPA hat beim Bundesforum 2006 einen umfangreichen Forderungskatalog beschlossen, welche Kriterien betriebliche Datenschutzbeauftragte erfüllen sollen.

Politik zum Mitmachen

*Im Web 2.0 wünscht sich die Politik rege Diskussionen.
Mit der dafür nötigen Offenheit tut sie sich aber noch schwer.*

Autorin: Tina Brunauer

*Wissenschaftliche Projektleiterin bei SORA
(Institute for Social Research and Analysis)*

Die Schönheit und zugleich der Fluch des Webs für politische Kampagnen ist, folgt man dem US-amerikanischen Campaigner Joe Trippi, dass plötzlich Tausende Leute für oder gegen einen arbeiten. Was für die USA gilt, kann zunehmend auch auf Österreich übertragen werden. Heimische Kampagnenverantwortliche sprechen von einer Übermacht der NutzerInnen, der schwer Herr zu werden ist. Es geht um die Kontrolle über die politischen Botschaften, die so im Web 2.0 nicht mehr aufrecht zu erhalten ist.

Erste Schritte ins Web 2.0

Während in anderen Ländern YouTube, Facebook und andere Plattformen des Web 2.0 bereits erfolgreich in Wahlkämpfen eingesetzt werden, herrscht in Österreich teils noch vorsichtige Zurückhaltung. Im Vorfeld der Tiroler Landtagswahl hat sich zwar auf studivz.net die Gruppe »ich wähl am 8.6. Herwig van Staa ab« gebildet, drei Wochen nach der Gründung wies sie aber erst 68 Mitglieder auf.

Der ebenfalls noch junge SPÖ-Channel auf YouTube zählte im April 2008 bescheidene zwölf AbonnentInnen. Von einer Übermacht ist hier noch wenig zu bemerken, die Befürchtungen österrei-

chischer Kampagnenverantwortlicher sind dennoch nicht unbegründet. Aus öffentlich zugänglichen Foren weiß man schließlich schon lange, dass immer wieder provokante Postings vom politischen Gegner lanciert werden und eine Moderation solcher Plattformen schwierig sein kann. Dementsprechend konservativ zeigten sich die politischen Parteien noch im österreichischen Nationalrats-Wahlkampf 2006; sie setzten nur zu einem Teil auf dialogorientierte Online-Medien. Wer sich doch ins Web 2.0 wagte, sicherte sich gleich mehrfach ab.

Von dieser Vorsicht zeugen Communities, die nur für SympathisantInnen zugänglich sind, oder Blogs ohne Kommentarfunktion wie jener des ehemaligen ÖVP-Generalsekretärs Reinhold Lopatka. Seither haben sich zwar einige weitere PolitikerInnen an das Medium Blog herangetastet, bis auf wenige Ausnahmen stammen sie aber nur aus der zweiten oder dritten Reihe der politischen Parteien.

Agenda setting

Wer seine Ansichten verbreiten kann, darüber entscheiden im Jahr 2008 nicht mehr allein die Medien. Das Web 2.0 macht es einem leicht, online Inhalte zu publizieren und zu kommentieren. Ob die eigene Meinung auch gehört oder gelesen wird, steht allerdings wieder auf einem anderen Blatt.

Zahlreiche Blogger bleiben jahrelang im sogenannten »long tail« der Blogosphäre und haben nur wenig Publikum. Einzelnen A-Blogs gelingt es aber, eine kontinuierliche Leserschaft aufzubauen,

WEBLINKS

SORA-Institute for Social Research and Analysis

www.sora.at

Blog von Helge Fahrnberger

www.helge.at

SPÖ-Plattform Campa

www.campa.at

Weblog von Peter Pilz

www.peterpilz.at

und mit ihren Blog-Einträgen die Diskussion im Web und den anderen Medien zu prägen. So geschehen im Fall Kampusch, in dem der Blog von Peter Pilz aktuellere Informationen als andere Websites bot. Pilz bloggte direkt aus dem Parlamentsausschuss, erzählt Helge Fahrnberger in seinem eigenen Blog helge.at, und nutzte so die Schnelligkeit dieses Mediums.

Blogs erlauben, schnell und einfach Informationen zu veröffentlichen. Sie sind dialogorientiert, vernetzt und vor allem unmittelbar: Für politische Kommunikation sind Blogs also hervorragend geeignet. Das gilt auch für andere Anwendungen des Web 2.0, die einfaches Publizieren und Vernetzen zulassen. Wikis und andere Mitmach-Medien können aktivierend wirken und die Nutzer und NutzerInnen zu einem Teil der Kampagne machen. Politische Botschaften erreichen die Zielgruppe direkt und können von ihr weiterverbreitet werden.

UserInnen entscheiden

Diese Möglichkeiten allein sind aber noch nicht die Garantie für erfolgreiche Web-Kampagnen. Zu häufig zeigt sich, dass Web-Angebote politischer AkteurInnen auf wenig Gegenliebe stoßen. »Der Nutzen für den User ist entscheidend«, erklärt dazu Wolfgang Zeglovits, Geschäftsführer der datenwerk innovationsagentur und einer der Masterminds hinter [campa.at](#). Diese Plattform der SPÖ bietet Mitgliedern und SympathisantInnen die Möglichkeit, sich zu vernetzen, zu diskutieren, einen Blog zu schreiben und nebenbei eine gerade aktuelle »Mission« der Partei zu erfüllen. Nicht alle diese Features werden gleich gut akzeptiert; auch hier entscheiden die UserInnen, wie gut und nützlich sie ein Angebot finden. Ähnliche Plattformen – allerdings mit abgespeckten Funktionen – bieten auch ÖVP und Grüne Wirtschaft ihren SympathisantInnen an. Für alle diese Communities gilt: Wer wie viel mitgestalten darf, bestimmen jene, die eine Plattform bereitstellen.

Der deutsche Kommunikationsforscher Ansgar Zerfaß sieht durch digitale Öffentlichkeiten keinen herrschaftsfreien Raum entstehen. Zwar entscheiden die UserInnen über den Erfolg eines Anbots, die Rahmenbedingungen gestalten aber immer noch die Anbieter. Dies gilt auch für öffentliche Plattformen mit und ohne kommerziellen Hintergrund wie YouTube oder Wikipedia.

Alles beim Alten?

Von einem freien und offenen politischen Diskurs kann im Web 2.0 also nur eingeschränkt die Rede sein. Eine Studie der Universität Bamberg zeigt, dass sich Politblogger von der Gesamtbevölkerung durch ihre stärkere Beteiligung am politischen Geschehen und ihre höhere Bildung unterscheiden. Zudem werden politische Blogs eher von Männern als von Frauen geführt, Männer haben auch generell bessere Chancen in die Liste der A-Blogger aufzusteigen.

Das Web 2.0 bewirkt also keine Revolution der politischen Kommunikation. Was sich allerdings ändert, ist die Art der Diskussion, bei der sich die NutzerInnen viel stärker einbringen können als



Noch kann von einem freien und offenen politischen Diskurs des Mannes, der Frau von der Straße im Web 2.0 nicht die Rede sein.

zum Beispiel in Printmedien. Für Kampagnen bedeutet das zum einen, dass sie unabhängiger von der Rezeption ihres Themas in den klassischen Medien agieren können. Zum anderen birgt diese Offenheit das Risiko, dass die Kommentare zum Thema unüberschaubar werden und die Kontrolle über die eigene Botschaft verloren geht. Die Steuerung der Kommunikation ist in so offenen Tools wie Wikis oder Communities schwierig, zumal einer meist kleinen Kommunikationsabteilung ein Potenzial von Tausenden NutzerInnen entgegensteht. Zugangsbeschränkungen und sogar Zensur waren bisher die Antwort vieler politischer Organisationen auf diese Herausforderung.

Ghostwriter haben ausgedient

Eine Alternative dazu könnte eine möglichst authentische Kommunikation sein, die mit Kritik umzugehen lernt. Dazu braucht es aber Zeit und Nerven, vor allem, wenn der eigene Standpunkt online nach allen Regeln der Kunst zerpfückt

wird. Wer die eigene Meinung aber gut und vor allem authentisch argumentiert, hat im Web 2.0 schon fast gewonnen. Blogs, die von einer Kommunikationsabteilung oder -agentur für Dritte geschrieben werden, erfüllen den Anspruch der Authentizität aber nicht. Und sie verspielen die Chance auf einen ernsthaften politischen Diskurs, der alle Beteiligten ernst nimmt und aus den Beiträgen der NutzerInnen neue Ideen gewinnt.

Davon ist die politische Landschaft Österreichs noch weit entfernt. Die erfolgreichen Beispiele aus den USA zeigen aber, dass mit dem Web 2.0 durchaus Kampagnen zu machen sind; über das Wie wird man hierzulande aber noch nachdenken müssen.

KONTAKT

Schreiben Sie Ihre Meinung an
tb@sora.at
 oder die Redaktion
aw@oegb.at

Privatsphäre in Gefahr

Unsere moderne Informationsgesellschaft bietet uns Bequemlichkeit und Sicherheit – das hat aber auch seinen Preis.

Autorin: Mag. Daniela Zimmer

Abteilung für Konsumentenschutz
in der Arbeiterkammer Wien

Sich in der »Informationsgesellschaft« zu bewegen bedeutet: umgeben sein von elektronischen Systemen, die das Leben leichter machen sollen – Handy, Internet, Bankomatkarten, Kundenkarten u. v. m. Ein rigoroser Verzicht auf Kommunikationstechnik ist mit einer Teilnahme am wirtschaftlichen und sozialen Leben nicht mehr vereinbar. Der Gedanke, digitale Dienste nicht immer und überall zu nutzen, bringt vor allem Jugendliche rasch an die Grenze ihrer Vorstellungskraft. Die Kinder des digitalen Zeitalters verbrauchen mühelos SMS-Kontingente von 1.000 Kurznachrichten pro Monat und blicken mitleidig auf jene kommunikationsschwachen Außenseiter, die sich nicht mittels Social-Networking-Plattformen mit hundert neuen Onlinebekanntschaften brüsten können.

Das durchschnittliche Anwenderwissen Jugendlicher ist zwar groß, zugleich sind sie aber altersbedingt leicht verführbar und wägen Risiken kaum ab. So haben sich viele populäre Onlineseiten, die Austausch und Selbstdarstellung ermöglichen, wie MySpace, Facebook, YouTube u. v. m. als veritable »Jobkiller« erwiesen. Freimütige Einträge sind oft noch Jahre später auffindbar – auch für Firmen, die vor der Personalauswahl auch schon einmal das Internet nach eventuellen On-

lineprofilen der BewerberInnen durchkämmen. Wer persönlichste Details im Internet verbreitet, muss damit rechnen, dass diese Infos auch gefunden werden. Das deutsche Studentenportal StudiVZ verspielte kürzlich das Vertrauen vieler seiner vier Millionen NutzerInnen mit einer Änderung seiner Geschäftsbedingungen, die dem Verkauf von Nutzerdaten zu Marketingzwecken den Weg bereitet. Das Bewusstsein, dass Surfen und Kommunizieren im Web Spuren hinterlassen, ist gewachsen, die Folgen werden aber oft noch unterschätzt.

Kundenprofile fürs Marketing

Auch der »mündige« Konsument hat seine Technikscheu bezwungen, kauft online, nutzt Online-Banking und gibt dabei in der Regel seine Identität preis. Daten fallen immer öfter auch als reines »Nebenprodukt« der Geschäftserbringung an, ohne dass KonsumentInnen sie aktiv und bewusst offenlegen: Dazu zählen neben Surfspuren im Internet und Standortdaten beim Handy künftig wohl auch vermehrt das Erkennen von Gegenständen und Personen via RFID-Funkchips oder biometrische Verfahren der Personenerkennung auf Distanz. Der Preis für die Bequemlichkeit: Online hinterlässt man viel mehr Datenspuren als offline. Verhaltensmuster werden durchschaubarer. Überwachung durch private Unternehmen (aber auch öffentliche Stellen) wird einfacher.

So sind etwa Kundendaten heiß begehrt – als handelbare Ware werden sie für Werbezwecke aber auch die Beurteilung

WEBLINKS

AK-Abteilung für Konsumentenpolitik
[www.arbeiterkammer.at/
www-2837.html](http://www.arbeiterkammer.at/www-2837.html)

der Kaufkraft und des Zahlungsverhaltens von KonsumentInnen eingesetzt. Online-Gewinnspiele, Kundenkarten, der Datenzukauf bei Adresshändlern sind nur einige Instrumente, um an Kundendaten für zielgerichtete Werbung heranzukommen. Massengeschäftspraktiken, Fernabsatzverträge ohne direkten Kundenkontakt und die steigende Haushaltsverschuldung führen dazu, dass Anbieter schon im Vorfeld eines Geschäftsabschlusses möglichst zuverlässige Prognosen über ihre Kunden/Kundinnen treffen möchten. Sie stützen sich dabei nicht nur auf öffentlich zugängliche Fakten (wie Insolvenzen, Exekutionen u. ä.), sondern auch auf bloße Annahmen über Personen aufgrund von Statistiken, die sogenannte Wirtschaftsauskunfteien für sie zusammentragen. Dem/r KonsumentIn wird ein Scorewert, eine Zahl, zugeordnet, der die mathematisch-statistische Wahrscheinlichkeit ausdrücken soll, mit der er/sie z. B. seine Zahlungspflichten erfüllen wird. Die Bonitätsbewertung erfolgt online. So streicht eine Wirtschaftsauskunftei in ihrer Onlinewerbung hervor: »Zählen Privatpersonen zu Ihren Kunden? Kein Problem: Ein kurzer Online-Check in unserer Consumer-Datenbank (35 Mio. Datensätze!) – und Sie wissen, woran Sie sind.« Ein negativer Score kann darüber entschei-

den, dass Vertragsabschlüsse verweigert oder nicht die allerbesten Konditionen gewährt werden. Zivilgerichtliche Entscheidungen räumen den Betroffenen erfreulicherweise weitreichende Widerspruchsrechte gegen Einträge in Negativdatenbanken ein. Wer wegen säumiger Zahlung ohne jede Vorwarnung in quasi »öffentlich zugänglichen« Negativdatenbanken von Wirtschaftsauskunften landet, hat außerdem gute Chancen auf immateriellen Schadenersatz für die Bloßstellung seiner Person.

Daten für die Exekutive

Mit der Kommunikationsdichte in Österreich wächst das Ausmaß an Verbindungsdaten. Diese können in Notfällen Leben retten, wenn der Standort einer gefährdeten Person rasch ausgeforscht werden kann. Angaben des Mobilfunk-anbieters T-Mobile, wonach die Abfrage von Standortdaten über HandynutzerInnen in den ersten zwei Monaten 2008 um 70 Prozent gewachsen ist, wirken allerdings alarmierend. Seit Jahresbeginn existiert nämlich eine neue Rechtsgrundlage. Das Sicherheitspolizeigesetz ermöglicht es der Polizei in akuten Gefahrensituationen, auch ohne richterlichen Beschluss Handys orten zu lassen. Neben AK und Betreibern kritisiert auch die Richtervereinigung die Ausschaltung der RichterInnen, die eine Abwägung zwischen Eingriffen in Datenschutzrechte und Sicherheitsinteressen gewährleisten. Der Verfassungsgerichtshof ist bereits mit Individualbeschwerden gegen die im Sicherheitspolizeigesetz erweiterte Handy- und Internetüberwachung befasst.

Neben Kommunikation zählt Sicherheit zu den elementaren menschlichen Bedürfnissen. Zeitungsartikel, die mit den Ängsten der Bevölkerung spekulieren, fördern die Popularität digitaler Sicherheitstechnik. Videoüberwachung mutierte in kürzester Zeit zum Massenartikel für Eigenheimbesitzer. Dabei weiß bei weitem nicht jeder Anlagenbesitzer, dass auch auf Videobilddaten, die (zeitlich befristet) gespeichert werden, Datenschutzregeln anwendbar sind. Bildaufzeichnungen sind personenbezogene Daten, denn die Identität der abgebildeten Personen ist in der Regel bestimmbar. Der Zugewinn an Sicherheit durch Videoüberwachungsan-

lagen im öffentlichen oder privaten Raum entspricht oft mehr einem trügerischen Gefühl als harten Fakten. Ob und wann Videoüberwachung zur Gefahrenabwehr und nachträglichen Delikttaufklärung wirklich geeignet ist, ist auch unter Sicherheitsexperten umstritten. Gewiss ist jedenfalls eines: die Gesellschaft büßt Freiraum ein. Die psychologische Bedeutung dieses Aspekts findet in einer aktuellen Entscheidung des Obersten Gerichtshofes Anerkennung: Auch die Attrappe einer Videoüberwachung – direkt gerichtet auf Nachbars Garten – kann einen Grundrechtseingriff darstellen. Ohne Gewissheit über die Echtheit der Anlage sind Personen einem besonderen Überwachungsdruck ausgesetzt.

Vergleichsweise wenig datenschutzsensibel verhält sich demgegenüber das Land Niederösterreich. Das Land »fördert die Sicherheit Ihres Zuhauses« mit Zuschüssen von bis zu 1.500 Euro bei Einbau einer Videoüberwachungsanlage. Zu den Arbeitsplänen der Bundesregierung zählen auch Vorschriften für die Videoüberwachung, die hoffentlich nicht nur Rechtssicherheit, sondern auch Beschränkungen beim Einsatz bringen werden.

Datenschutz: Wozu?

Datenschutz ist ein wichtiges ideelles Grundrecht. Jeder soll selbst bestimmen können, auf welche Informationen zur eigenen Person die Öffentlichkeit oder ein beschränkter Nutzerkreis zugreifen kann. Und: Jeder hat das Recht auch in Ruhe gelassen zu werden. Datenschutzverletzungen können auch handfeste Probleme verursachen: Veraltete Datenbestände können ein falsches, nachteiliges Bild über eine Person zeichnen. Die elektronische Verknüpfung von grundsätzlich getrennt geführten Datensammlungen ergibt ein persönliches Datenprofil, das im Einzelfall tiefe Einsichten in die Lebensverhältnisse gewähren kann.

Bewusstes Handeln und Gefahrenabwehr setzen voraus, dass KonsumentInnen wissen, welche Daten bei der Internetnutzung entstehen, auf welche Weise sie gesammelt und verwertet werden können. Basisinformationen über potenzielle Gefahren helfen bei der Abwägung, welche Risiken man eingehen will und welche nicht.

Sicher surfen

Heimtückische Trojaner, unsichtbare Spione im Vormarsch, Datenklau etc. Computerjournale lieben es drastisch, um InternetsurferInnen aufzuschrecken. Sicher-Surfen-SünderInnen dürfen aber aufatmen. Ihre Fahrlässigkeit hält sich in Grenzen. Eine von der Akademie der Wissenschaften für die AK durchgeführte Studie zeigt, dass sich viele Empfehlungen im Praxistest nicht bewähren. Der Kosten- bzw. Zeitaufwand muss überschaubar bleiben, und es dürfen keine gravierenden Einbußen bei der Bequemlichkeit entstehen.

Empfehlenswert ist neben Virenschutzstandards, vor der Nutzung von Onlinediensten Kleingedrucktes zu lesen und mit Daten zu geizen. Viele Angebote lassen sich auch ohne vollständige Angaben nutzen. Wer eine Personensuche unterbinden will, sollte bei Chats bzw. Instant-Messaging-Diensten wechselnde Identitäten verwenden und – soweit möglich – Beiträge aus öffentlich zugänglichen Archiven löschen. Achtung: Löschanleitungen sind rar. Heimliches Datensammeln widerspricht Datenschutzprinzipien und ist trotzdem weit verbreitet: Cookies sind z. B. Dateien, die von besuchten Webseiten lokal am PC gespeichert werden. Sie können angepasste Angebote erstellen oder den BenutzerInnen die wiederholte Eingabe von Passwörtern ersparen. Cookies können aber auch – über einzelne Websites hinaus – Datenprofile erstellen. Webbrowser bieten unter den Sicherheitseinstellungen Cookie-Optionen. Eine pauschale Ablehnung sperrt den Nutzer von vielen Angeboten aus, die individuelle Anfrage kann auch nerven. Vorsicht gilt auch bei Gratissoftware. Sie kann Spyware enthalten, die auch nach Programmdeinstallation aktiv bleiben und alle Internetaktivitäten protokollieren kann.

KONTAKT

Schreiben Sie Ihre Meinung an
daniela.zimmer@akwien.at
 oder die Redaktion
aw@oegb.at

Big Brother Google

Cool und bunt, großzügig zu MitarbeiterInnen und spendabel zu NutzerInnen: Gigant Google versprüht Sympathie, ist aber auch eine gefährliche Datenkrake.

Autor: Gerald Reischl

Kurier-Journalist und Buchautor

Wir alle mögen die »Suchmaschine« Google, weil es ein verlässliches, einfach zu bedienendes und praktisches Webservice ist; nüchtern gehalten, ein Suchschlitz, in den man einen oder mehrere Begriffe eintippt und innerhalb von Sekundenbruchteilen eine Trefferliste erhält.

Google ist die am häufigsten besuchte Webseite und die beliebteste Suchmaschine der Welt – acht von zehn ÖsterreicherInnen nutzen Google, wenn sie im Internet nach Informationen suchen. Für viele Internet-NutzerInnen ist Google sogar die Startseite, wenn sie sich ins Web einloggen. Ein Leben im Web ohne Google ist für viele nicht denkbar.

Abhängig

Die Dominanz Googles ist drastisch, wie eine exklusiv für das Buch »Die Google-Falle« in Auftrag gegebene Umfrage bei Marketagent.com ergeben hat. Auf die sogenannte Top-of-Mind-Frage »Welche Suchmaschinen sind Ihnen zumindest dem Namen nach bekannt? Bitte nennen Sie uns spontan alle, die Ihnen einfallen« wurde Google von 81,8 Prozent der Befragten zuerst genannt. Lediglich 4,8 Prozent der NutzerInnen sagten zuerst »Yahoo!«. Lycos belegte mit 1,3 Prozent den dritten Platz.

Google dominiert aber nicht nur den Such- und damit verbunden auch den Werbemarkt im Web – ist Ihnen aufgefallen, wie viele Wortanzeigen neben der Trefferliste stehen? –, Google verändert die Gesellschaft. Die Firma beeinflusst die Informationsbeschaffung, das Lernen, fördert die **Copy-Paste-Kultur** und betätigt sich zudem als Datensammler, wie ihn die Welt noch nicht gesehen hat. Google ist zu einem »Big Brother« mutiert, der bald in die hintersten Winkel unserer Privatsphäre blicken kann. Seit wir vernetzt sind, hinterlassen wir eine Datenspur, die man mehr oder weniger gut auswerten kann. Denn anders als bei den derzeit so populären Web 2.0-Diensten wie der Video-Plattform YouTube, dem StudentInnenportal StudiVZ, der Sozialplattform **Facebook** oder dem Business-Portal Xing, die von den NutzerInnen – freiwillig – mit Informationen angefüllt werden, sammelt Google jene Informationen, die wir unfreiwillig hinterlassen. Darin liegt die Gefahr: Wir sind dem ausgeliefert. Ob wir wollen oder nicht.

»Man muss Google nicht verwenden«, lautet die einhellige Meinung vieler NutzerInnen. Aber die meisten verwenden diese Suchmaschine. Es gibt zwei Gruppen von Internet-NutzerInnen: Die einen legen auf ihre Privatsphäre wert und wollen wissen, was mit ihren Daten passiert und welche Informationen gesammelt und ausgewertet werden. Den anderen ist es egal, was man über sie weiß – entweder nach dem Motto: Ich habe nichts zu verbergen, oder weil sie der Meinung sind, dass es im Web ohnehin unmöglich ist, die Datenpreisgabe zu verhindern.

WEBLINKS

Homepage des Autors
www.reischl.com/

Internetlexikon Wikipedia über den Autor
de.wikipedia.org/wiki/Gerald_Reischl

Google
www.google.aom

Die Googlefalle online
www.googlefalle.com/

Google kommt jedenfalls sehr trickreich an unsere Informationen und an unseren Datenschleim. Der Google-Trick ist an sich ein sehr banaler, er basiert nämlich auf der Maxime »Geben und Nehmen«. Google sorgt für diese Balance. Es verteilt neben der kostenlosen Suchfunktion auch Gratisprogramme, vom Office über das Bildverarbeitungs- bis hin zum E-Mail-Programm. Die wenigsten wissen, dass Google die E-Mails von G-Mail-NutzerInnen scannt und zum Inhalt des Mails passende Anzeigen schaltet. Wer in einem Mail den Job-Verlust beklagt, bekommt Job-Anzeigen eingeblendet »Arbeiten Sie von zu Hause aus« oder »Eröffnen Sie Ihr eigenes Online-Casino«.

Googles Devise lautet »Gratis gegen Privatsphäre« sozusagen. Wir dürfen eine Vielzahl von Gratis-Diensten nutzen und geben dabei Daten von uns preis, die einem Konzern dazu verhelfen, seine Werbeeinnahmen und Profite zu erhöhen. Misstrauen wäre angesagt, aber kaum eine/r misstraut einer Firma, die so viele praktische Dienste zu verschenken hat

und ihre MitarbeiterInnen so behandelt, wie es wohl jeder gerne von seinem Arbeitgeber sehen würde: Gratis-Essen, Gratis-Shuttles, Gratis-Internet daheim und Zuschüsse beim Autokauf.

Jedem Suchmaschinenbetreiber ist klar, dass die Suche nur dann perfektioniert werden kann, wenn man viel über die NutzerInnen weiß: Vorlieben kennt, voraussehen kann, wonach sie suchen, und sie so mit den passenden Treffern versorgen kann. Im Jahr 2006 sind von Google beim US-Patentamt nicht weniger als acht Erfindungen eingereicht worden, die dem Themenbereich des »User Tracking« zuzuordnen sind. »Die Erfindungen, die mit der Benutzerverfolgung zu tun haben, haben zugenommen«, sagt US-Analyst Stephen Arnold. Schon die Namen der Patente machen klar, worauf die jeweilige Erfindung abzielt – mehr über den/die NutzerIn zu erfahren. So wird nicht nur das Surf-Verhalten auf Basis vergangener Besuche und der »Web-Geschichte« analysiert, sondern auch prognostiziert, was er/sie tun könnte – nach allen Regeln der Kunst, mit den neuesten Methoden und Analyse-Instrumenten werden Google-NutzerInnen ausspioniert.

So werden wir ausspioniert

Beim Surfen im Web erhält jeder Rechner eine IP-Adresse – je nach Provider – entweder eine statische (immer das gleiche »Autokennzeichen« auf der Datenautobahn) oder eine dynamische (bei jedem Mal einwählen ins Web ein anderes Kennzeichen). Der Provider weiß, mit welcher dynamischen IP-Adresse man zu einer bestimmten Zeit im Web unterwegs war. Abgesehen davon, dass es Provider geben soll, die immer wieder die gleiche dynamische IP-Adresse vergeben, womit sie fast zu statischen werden und viele NutzerInnen mit ihrem Rechner ständig online sind und sich die IP-Adresse seltener ändert, ist die Annahme, dass man anonym unterwegs ist, ein Irrglaube.

Google legt auf Rechnern ein sogenanntes Cookie ab, eine Protokolldatei, die das Verhalten und Surfen von NutzerInnen analysiert, speichert und an Google schickt. So wird man wieder erkannt, wenn man die Google-Seite anwählt. Jeder/jede eBay- oder Amazon-Kunde/Kun-

din hat das sicherlich selbst schon festgestellt, wenn er/sie namentlich begrüßt wird. Mit Hilfe des Cookies können auch jene, die mit dynamischer Adresse unterwegs sind, eindeutig zugeordnet werden. Es gibt zwar die Möglichkeit, die Annahme von Cookies zu verweigern, allerdings kann man dann viele Dienste im Web nicht nutzen. Eine weitere Möglichkeit wäre, ständig die Cookies zu löschen – was aber die meisten nicht tun.

IT-SicherheitsexpertInnen kritisieren Cookies schon lange, wie etwa der CEO des Antiviren-Experten Symantec, John W. Thompson. Er bezeichnet Cookies als »schwerwiegenden Eingriff in die Privatsphäre der Nutzer«. Er habe ein großes Problem mit der Tatsache, dass Cookies ohne Wissen der Internet-NutzerInnen auf einem Rechner platziert werden, denn die wissen nicht, was mit den gesammelten Informationen geschieht. Er fordert, dass Google & Co offiziell bekanntgeben, was konkret mit den gesammelten Informationen passiert und macht sich dafür stark, dass man vorher gefragt werde, ob man Cookies wolle. Diese Möglichkeit gibt es im Prinzip auch heute schon in den Browsern: Man kann Cookies deaktivieren, wodurch diese nicht auf den Rechner geladen werden.

Die Datensammelleidenschaft wird allerdings noch intensiver, Google arbeitet an einer Such-Technologie, die sich PSE (Programmable Search Engine) nennt, also programmierbare Suchmaschine. Diese soll künftig allen Internet-NutzerInnen individuelle Treffer liefern – weil das System nicht nur auf vorhandene Suchanfragen zurückgreift, sondern auch andere Datenbanken abfragt, in der weitere Informationen über die NutzerInnen gespeichert sind. Wenn jemand künftig nach einer Digicam Nikon D300 sucht, soll das System sofort wissen, ob man bereits eine besitzt und eine Service-Stelle sucht oder ob man eine kaufen will. Solche Treffer sind nur dann möglich, wenn man den/die NutzerIn in- und auswendig kennt.

Doktor Google und DNA-googeln

Google will auch an unsere Gesundheitsdaten. Ein großes Ziel von Google-Gründer Sergej Brin ist, dass man Google in einigen Jahren auch für die Genom-Suche

BUCHTIPPS

Die Google-Falle

Die unkontrollierte Weltmacht im Internet

Verfasser: Gerald Reischl

14,3 x 21,5 cm

208 Seiten

EUR: 19,95 CHF: 34,80

ISBN: 9783800073238



Bestellung:

ÖGB-Fachbuchhandlung,
1010 Wien, Rathausstraße 21,
Tel. (01) 405 49 98-132
E-Mail:

fachbuchhandlung@oegbverlag.at

nutzen kann, also seine eigenen Gene (oder die eines anderen) googeln, oder seine Gene mit jenen eines Stars vergleichen kann. »In zwischenmenschlichen Beziehungen könnten plötzlich Fragen nach solchen Profilen eine Rolle spielen«, malt der renommierte österreichische Genforscher, Univ.-Prof. Markus Hengstschläger, ein fragwürdiges Szenario an die Wand.

Vor einem Rendezvous wird der/die potenzielle PartnerIn DNA-gegoogelt, um so Krankheiten, die er/sie hat oder bekommen könnte, zu erfahren. Science-Fiction? An zwei DNA-Firmen ist Google bereits direkt und indirekt beteiligt. An der Firma von Sergej Brins Ehefrau Anne Wojcicki »23andMe« sowie an dem DNA-Projekt der Universität Harvard mit der Bezeichnung PGP (Personal Genome Project). Eine Horrorvision. Egal wie man das Blatt auch dreht und wendet, ob Schnüffelei, Datensammelleidenschaft oder Gesundheits-Offensive. Man bekommt es mit der Angst zu tun. Google ist ein Gewinnmaximierer, der sich seiner Verantwortung als Marktführer nicht bewusst ist.

KONTAKT

Schreiben Sie uns Ihre Meinung
an den Autor
g_r@aon.at
oder die Redaktion
aw@oegb.at

Web 2.0 verbindet

*Internet mit Interaktivität. PCs mit Handys und **BlackBerrys**.
Bildungsarbeit mit neuen Möglichkeiten.*

Autorin: Katharina Painer

Mitarbeiterin im VÖGB, Öffentlichkeitsarbeit

Der Begriff Web 2.0 ist seit geraumer Zeit in aller Munde. Was sich dahinter verbirgt bleibt aber oft unklar. Selbst ExpertInnen sind sich nicht einig, ob Web 2.0 lediglich als Marketing-Schlagwort zu sehen ist, oder den Anbruch einer neuen Ära im World Wide Web bezeichnet.

Tatsache ist, dass sich das Web seit einigen Jahren in einer Phase der Veränderung befindet. Allein in Österreich stieg die Zahl der Haushalte mit Internetzugang von 33,5 Prozent im Jahr 2003 über knappe 47 Prozent im Jahr 2005 auf rund 60 Prozent im Jahr 2007 (Statistik Austria). Durch immer mehr und immer schnellere Internetzugänge ist eine neue Sichtweise auf das Medium Internet entstanden und damit auch eine veränderte

Nutzungskultur. Der Begriff Web 2.0, der vom Softwareentwickler Tim O'Reilly geprägt wurde, etablierte sich als Inbegriff dieser Entwicklung.

Kennzeichen von Web 2.0:

Interaktivität und Kollaboration, Nutzung kollektiven Wissens

Informationskanäle sind nicht mehr eindimensional, der Informationsaustausch funktioniert in alle Richtungen. UserInnen können gleichzeitig AutorInnen und KonsumentInnen von Webseiten und Anwendungen sein. Webseiten werden von mehreren UserInnen gemeinsam befüllt, korrigiert, aktualisiert. Anwendungen werden gemeinsam weiterentwickelt.

Zugriff mit verschiedenen Endgeräten

Web 2.0-Anwendungen können mit unterschiedlichen Endgeräten, wie PCs, Laptops, Handys oder **BlackBerrys**, über verschiedene Technologien wie Bluetooth oder **Wireless LAN** bedient werden.

Nutzung des Webs als Plattform

Daten, wie Fotos, Videos, Termine oder Informationen, und Anwendungen, die früher auf lokalen Computern gespeichert waren, verlagern sich immer mehr ins Netz. Programme können über das Netz ausgeführt werden, ohne auf dem lokalen PC installiert zu sein. Anwendungen wie beispielsweise Flickr erlauben es, Fotos oder andere Daten hochzuladen und so auch anderen NutzerInnen zur Verfügung zu stellen.

Mashups

Der Begriff »Mashup« kommt von durchmischen. Unter einem Mashup versteht man die Möglichkeit, Inhalte von Webseiten neu zu kombinieren. Über Programmierschnittstellen können auch Teile anderer Webanwendungen integriert werden.

Vernetzung

Im Internet entstehen Gemeinschaften, sogenannte Communities, die sich über unterschiedliche Themen austauschen und gemeinsam Informationen und Daten nutzen. Aber nicht nur UserInnen, sondern auch Webseiten und Anwendungen erfahren eine verstärkte Vernetzung.

Ständige Weiterentwicklung

Webseiten, die auf Basis von Web 2.0 erstellt wurden unterliegen ständigen Veränderungen. Durch Interaktivität und Mashups entsteht eine eigene Dynamik.

Beispiele für Web 2.0 Anwendungen:

Google-Anwendungen

Die weltweit populärste Suchmaschine bietet neben umfassenden Möglichkeiten der Internet-Recherche auch Anwendungen zur Terminverwaltung und diverse Online-Softwarewarenlösungen kostenlos an.

Wikis

Als Wikis werden Online-Enzyklopädien bezeichnet, die von den UserInnen gemeinsam befüllt, aktualisiert und korrigiert werden. Das wohl bekannteste aller

WEBLINKS

Internetlexikon
www.wikipedia.org

Steuerblog, Seminare und Veranstaltungen:

www.voegb.at
www.voegb.at/bloginfo.html

gedifo-wiki:
www.gedifo.at
wiki.gedifo.at

Wikis ist Wikipedia. Es ist bis dato in 255 unterschiedlichen Sprachen verfügbar. Die umfangreichste Version von Wikipedia ist die englischsprachige mit über zwei Millionen Artikeln, gefolgt von der deutschsprachigen mit über 700.000 Beiträgen.

Weblogs

Weblogs, kurz Blogs genannt, waren ursprünglich als Online-Tagebücher gedachte Webseiten. Die Blogs von heute erinnern nur noch in den wenigsten Fällen an Online-Tagebücher. Sie bieten neben den Möglichkeiten Informationen, Unterlagen, Fotos, Links, Video- und Audiodateien zur Verfügung zu stellen und Kommentare abzugeben zahlreiche weitere Funktionen. Es gibt die unterschiedlichsten Arten von Blogs, die Palette reicht von Blogs, die an Internet-Foren erinnern über themenspezifische Informations- und Kommunikationsblogs bis hin zu Watchblogs, in denen sich die UserInnen kritisch mit verschiedenen Themen, Firmen, Organisationen etc. auseinandersetzen. Letztere haben bereits eine gewisse Relevanz als Gegengewicht zu Medien erreicht.

Web 2.0 in der Bildungsarbeit

Dass Web 2.0-Anwendungen in der Erwachsenenbildung immer mehr zum Thema werden zeigt die Tatsache, dass die Konferenz der Erwachsenenbildung Österreichs (KEBÖ), in der die zehn vom Bildungsministerium anerkannten Erwachsenenbildungseinrichtungen vertre-



Seit Ende Jänner gibt es den VOEGB-Steuerblog www.voegbsteuerblog.blogspot.com

ten sind, ihre diesjährige Jahrestagung unter das Motto »LLL 2.0 – Interaktive Medien und Erwachsenenbildung« gestellt hat. Die Möglichkeiten, die Web 2.0-Anwendungen bieten, stellen auch für die gewerkschaftliche (Bildungs-)Arbeit einen Zusatznutzen dar. VÖGB und AK haben bereits erste Projekte gestartet, um Web 2.0-Anwendungen in die (Bildungs-)Arbeit zu integrieren.

Blogs zu Veranstaltungen

Der VÖGB richtet zu bestimmten Veranstaltungen allgemein zugängliche Infoblogs ein, die laufend betreut werden. Ende Jänner 2008 wurde mit dem VÖGB Steuerblog die erste dieser Plattformen ins Leben gerufen. Wichtige Informationen zum Thema stehen somit auch für Personen, die an der jeweiligen Veranstaltung nicht teilnehmen konnten, zur Verfügung. Neben Veranstaltungsfotos, Informationen, Unterlagen und Links zum Thema Steuern gibt es auch die Möglichkeit, sich durch Kommentare aktiv an der Diskussion zu beteiligen. Im ersten Monat wurden im Blog rund 20 neue Aspekte zum Thema eingebracht.

gedifo-wiki

Unter dem Motto »Wissenssolidarität für BelegschaftsvertreterInnen« präsentiert sich die im Rahmen des gesellschaftspolitischen Diskussionsforums (gedifo) von

VÖGB und AK entwickelte Enzyklopädie im Web. Ziel ist es, ein umfassendes, aktuelles Online-Nachschlagewerk für ArbeitnehmervertreterInnen zur Verfügung zu stellen, das neben theoretischem Wissen auch Erfahrungsberichte beinhaltet. Aus Gründen der Qualitätssicherung werden für dieses Wiki AutorInnenrechte vergeben – interessierte, kompetente Personen sind eingeladen, sich einzubringen.

Weblog als Werkzeug

Der VÖGB hat für eine österreichweite Arbeitsgruppe einen Blog eingerichtet, der als Informations- und Kommunikationsplattform dient und den Austausch von Informationen und Dokumenten innerhalb der Arbeitsgruppe erleichtert. Der Weblog wurde so konfiguriert, dass er von Suchmaschinen nicht gefunden wird und damit exklusiv denjenigen zur Verfügung steht, die den direkten Link kennen. Damit können Fremdzugriffe weitgehend vermieden werden.

INFO & NEWS

Ansprechperson für Web 2.0-basierte Bildungsangebote im VÖGB:
Elke Radhuber,
elke.radhuber@oegb.at

Seminare und Veranstaltungen zum Thema

- Die Betriebsrats-Homepage
- Google Total im Betriebsratsbüro
- Der Betriebsrats-Weblog
- KEBÖ-Jahrestagung »LLL 2.0 – Interaktive Medien und Erwachsenenbildung«, 8. Mai 2008

KONTAKT

Schreiben Sie uns Ihre Meinung an die Autorin
katharina.painer@oegb.at
 oder die Redaktion
aw@oegb.at

Macht und Ohnmacht

Die moderne Wissensgesellschaft öffnet eine digitale Kluft zwischen Jung und Alt, Reich und Arm, entwickelten und Entwicklungsländern.

Autorin: Ruth Bauer

Freie Journalistin mit Schwerpunkt Afrika

Wissen ist Macht«, so sprach schon der englische Philosoph **Francis Bacon** vor rund 400 Jahren. Wer Wissen und Informationen hat kann sie zu seinem/ihrer Vorteil nutzen. Heute können sich die meisten Menschen der Industrieländer des Nordens ein Leben ohne den schnellen Zugang zu Wissen und Information kaum noch vorstellen. Internet und Mobilfunk ermöglichen uns den Informationsaustausch weltweit binnen Sekunden. Besonders in der Wirtschaft kann nur bestehen, wer ständig am Puls der Zeit ist. Ein Informations- und Wissensvorsprung bedeutet – für die, die ihn haben – auch einen großen Machtvorsprung. Das stärkt die Machtposition der reichen Länder der Welt natürlich beträchtlich. Denn was wir gerne vergessen ist: Nur maximal 20 Prozent der Menschen weltweit profitieren von den neuen Medien, Computer, Internet und Mobilfunk. Der Rest der Menschheit bleibt ausgeschlossen.

Digitale Kluft

Wir sprechen von der sogenannten Digital Divide oder digitalen Kluft, die zwischen verschiedenen Gruppen besteht; innerhalb Österreichs zwischen den verschiedenen Einkommens-, Alters- und Bildungsschichten; außerhalb Österreichs zwischen den Industrie- und Ent-

wicklungsländern, ausgelöst durch die strukturelle Ungleichverteilung beim Zugang zu Internet, Mobilfunk und anderen Medien. Es gibt diejenigen, die wissen und die, die nicht wissen. Nicht zu wissen bedeutet, ohne Macht und Einfluss in der Welt zu sein. Man spricht in diesem Zusammenhang von technischem Analphabetismus – heute ebenso gefährlich wie eigentlicher Analphabetismus. Die gerechtere Verteilung von Informationszugängen ist nach Ansicht vieler Entwicklungsorganisationen genauso wichtig wie der Zugang zu Nahrung, Medikamenten und Bildung. Ob man den Menschen nicht lieber eine warme Mahlzeit spendieren sollte? Nur wer europäisch denkt, stellt solche Fragen, sind viele Menschen in Entwicklungsländern heute überzeugt. »Hilfsprojekte sind keine langfristige Lösung. Zugang zu Computern und Internet hilft den Menschen dabei, sich selbst zu helfen«, sagt Amit Kumar, 22, ehemaliger Slumbewohner. Kumar selbst hat sich hochgearbeitet und hatte Glück. Er arbeitet heute im Telefonmarketing.

Weltweit festigt sich die digitale Kluft immer mehr. Während in einigen asiatischen Ländern, Europa und den USA ein Großteil der Menschen täglich PCs benutzen, viele davon selbst einen Computer besitzen und über einen Internetzugang verfügen, ist dies in den ärmsten Ländern der Welt bei weitem keine Selbstverständlichkeit. Schlusslicht bilden Länder wie Bangladesch, Pakistan und die meisten afrikanischen Staaten. Hier haben maximal zehn Prozent der Menschen manchmal (z. B. in der Arbeit) einen Computer zur Verfügung, und noch viel

WEBLINKS

Artikel auf Wikipedia zum Thema:
de.wikipedia.org/wiki/Digitale_Kluft
de.wikipedia.org/wiki/Weltgipfel_zur_Informationsgesellschaft
de.wikipedia.org/wiki/Wissensgesellschaft

Artikel zum »Loch in der Wand«:
www.indien-netzwerk.de/navigation/kulturgesellschaft/gesellschaft/artikel/computer_slumkids.htm

weniger haben Zugang zu Internet. Nicht ganz so trostlos sieht die Lage bei den Mobiltelefonen aus. Hier hat sich die Zahl der NutzerInnen in den letzten Jahren vervielfacht.

Fischer und Handy

Doch was nutzt überhaupt einem armen Fischer in Kenia oder anderswo in der »Dritten Welt« sein Handy? Offenbar sehr viel! Studien haben gezeigt, dass Fischer heute ihre Waren mit Hilfe des Handys viel gezielter absetzen können. Früher musste ein Fischer auf gut Glück einen Markt ansteuern, um dort seine Ware zu verkaufen. Heute kann er sich per Handy informieren, auf welchem der lokalen Märkte er die besten Chancen hat, an einem bestimmten Tag seinen Fang gewinnbringend an die Kundschaft zu bringen. Früher passierte es häufig, dass es auf dem Fischmarkt eines Dorfes ein Überangebot gab und die Fische verderben. Am Markt im Nachbardorf hin-

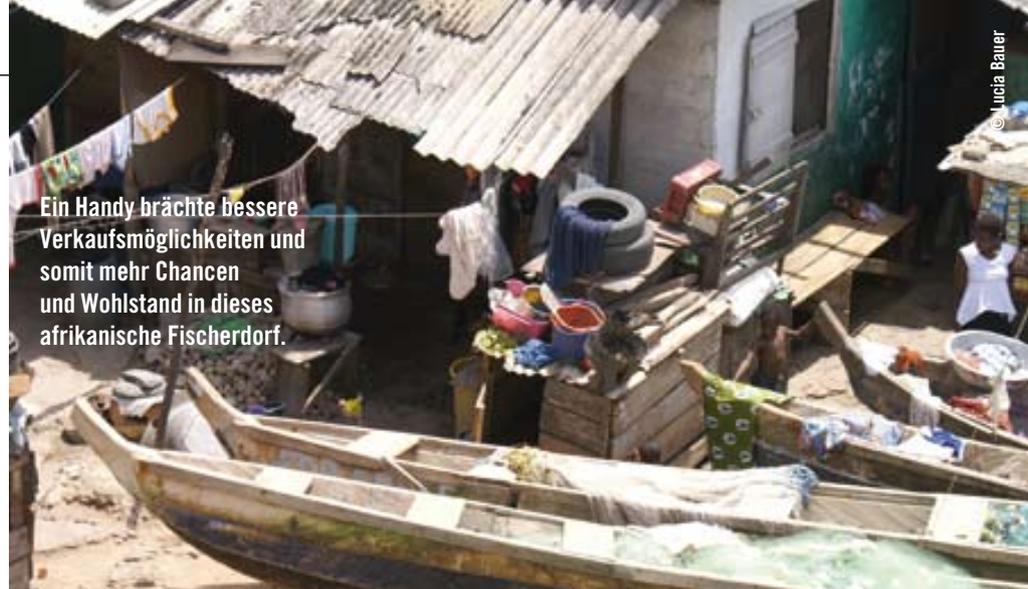
gegen fehlte es an Fisch – unverschämte hohe Preise waren die Folge. Die Studien zeigen, dass sich die Situation durch die Handys gebessert hat, die Preise lassen sich regulieren und die HändlerInnen können die Fische meist vollständig verkaufen. Es scheint, dass schnelle und richtige Information den Menschen eine wirtschaftliche Hilfe ist. Erst die Zukunft wird zeigen, ob sich die reale Situation tatsächlich verbessert.

Vier Mrd. Telefonanschlüsse

Der Weltgipfel zur Informationsgesellschaft 2005 in Tunis thematisierte die digitale Kluft. Man fasste den Beschluss, dass bis zum Jahr 2015 zumindest 50 Prozent der Menschen weltweit Zugang zum Internet erhalten sollen. Ein weiter Weg, wenn man bedenkt, dass im Moment in den Industrieländern zwar bereits 65 Prozent der Menschen Zugang haben, in den Entwicklungsländern aber maximal rund 13 Prozent. In Afrika sind es sogar nur etwa vier Prozent der Menschen, die Zugang zu Internet haben. Leider lebt der weitaus größte Teil der Menschheit nicht in Europa oder Nordamerika, sondern zum Beispiel in Indien, China oder eben Afrika. Da es in den Entwicklungsländern fast keine Festnetze gibt, die genutzt werden können, müssen die Menschen die Möglichkeit bekommen, mobil in das Internet einzusteigen. Deshalb ist die rasche Verbreitung der Handys zu begrüßen. Es gibt vier Mrd. Telefonanschlüsse auf der Welt, davon fast drei Viertel mobil und die Märkte explodieren. Die Handys werden in Zukunft den Menschen den Zugang zur Informationsgesellschaft ermöglichen.

Loch in der Wand

Wir wechseln den Schauplatz: Ein riesiger Slum, wie er in Indien überall zu finden ist. Wir schreiben das Jahr 1999; eine indische Computerfirma startet ein neues Forschungsprojekt: In eine Wand, mitten im Schmutz, Gestank und Chaos des Slums, wird ein Bildschirm installiert, der über einen Joystick bedient werden kann. Der Rechner selbst befindet sich außer Reichweite, verfügt aber über Internetzugang. Ohne Worte wird der PC einfach sich selbst überlassen. Innerhalb



Ein Handy brächte bessere Verkaufsmöglichkeiten und somit mehr Chancen und Wohlstand in dieses afrikanische Fischerdorf.

© Lucia Bauer

weniger Minuten können die ForscherInnen beobachten, wie sich Kinder rund um den Computer versammeln. Die indischen Kinder – zum größten Teil AnalphabetInnen und ohne Englischkenntnisse – bringen sich binnen kürzester Zeit den Umgang mit dem PC und Internet bei. Ein unglaubliches Ergebnis! Das Projekt »Loch in der Wand« ist geboren. Weitere ähnliche Projekte in anderen indischen Slums bringen dieselben verblüffenden Ergebnisse.

Die SlumbewohnerInnen holen sich Nachrichten und Informationen aus dem Internet, vor allem sind Gesundheitsdienste, wie z. B. Informationen zur Verhütung, nachgefragt. Normalerweise wissen Kinder den Pfad zu den richtigen Websites, ein/e ÜbersetzerIn aus dem Slum, also eine Person die Englisch lesen kann, liest dann die Information vor. Auf diese Weise kommen die Menschen endlich an Wissen heran. Aber auch die Kinder und die ÜbersetzerInnen profitieren: Denn die bekommen für ihre Dienste ein paar Rupien.

In acht Minuten ins Internet

Niemand hat diesen Menschen je erklärt, was ein Computer oder das Internet ist. Dennoch hat das bloße Vorhandensein dieser Geräte bewirkt, dass sich die Lebensqualität der Menschen verbessert hat. Nur acht Minuten hat es gedauert, bis der erste Junge sich ins Internet einloggen konnte. »5.000 Jahre Menschheitsgeschichte übersprungen!«, ist der Initiator des Projekts Sugata Mitra im Gespräch mit dem Stern begeistert.

Die Computerfirma, die das Projekt initiierte, arbeitet jetzt an Programmen, mit deren Hilfe sich die Kinder an den

PCs selbst lesen und schreiben beibringen können. Gelingt dies, wäre das ein unglaublicher Erfolg. In Indien allein gibt es 380 Millionen Kinder im Schulalter – das sind ungefähr so viele Menschen, wie die EU EinwohnerInnen hat. Die BetreiberInnen des Projekts hoffen, dass Firmen wie Microsoft oder IBM in das Projekt investieren werden, denn sie hätten gleichzeitig die Chance, günstig Spitzenkräfte für ihre Unternehmen aus den Slums zu rekrutieren. »Ein solches Projekt würde einen unvorstellbaren, dauerhaften sozialen Wandel in Indien bedeuten«, zeigt sich Mitra überzeugt.

Ein Schritt in Richtung Demokratie

Computer, Internet und Mobiltelefone können helfen, die Armut zu reduzieren und Ungerechtigkeiten in der Welt der beseitigen. Es wäre ein Schritt in Richtung Demokratisierung der Welt, wenn wir die digitale Kluft überwinden könnten. Denn die Informations- und Wissenskluff birgt Gefahr für die Demokratie in sich. Der Cyberspace ist ein moderner Raum, von dem der Großteil der Menschheit heute noch ausgeschlossen ist. Projekte, wie das »Loch in der Wand« können helfen, die Tür zu diesem Raum für viele Menschen zu öffnen.

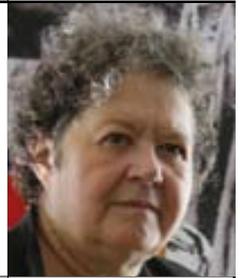
KONTAKT

Schreiben Sie uns Ihre Meinung
an die Autorin
ruth.bauer@gmx.net
oder die Redaktion
aw@oegb.at

Kommentar

Brigitte Pellar

Historikerin, Schwerpunkt
Geschichte und Entwicklungs-
analyse der ArbeitnehmerInnen-
interessenvertretungen



Pro Infotechnologie

Wir sollten die neuen Kommunikations- und Informationstechnologien zur Demokratisierung nützen, anstatt sie zu verdammen.

Die Haltung zur »schönen neuen Welt« der Kommunikations- und Informationstechnologien (KIT) schwankt – wie immer bei technologischen Innovationen – zwischen kritiklosem Jubel, Hinnehmen und starrer Ablehnung. Das gilt besonders auch für die Veränderungen in der Wirtschaft. Es gibt Opinionleader, die das »Ende der Arbeitsgesellschaft« feiern, weil endlich mit Hilfe von Computer, Internet & Co selbstbestimmtes Arbeiten möglich sei, das Sklavendasein in Fabrik, Geschäft und Büro ein Ende haben werde.

Kritische Distanz notwendig

Diese Leute vergessen nur leider, dass unsere Wirtschaft noch immer (und wieder verstärkt) unter kapitalistischen Machtverhältnissen funktioniert. Sie vergessen, dass die neuen Möglichkeiten der Arbeitsorganisation unter dieser Bedingung neue Abhängigkeiten schaffen, die die alten ersetzen – oder es ist ihnen egal. Kritische Distanz zur KIT-Entwicklung ist sogar höchst notwendig. Fragwürdig sind aus meiner Sicht aber manche »Rezepte« zur Lösung des Problems, vor allem der Ruf nach einem Zurück in vor-elektronische Zeit. Maschinenstürmerei

ist keine Problemlösung. Diese bittere Erfahrung mussten schon die ArbeiterInnen während der ersten industriellen Revolution machen, die vor etwa 200 Jahren einsetzte. Sie machten diese Erfahrung beim Aufstand der schlesischen HeimweberInnen, denn das Zerschlagen der Maschinen änderte nichts am Vormarsch der Fabriksproduktion. Sie machten diese bittere Erfahrung auch während der Revolution von 1848, denn das Anzünden der Fabriken in den Wiener Vorstädten änderte nichts an Hunger und Wohnungselend. Aus diesen Erfahrungen heraus entwickelte sich die Arbeiterbewegung mit ihren Parteien und Gewerkschaften. Sie stand für eine andere Art der Problemlösung. Statt des Rufs nach der Rückkehr in das vorindustrielle Zeitalter (in dem die Mehrheit der Menschen ja keineswegs in einer heilen Welt lebte) hieß die Parole jetzt: Änderung der gesellschaftlichen Machtverhältnisse oder zumindest Demokratisierung und Mitsprache, um die neuen Technologien im Interesse der Mehrheit der Menschen einzusetzen und nicht nur im Interesse einer privilegierten Minderheit. In logischer Konsequenz spielte die Arbeiterbildung dabei eine zentrale Rolle. Die ArbeiterInnen sollten für den Umgang mit den

neuen Technologien ihrer Epoche und für demokratische Mitbestimmung gleichermaßen fit gemacht werden.

Web für Demokratie nützen

Heute stehen wir vor einer vergleichbaren Herausforderung. Es geht darum, die neuen sozialen Barrieren, die mit dem Einsatz der KIT aufgebaut wurden, zu beseitigen statt etwa Schulkinder von Notebook und Internet fernzuhalten. Es geht darum, gute Lebens- und Arbeitsbedingungen für die ArbeitnehmerInnen unter den neuen Rahmenbedingungen durchzusetzen statt vergebens auf Lösungen vergangener Jahrzehnte zu beharren. Es geht darum, das Web zur Verbreiterung der Demokratie zu nutzen, statt es jenen zu überlassen, die die Demokratie mit diesem Instrument einengen.

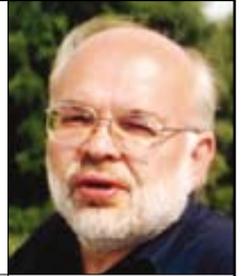
KONTAKT

Schreiben Sie uns Ihre Meinung
an die Autorin
brigitte.pellar@aon.at
oder die Redaktion
aw@oegb.at

Kommentar

Karl Kollmann

Univ. Prof. Ing. Dr.
Stv. Leiter Abteilung
Konsumentenpolitik AK Wien



Gegen Verdummung

Fernsehen und Internet machen Kinder dumm – das ist das Ergebnis einiger aktueller Studien, die sich mit dem Elektronik-Konsum von Kindern befassen.

Es gibt tatsächlich einen deutlichen Zusammenhang von Kommunikationselektronik-Konsum, also dem Konsum elektronischer Medien und den Schulleistungen von Kindern und Jugendlichen: Je mehr Kinder fernsehen, Videospiele spielen oder im Internet die Freizeit totschlagen, desto schlechter sind ihre Noten. Das wurde in mehreren groß angelegten Studien in Deutschland festgestellt. Es wird in Österreich nicht viel anders sein.

Schlechtere Noten

Eigentlich verrückt: die Bildungsministerinnen schwärmen vom elektronischen Klassenzimmer (die Computerindustrie sowieso, da das ein Riesengeschäft ist), schon in Kindergärten hält jetzt der PC Einzug, und die meisten Eltern zögern auch nicht, wenn ein Notebook für den Nachwuchs angeschafft werden soll. Das Ergebnis: Elektronischer Medienkonsum macht Kinder dümmer, die Schulnoten schlechter.

Das heißt, Bildungsverantwortliche, Schule und Eltern sind letztendlich schuld an einem Ergebnis, das sie gar nicht wollen, nämlich miese Noten bzw. Ergebnisse.

Zum PC kommt das Fernsehen. Mehr als die Hälfte der Kinder (von sechs bis vierzehn) haben einen eigenen Fernseher im Kinderzimmer stehen. Naiv, wer meint, dass da nicht oft auch noch spätnachts Filme angesehen werden, die gar nicht für Kinder bestimmt sind. Naiv, wer meint, dass Kinder nur kindgerechte Internetseiten ansehen oder für die Schule lernen. Und, die Eltern sind es oft selbst, die ihre Kinder mit moderner Elektronik zumüllen, Motiv dabei: »Das Beste für das Kind«. Etwa die aggressiven Videospiele (die meisten sind alles andere als friedlich) werden überwiegend von Eltern gekauft. Jedoch: Mediengewalt senkt beim Zuseher die Aggressionshemmung, das ist neuerdings auch schon neurobiologisch nachgewiesen. Wie war das kürzlich in den Nachrichten und Zeitungen: Die Gewalt unter Kindern und Jugendlichen steigt?

Es kommt aber noch paradoxer: Kinder von wirtschaftlich schwächeren Eltern sind elektronisch besser ausgestattet als die von wirtschaftlich Starken (sagen deutsche, aber mittlerweile auch österreichische Studien). Das heißt, die WenigverdienerInnen sparen sich die Elektronikdinge ihrer Kinder vom Mund ab, um indirekt damit für schlechte Schulnoten zu sorgen. Hier wäre eine kluge und nach-

haltige Bildungspolitik einzufordern. Weg von der Eindimensionalität des »das muss man heute haben«. Ein Umdenken in der Schule wie bei den Eltern, eine neue gesellschaftliche Elektronik-Kultur gewissermaßen, wäre notwendig.

Soziale Kompetenz fördern

Natürlich soll man als Jugendlicher mit dem Computer umgehen und als Kind auch Fernsehen nutzen können. Aber vernünftig – also alles mit Maß und Ziel und vor allem altersadäquat. Eltern und Schule müssen nicht die Aggression, die Kaufsucht- und Internetsuchtneigung der Kinder fördern, sondern für Kompetenz der Kinder sorgen. Soziale Kompetenz und Medienkompetenz kommt sicher nicht aus den elektronischen »Kisten«.

KONTAKT

Schreiben Sie uns Ihre Meinung
an den Autor
karl.kollmann@akwien.at
oder die Redaktion
aw@oegb.at

Lohnsteuer senken

Derzeit tragen die ArbeitnehmerInnen einen immer höheren Anteil des Steueraufkommens. Die Vorschläge von AK und ÖGB für mehr Gerechtigkeit.

Nach dem Konzept zur Reform unseres Gesundheitssystems haben AK-Präsident Herbert Tumpele und ÖGB-Präsident Rudolf Hundstorfer am 14. April 2008 ihre Vorschläge für ein gerechteres Steuersystem präsentiert. Denn derzeit ist es so, dass die ArbeitnehmerInnen einen immer höheren Anteil des Steueraufkommens tragen. Wenn man dann auch noch bedenkt, dass die Inflation stetig steigt, wird klar, dass Handlungsbedarf besteht. Das Leben wird immer teurer. Besonders betroffen sind jene Bereiche, an denen niemand vorbei kommt: Lebensmittel, Wohnungskosten und Treibstoffe und vielen bleibt am Monatsende trotz Lohnerhöhungen kaum etwas in der Tasche.

AK und ÖGB wollen deshalb eine kräftige Steuersenkung, die vor allem Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen und Pensionen entlastet. Außerdem muss eine Steuerstrukturreform insgesamt mehr Gerechtigkeit ins heimische Steuersystem bringen und der Faktor Arbeit entlastet werden.

Die letzten Steuerreformen haben vor allem den UnternehmerInnen genützt. Die ArbeitnehmerInnen zahlen immer mehr Lohnsteuer, während die Gewinnsteuern – wie veranlagte Einkommensteuer, Körperschaftsteuer und Kapitalertragsteuer auf Dividenden – trotz guter

Gewinnentwicklung stagnieren. Löhne und Gehälter sind im Zeitraum 2002 bis 2007 deutlich geringer gestiegen als Gewinne, die Lohnsteuereinnahmen sind aber stärker gewachsen sind als die Gewinnsteuereinnahmen. Die Lohnsteuerquote, das Lohnsteueraufkommen im Verhältnis zur Lohn- und Gehaltssumme, wird 2009 die höchste aller Zeiten sein. Das heißt, der Anteil der gesamten Lohnsteuer, den ArbeitnehmerInnen von ihren Bruttolöhnen bezahlen, steigt weiter.

Ein gerechter Tarif

Im Zentrum der Reformvorstellungen von AK und ÖGB steht die Neugestaltung des Lohn- und Einkommensteuertarifs. Die Progressionswirkung ist nicht – wie oft angenommen – bei den größten Einkommen am stärksten, sondern bei kleineren und mittleren Einkommen. Bei Einkommen knapp über dem steuerlichen Existenzminimum – also bei etwa 1.100 Euro brutto monatlich – liegen die Abzüge (durch Lohnsteuer und Dienstnehmeranteil Sozialversicherung) von einer Lohn-/Gehaltserhöhung bei 45,5 Prozent, bei Spitzeneinkommen betragen die Abzüge 43,7 Prozent (unter Berücksichtigung der Sonderzahlungswirkung). Es ist deshalb gerecht, bei den kleinen und mittleren Einkommen den Schwerpunkt der Entlastung zu setzen. Daher sollen in einem neuen Tarif die Eingangsteuersätze abgesenkt werden, dadurch profitieren alle LohnsteuerzahlerInnen. Dadurch käme es zu einer starken Entlastung für ArbeitnehmerInnen mit einem Einkommen zwischen 1.200 und 3.400 Euro brutto. Das würde bedeuten, dass

rund 1,8 Millionen ArbeitnehmerInnen eine Steuersenkung von mindestens drei Prozent bekommen sollen.

450 Euro für Geringverdiener

Die von der Regierung beschlossene Absenkung der Arbeitslosenversicherungsbeiträge bei BezieherInnen kleiner Einkommen ist bereits ein Vorgriff auf den von AK und ÖGB geforderten Steuerbonus in Form einer erhöhten Negativsteuer. Die Regierungs-Maßnahme hat zwar sofortige Entlastungswirkung. Sie hat aber den Schönheitsfehler, dass nicht alle Menschen mit geringen Einkommen davon profitieren, weil nicht alle Arbeitslosenversicherungsbeiträge zahlen. AK und ÖGB wollen einen Steuerbonus für GeringverdienerInnen in Form einer erhöhten Negativsteuer, von dem alle ArbeitnehmerInnen und PensionistInnen profitieren.

Die bestehende Negativsteuer soll von 110 Euro um 340 Euro auf 450 Euro erhöht werden und auch für PensionistInnen gelten. Die Deckelung mit derzeit zehn Prozent der Sozialversicherungsbeiträge soll bei ArbeitnehmerInnen auf 30 Prozent, bei PensionistInnen auf 50 Prozent erhöht werden.

Insgesamt (Steuertarif und Steuerbonus, Verkehrs- und Arbeitnehmerabsetzbetrag) bringen die AK/ÖGB-Vorschläge ein Entlastungsvolumen von 3,5 Milliarden Euro. Vom neuen Tarif profitieren außerdem alle PensionistInnen und Selbstständigen im gleichen Umfang bei gleichen Einkommensgrenzen.

Die ArbeitnehmerInnen sitzen in einer Zwickmühle: Einerseits zieht ihnen

WEBLINKS

Weitere Infos finden Sie auf
www.arbeiterkammer.at
www.oegb.at

die Inflation das Geld aus der Tasche – andererseits wird ihnen übermäßig viel Steuer vom Lohn abgezogen. Das Resultat: Bei jeder Steuerreform laufen die ArbeitnehmerInnen den Auswirkungen der kalten Progression hinterher und haben Mühe, einen Ausgleich zu bekommen. Während Unternehmen bei den letzten Steuerreformen dauerhaft wirkende Entlastungen bekommen haben, bekommen die ArbeitnehmerInnen immer nur einen kurzfristigen Teuerungsausgleich. AK und ÖGB schlagen deshalb vor, dass die Steuerstufen mit dem Verbraucherpreisindex jährlich valorisiert werden. Dadurch kann die »kalte Progression« weitgehend ausgeschaltet werden.

600 Euro Kinderbetreuungsbonus

AK und ÖGB schlagen einen Kinderbetreuungsbonus von jährlich 600 Euro für alle Kinder bis zwölf Jahre vor. Damit werden alle Eltern unterstützt, eine gute Betreuung zu finanzieren. Durch den Kinderbetreuungsbonus wird auch die Berufstätigkeit der Frauen gefördert. Dieser Kinderbetreuungsbonus, der den Eltern in Form eines Absetzbetrages zugute kommt, hat folgende Eckpunkte:

- Anspruch auf den Absetzbetrag haben Eltern und AlleinerzieherInnen, die ihr Kind im Alter zwischen ein und zwölf Jahren in einer professionellen Kinderbetreuungseinrichtung unterbringen.
- Eine Anspruchsvoraussetzung ist, dass beide Eltern bzw. der/die AlleinerzieherIn eine Berufstätigkeit mit einem Jahresbezug von jeweils mindestens 6.000 Euro ausüben.
- Der Absetzbetrag soll 50 Euro im Monat betragen und mit Negativsteuerwirkung ausgestaltet sein.

Das bedeutet, dass alle Anspruchsberechtigten auch 50 Euro netto im Monat erhalten, unabhängig von ihrer Einkommenshöhe.

AK und ÖGB plädieren, eine Wertschöpfungsabgabe zur Finanzierung des Familienlastenausgleichsfonds (FLAF) heranzuziehen. Durch die wesentlich breitere Bemessungsgrundlage ist es mög-

lich, den Dienstgeberbeitrag zum Familienlastenausgleich (derzeit 4,5 Prozent der Lohnsumme) insgesamt zu senken. Im Ergebnis bewirkt das eine Verschiebung der Abgabenlasten von personalintensiven Betrieben zu kapitalintensiven Betrieben. Dadurch könnte auch eine positive Beschäftigungswirkung erzielt werden. Der aufkommensneutrale Steuerersatz würde derzeit 2,4 Prozent betragen, die leichte Anhebung auf 2,6 Prozent soll die Forderung nach einem Kinderbetreuungsbonus finanzieren.

Aufgrund der kräftig gestiegenen Preise bei Treibstoffen und bei den Tarifen für öffentliche Verkehrsmittel ist eine kräftige Aufstockung der Pendlerpauschalen notwendig. Nach den Vorstellungen von AK und ÖGB sollte auch eine Systemumstellung vorgenommen werden: Die bisherigen Freibeträge sollten in Absetzbeträge umgewandelt werden. So bekommen alle PendlerInnen denselben Betrag für eine bestimmte Wegstrecke – unabhängig vom Einkommen. Außerdem sollte der Absetzbetrag mit Negativsteuerwirkung ausgestattet werden, damit in Zukunft auch Lehrlinge und Teilzeitbeschäftigte eine entsprechende Förderung erhalten. Als besonderen Anreiz die öffentlichen Verkehrsmittel zu nutzen, fordern AK und ÖGB, dass bei überwiegender Benutzung der öffentlichen Verkehrsmittel der große Pendlerabsetzbetrag beantragt werden kann.

Weitere Reformpunkte

AK/ÖGB regen weitere Reformen an:

- Wertanpassung von schon lange nicht erhöhten Betragsgrenzen im Lohnsteuerrecht.
- Erhöhung des Kilometergeldes von 38 Cent auf zumindest 45 Cent pro Kilometer.
- Aufwandsentschädigungen und -zulagen bleiben steuerfrei.
- Umstellung der Sonderausgaben auf ein Prämienmodell.
- Ein »Ja« zur Vermögenszuwachssteuer für die Finanzierung des Gesundheitssystems.

KURZ GEFASST

AK und ÖGB fordern:

- Einen gerechten Tarif – damit die Nettolöhne steigen. Der soll alle entlasten, vor allem aber ArbeitnehmerInnen mit kleinen und mittleren Einkommen zwischen 1.200 Euro und 3.400 Euro brutto im Monat.
- Um Menschen mit ganz kleinen Einkommen und Pensionen zu entlasten, fordern AK und ÖGB einen Steuerbonus von bis zu 450 Euro jährlich für Geringverdienenden.
- Damit die Steuerreform nachhaltig wirkt, muss der Tarif jährlich an die Teuerung angepasst werden.
- Ein Kinderbetreuungsbonus von jährlich 600 Euro soll Familien unterstützen und die Vereinbarkeit von Beruf und Familie erleichtern. Zur gerechten Finanzierung soll neben der Lohnsumme künftig die Wertschöpfung eines Betriebes Grundlage für die Bemessung des Dienstgeberbeitrags zum Familienlastenausgleichsfonds sein. Der Beitrag kann so gesenkt werden und soll 2,6 Prozent betragen.
- Angesichts der steigenden Treibstoff- und Verkehrskosten ist es Zeit, jene zu entlasten, die jeden Tag weite Strecken zur Arbeit fahren müssen. AK und ÖGB wollen eine Erhöhung des Pendlerpauschales und Umwandlung in einen Absetzbetrag. Wer mit öffentlichen Verkehrsmitteln fährt, soll begünstigt werden und den großen Pendlerabsetzbetrag bekommen.
- AK und ÖGB sagen deutlich »Ja« zu einer Vermögenszuwachssteuer zur Finanzierung des Gesundheitssystems.
- Bei der Unternehmens- und Kapitalbesteuerung wollen AK und ÖGB Vorschläge zum Schließen von Steuerlücken und für eine Förderung von Investitionen in Österreich in die Steuerreformkommission der Bundesregierung einbringen.
- Von der letzten Steuerreform 2005 haben in erster Linie die Unternehmen profitiert. Bei der kommenden Steuerreform müssen in erster Linie die Lohnsteuern gesenkt werden, damit die Nettolöhne steigen. Insgesamt soll eine Entlastung von 3,5 Mrd. Euro erreicht werden, plus je 250 Mio. Euro Steuer-Ersparnis für Familien und PendlerInnen.

Frauen im Aufsichtsrat

Nach einer aktuellen Untersuchung der AK Wien liegt der Anteil von Frauen in österreichischen Aufsichtsräten bei neun Prozent.

Autorin: Mag. Ruth Naderer

AK Wien, Abteilung Betriebswirtschaft

Die Arbeiterkammer Wien untersuchte auch heuer wieder den Anteil von Frauen in Führungspositionen¹. Dabei wurden die Top 200 österreichischen Unternehmen genauer unter die Lupe genommen. Die Ergebnisse sind ernüchternd: Die Frauenanteile in der Geschäftsführung² und im Aufsichtsrat sind niedrig und stagnieren seit Jahren. In der Geschäftsführung liegt der Frauenanteil bei nur 4,6 Prozent, im Aufsichtsrat bei neun Prozent.

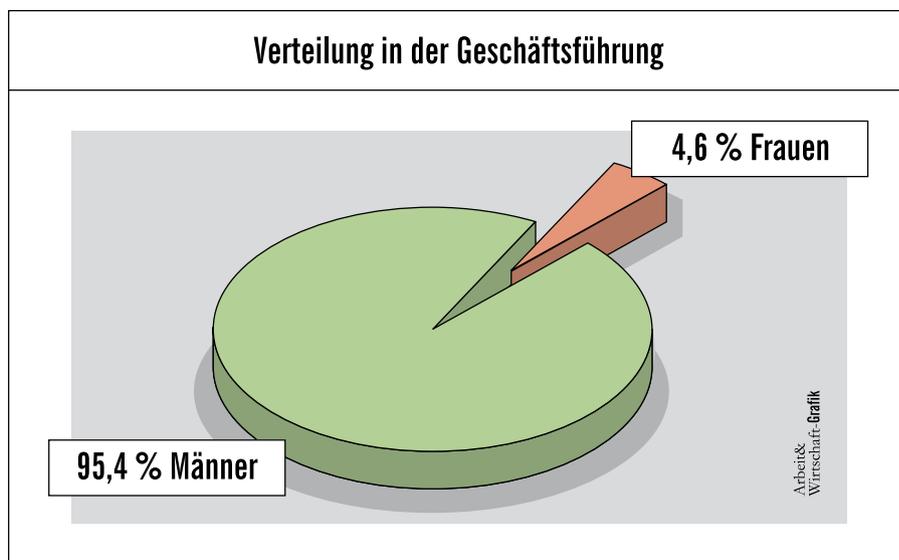
Gleichstellung der Geschlechter

Bei der Gleichstellung beider Geschlechter in allen Lebensbereichen kann und soll die Wirtschaft und die Führung und Kontrolle von Unternehmen nicht ausgenommen werden. Frauen sind wichtige **Stakeholder** (Kunden/Kundinnen, MitarbeiterInnen, LieferantInnen etc.) von Unternehmen und müssen daher auch entsprechend bei der Besetzung von Aufsichtsräten berücksichtigt werden.

¹ AK-Auswertung 2008: Frauen in Führungspositionen – kein Fortschritt erkennbar, Ruth Naderer, Alice Niklas.

² »Geschäftsführung« wird hier vereinfachend sowohl für GeschäftsführerInnen einer GmbH als auch für Vorstandsmitglieder einer AG verwendet.

³ Zechner Katharina, Überblick über aktuelle europäische Maßnahmen zur Stärkung der Präsenz von weiblichen Vorstands-, Aufsichtsrats- und Verwaltungsmitgliedern, Februar 2008.



Der Aufsichtsrat ist das Kontrollorgan der Geschäftsführung und trifft wesentliche strategische wirtschaftliche Entscheidungen, die für die Zukunft jedes Unternehmens zentral sind. Im Aufsichtsrat werden große Investitionen abgesegnet, es werden Markt- und Produktentscheidungen sowie Unternehmensstrukturen diskutiert und vorbereitet – Frauen sind davon ebenso wie Männer immer auf vielen Ebenen betroffen.

Im Aufsichtsrat werden auch wesentliche Personalentscheidungen wie die Bestellung und Abberufung des Vorstandes in Aktiengesellschaften getroffen, die dann wiederum über Führungspositionen im Unternehmen entscheiden. Bei der Zusammensetzung des Aufsichtsrates sollte daher unbedingt auf unterschiedliche

Qualifikationen, Blickwinkel, Kompetenzen und ein ausgewogenes Verhältnis beider Geschlechter geachtet werden.

Grafik: »Verteilung in der Geschäftsführung«: Der Frauenanteil der Geschäftsführung liegt in den untersuchten Unternehmen bei 4,6 Prozent, von 626 GeschäftsführerInnen sind nur 29 weiblich.

Best-practice-Beispiele

In mehreren europäischen Staaten³ wurden in den letzten Jahren gesetzliche und andere Maßnahmen vorbereitet bzw. umgesetzt, um die Präsenz von Frauen in Führungsgremien zu erhöhen.

So hat Norwegen als erstes europäisches Land eine gesetzliche Regelung be-

treffend einer Frauen- bzw. Männerquote (33,5 bis 50 Prozent) für die Verwaltungsräte von Unternehmen eingeführt. Dieses Gesetz ist mit 1. Jänner 2006 in Kraft getreten und hat den Unternehmen eine zweijährige Übergangsfrist zur Umsetzung der erforderlichen Quote gewährt. Der Verwaltungsrat, auch Board genannt, ist im Gegensatz zum österreichischen dualistischen System – Vorstand bzw. Geschäftsführung und Aufsichtsrat sind getrennte Organe – sowohl für die Geschäftsführung als auch die Überwachung und Kontrolle der Unternehmensführung zuständig.

Norwegen straft bei Nichteinhaltung

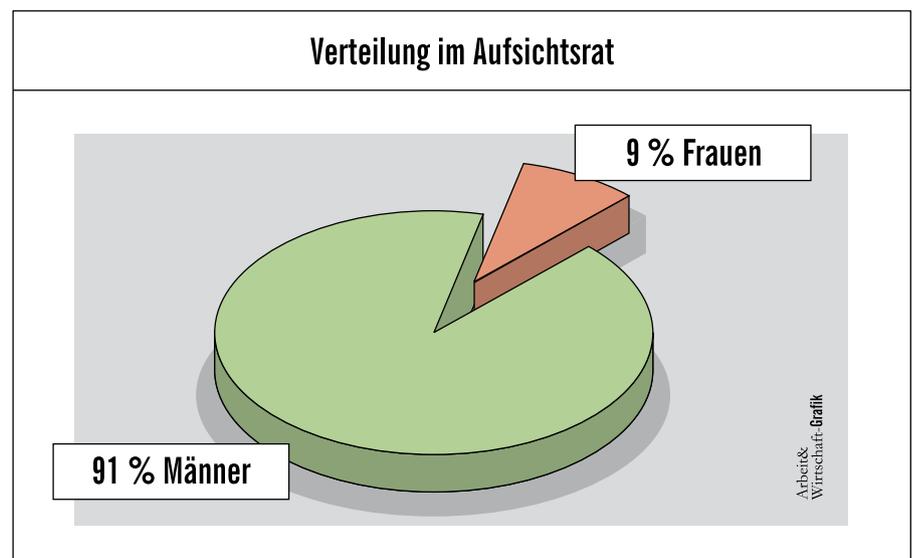
Norwegen sieht auch strenge Strafen für die Nichteinhaltung vor. Als primäre Rechtsfolge kann eine monetäre Verwaltungsstrafe gesetzt werden. Falls die Unternehmen die Bestimmungen weiterhin nicht einhalten, kann es jedoch zur Zwangsliquidation kommen. Am 1. 1. 2008 sind bereits 78 Prozent der Gesellschaften dem Gesetz nachgekommen.

Der norwegische **Corporate Governance Kodex** enthält eine Empfehlung zur Zusammensetzung und Unabhängigkeit des Verwaltungsrats, wobei besonderes Augenmerk auf eine ausgewogene Verteilung der Verwaltungsmandate auf beide Geschlechter zu legen ist.

Eine weitere interessante Maßnahme ist eine zertifizierte Datenbank der norwegischen Wirtschaftskammer, welche empfohlene Verwaltungsratskandidatinnen enthält. Die Unternehmen können dann bei der Nominierung auf einen umfassenden Pool an kompetenten und hochqualifizierten Frauen zugreifen.

Durch all diese Maßnahmen konnte der Frauenanteil in den norwegischen Verwaltungsräten deutlich gesteigert werden und liegt derzeit bei beachtlichen bei 40 Prozent (2004: 22 Prozent).

Weil es in Schweden im Jahr 2002 nur 6,1 Prozent weibliche Verwaltungsratsmitglieder in börsnotierten Aktiengesellschaften gab, trat die zuständige Ministerin mit der Ankündigung an, ein Gesetz nach norwegischem Muster einzuführen. Im Sommer 2006 schließlich legte die von der Regierung beauftragte Professorin Catarina af Sandeberg ihren Gesetzesentwurf vor. Dieser sieht vor, dass



jedes Geschlecht mit mindestens 33,3 Prozent in den Verwaltungsräten von börsnotierten Publikumsgesellschaften und Kapitalgesellschaften, an denen der Staat eine 100-Prozent-Beteiligung hält, vertreten sein muss. Das Gesetz hätte mit 1. Jänner 2008 in Kraft treten sollen. Als Sanktionsmöglichkeiten wurden eine Verwaltungsstrafe in der Höhe von 16.000 Euro sowie ein Vermerk im **Firmenbuch** vorgesehen. Im Herbst 2006 kam es jedoch zu einem Regierungswechsel und damit wurde dieser Gesetzesentwurf auf Eis gelegt. Die neue konservative Regierung vertraut auf »Kompetenz anstatt auf eine gesetzliche Quote«.

Corporate Governance Kodex

Einen Beitrag zur Stärkung der Frauen im Verwaltungsrat leistet auch der seit 1. Juli 2005 aufbörsnotierte schwedische Gesellschaften anzuwendende Corporate Governance Kodex. Er legt fest, dass die Gesellschaften eine ausgewogene Verteilung auf Frauen und Männer anzustreben haben. Außerdem müssen schwedische Kapitalgesellschaften seit 2006 im Jahresabschluss erklären, inwieweit beide Geschlechter im Verwaltungsrat, in der Geschäftsführung und unter den leitenden Angestellten vertreten sind. Beachtlich ist, dass die Ankündigung der Geschlechterquote, die begleitenden Maßnahmen und die Diskussion rund um das Thema zu einer deutlichen Erhöhung des Frauenanteils auf rund 23 Prozent geführt haben.

Selbst in Spanien wurde bereits 2007 eine gesetzliche Geschlechterquote von mindestens 40 Prozent bis maximal 60 Prozent in den Gremien von staatlichen und privaten Kapitalgesellschaften für Verwaltungsräte beschlossen. Den Unternehmen wird eine achtjährige Übergangsfrist gewährt. 2006 betrug der Frauenanteil in den Gremien nur 4,1 Prozent.

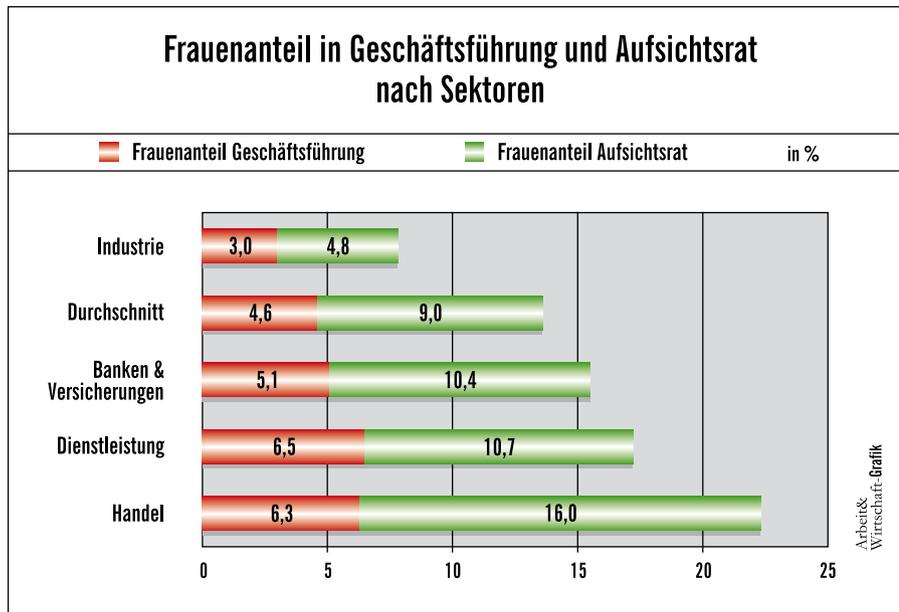
Spanien setzt auf Freiwilligkeit

In Spanien können die Unternehmen ab 2007 freiwillig auf eine ausgewogene Verteilung von Männern und Frauen in den Verwaltungsräten im Rahmen des Corporate Governance Kodex achten. In diesem Fall müssen sie eine entsprechende Erklärung (über Anteile, Gründe und eventuelle Maßnahmen, falls nur wenige oder gar keine Frauen vertreten sind) im Kodex abgeben. Die ersten Erklärungen sind für das erste Halbjahr 2008 zu erwarten.

Auch in der Schweiz, in Frankreich, Finnland und Dänemark gibt es mehr oder weniger weit gediehene Initiativen für eine gesetzliche Geschlechterquote, um die Präsenz von Frauen in den Aufsichts- bzw. Verwaltungsräten zu erhöhen.

In Europa liegt der Frauenanteil in den Aufsichts- bzw. Verwaltungsräten bei durchschnittlich 8,5 Prozent.

Grafik: »Verteilung im Aufsichtsrat«: Die Aufsichtsratsverteilung zeigt ein ähnlich trauriges Bild. Nur 9,0 Prozent der Aufsichtsratsmandate entfallen auf Frauen.



Grafik: »Frauenanteil in Geschäftsführung und Aufsichtsrat nach Sektoren«: Der Frauenanteil ist in den Sektoren Handel, Dienstleistungen und Banken & Versicherungen etwas höher als im Durchschnitt. In der Industrie ist der Frauenanteil hingegen mit 3,0 Prozent Geschäftsführerinnen und 4,8 Prozent Aufsichtsrätinnen besonders niedrig.

Österreichische Situation

Die Auswertung der Arbeiterkammer Wien von Alice Niklas vom Februar 2008 zeigt, dass die Wirtschaft immer noch fest in Männerhand ist. Dabei wurden die Top 200 Unternehmen anhand des Firmenbuchs untersucht. Auf ein Unternehmen entfallen umgerechnet durchschnittlich 3,1 GeschäftsführerInnen und 7,7 AufsichtsrätInnen. Nur in 15 der 200 größten österreichischen

Unternehmen ist in beiden Gremien zumindest eine Frau vertreten. Um einige positive Unternehmensbeispiele zu nennen: Einen Frauenanteil im Aufsichtsrat von 25 Prozent und mehr hatten lediglich fünf von 200 Unternehmen und zwar Baxter AG, DCM DECOMetal GmbH, Erste Bank der österreichischen Sparkassen AG, H&M Hennes und Mauritz GmbH und Zürich Versicherungs AG.

Was die Geschäftsführung betrifft, gibt es 9 von 200 Unternehmen, in denen der Frauenanteil bei 25 Prozent plus liegt.

Eine gesonderte Auswertung der AK-internen Datenbank von 799 ArbeitnehmervertreterInnen im Aufsichtsrat ergibt, dass der Frauenanteil der vom Betriebsrat entsandten ArbeitnehmervertreterInnen bei 17,8 Prozent liegt. Europaweit liegt der Frauenanteil der ArbeitnehmerInnenvertretung im Aufsichtsgremium von Kapitalgesellschaften bei 17,9 Prozent.

Was tun in Österreich?

Wie ausländische Beispiele zeigen, braucht es eine Reihe von parallelen Maßnahmen, um die Präsenz von Frauen in den Aufsichts- bzw. Verwaltungsräten von Unternehmen zu erhöhen. Als besonders wirksames Instrument erweisen sich verbindliche, gesetzliche Rege-

lungen. In einer Reihe von Staaten (Norwegen, Spanien, Schweiz, Schweden, Frankreich, Finnland, Dänemark) sind Geschlechterquoten bereits in Kraft getreten bzw. geplant. Die Quotenregelungen zur Vertretung beider Geschlechter in den Aufsichtsräten bzw. Verwaltungsräten reichen dabei von 20 Prozent bis 50 Prozent.

- Einführung einer gesetzlichen Geschlechterquote bei der Besetzung mit Aufsichtsräten. Sie sollte schrittweise und mit Übergangsfristen installiert werden. In einem ersten Schritt sollten börsennotierte Gesellschaften, Unternehmen im öffentlichen Interesse und Unternehmen, die mehrheitlich der öffentlichen Hand gehören, erfasst werden, in weiteren Schritten dann alle Aktiengesellschaften und großen GmbHs.

- Sanktionen für die Nichteinhaltung sollten spürbare Strafen und eine Eintragung im Firmenbuch sein.

- Regelungen, die auf eine ausgewogene Verteilung beider Geschlechter im Aufsichtsrat abzielen, sollten jedenfalls auch im Corporate Governance Kodex verankert werden.

- Installierung einer zertifizierten öffentlichen an eine offizielle Stelle angebundene Datenbank mit qualifizierten Frauen, die für die Tätigkeit im Aufsichtsrat zur Verfügung stehen und empfohlen werden. Bei der Bestellung von Aufsichtsrätinnen steht den Unternehmen dann ein umfassender Pool an kompetenten, hochqualifizierten Frauen zur Verfügung. Zusätzlich können einschlägige Schulungen und Seminare angeboten werden.

WEBLINKS

AK-Auswertung 2007
www.arbeiterkammer.at/pictures/d51/Hintergrundinfo_Frauen_in_Vorstaenden.pdf
 Artikel auf der Homepage der AK Wien
wien.arbeiterkammer.at/www-397-IP-33386.html

KONTAKT

Schreiben Sie uns Ihre Meinung an die Autorin
ruth.naderer@akwien.at
 oder die Redaktion
aw@oegb.at

Statistiken sind Argumente

Veränderungen in Prozenten gegenüber dem Vorjahresmonat	Verbraucherpreisindex			
	Nationale VPI		Harmonisierte VPI	
	Jan. 08	Feb. 08	Jan. 08	Feb. 08
Belgien	3,5	—	3,5	3,6
Deutschland	2,8	—	2,9	2,9
Finnland	3,8	—	3,5	3,3
Frankreich	2,8	—	3,2	3,2
Griechenland	3,9	—	3,9	4,5
Irland	4,3	—	3,1	3,5
Italien	2,9	—	3,1	3,1
Luxemburg	3,3	—	4,2	4,2
Malta	3,5	—	3,8	4,0
Niederlande	2,0	—	1,8	2,0
Österreich	3,3	—	3,1	3,1
Portugal	2,9	—	2,9	2,9
Slowenien	6,4	—	6,4	6,4
Spanien	4,3	—	4,4	4,4
Zypern	4,3	—	4,1	4,7
VPI—EWU	—	—	3,2	3,3
Bulgarien	12,5	—	11,7	12,2
Dänemark	2,9	—	3,0	3,3
Estland	11,0	—	11,3	11,5
Lettland	15,8	—	15,6	16,5
Litauen	9,9	—	10,0	10,9
Polen	4,3	—	4,4	4,6
Rumänien	7,3	—	7,3	8,0
Schweden	3,2	—	3,0	2,9
Slowak. Rep.	3,8	—	3,2	3,4
Tschech. Rep.	7,5	—	7,9	7,6
Ungarn	7,1	—	7,4	6,7
UK	2,2	—	2,2	—
EU 25	—	—	3,4	3,4
Island	5,8	—	3,1	4,5
Norwegen	3,7	—	2,9	3,1
VPI—EWU	—	—	3,4	3,4
Schweiz	2,4	—	2,5	2,3
USA	4,3	—	—	—

Die monatlichen Übersichten über die Beschäftigungslage und die Kaufkraft sollen die Orientierung erleichtern. Die Tabellen sind wichtige Informationen für InteressenvertreterInnen und jede/n politisch Interessierte/n.

Datenquellen: Statistik Austria/EUROSTAT, laufender Monat.
Anmerkung: Der harmonisierte VPI ist der zentrale Indikator für die Währungs politik der EZB. Er stellt auch die beste statistische Basis für internationale Vergleiche unter europäischem Gesichtspunkt dar.
 ...= Bei Redaktionschluss keine Werte bzw. für Luxemburg zum Teil nur noch HVPI-Werte verfügbar.
 EWU = Europäische Währungsunion; EWR = Europäischer Wirtschaftsraum

Der Arbeitsmarkt im Februar 2008

	Stand Feb. 08	Veränderung zum Vormonat	Vorjahresmonat
Unselbst. Beschäftigung	3.363.190	29.864	98.124
ohne KUC/Präsenzdiener	3.247.241	29.135	99.517
ArbeiterInnen	1.304.431	21.356	41.963
Angestellte u. Beamte	2.058.759	8.508	56.161
Männer	1.784.028	23.619	51.052
Frauen	1.579.162	6.245	47.072
AusländerInnen	426.116	9.839	29.438
InländerInnen	2.937.074	20.025	68.686
Vorgemerkte Arbeitslose	243.853	-24.899	-32.799
Männer	152.198	-19.950	-23.499
Frauen	91.655	-4.949	-9.300
AusländerInnen	42.849	-6.467	-8.102
InländerInnen	201.004	-18.432	-24.697
Jugendliche (bis unter 19)	8.065	-1.101	-1.177
Jugendliche (19 bis unter 25)	26.834	-3.320	-5.097
Ältere (50 bis unter 55)	26.562	-2.001	-1.424
Ältere (55 bis unter 60)	20009	-898	-813
Ältere (über 60)	4987	31	670
Arbeitslosenquote	6,8	-0,7	-1,1
Offene Stellen	37.032	3.007	2.976
Lehrstellensuchende	4.480	-358	-460
Offene Lehrstellen	3496	399	398
Geringfügige Beschäftigung *	271.250	4.168	29.537
Männer	90.005	1.996	16.358
Frauen	181.245	2.172	13.179
ArbeiterInnen	155.921	4.826	20.664
Angestellte	115.329	-658	8.873

* nicht in der unselbstständigen Beschäftigung enthalten

Weiterbildungswildwuchs

Eine aktuelle AK-Studie stellt zahlreiche Informationsmängel bei Weiterbildungslehrgängen fest.

Autorin: Mag. Martha Eckl

Hochschulexpertin der AK Wien

In den letzten Jahren hat die Zahl der Weiterbildungsangebote an Universitäten, Fachhochschulen und von sogenannten »Lehrgängen universitären Charakters« stark zugenommen. 2007 gab es allein an den Universitäten über 600 Lehrgänge zu ganz verschiedenen Themenfeldern mit rund 12.000 Studierenden. Auch bei den Erwachsenenbildungseinrichtungen schießen Lehrgänge wie die Schwammerln aus dem Boden.

So vielfältig AnbieterInnen, Titel, Zugangsvoraussetzungen, Lehrmethoden oder Abschlussberechtigungen auch sein mögen, eines trifft nahezu auf alle Lehrgänge zu: Sie kosten viel Zeit und Geld. Gebühren in Höhe eines Klein-Pkw oder einer Weltreise sind keine Seltenheit.

WEBLINKS

Die Studie »Mystery Shopping bei hochschulischen und äquivalenten Weiterbildungsangeboten« (öibf, 2007) ist in einer Kurz- und Langversion auf der Homepage der AK Wien verfügbar.

Damit der Lehrgang nicht zum »Leergang« wird – die AK Wien hat als neue Serviceleistung eine »Checkliste für Weiterbildungslehrgänge« entwickelt:

wien.arbeiterkammer.at/bildung

Übersicht über Kosten von Weiterbildungslehrgängen (gerundet)

Anbieter	Direkte Kosten	Nebenkosten	Gesamtkosten
Universitäten	4.800,- bis 7.700,-	100,- bis 3.700,-	5.300,- bis 10.900,-
Fachhochschulen	1.100,- bis 7.000,-	0,- bis 4.500,-	3.800,- bis 10.400,-
Anbieter von LuC	4.800,- bis 34.500,-	0,- bis 4.100,-	5.000,- bis 34.800,-
Sonstige Anbieter	1.000,- bis 14.400,-	0,- bis 1.800,-	1.000,- bis 14.800,-

Quelle: öibf, Angaben für die gezogene Stichprobe in Euro

Weiterbildungslehrgänge werden heutzutage wie andere »Produkte« auf Plakaten, im Internet, in Broschüren, bei Messen und in Zeitungsbeilagen kommerziell beworben. Allerdings wird es für InteressentInnen zunehmend schwieriger, sich in diesem »Bildungsdschungel« zu orientieren und die passende Weiterbildung für sich zu finden.

Um ein besseres Bild darüber zu erhalten, wie gut die einzelnen AnbieterInnen über ihre Lehrgänge informieren, hat die AK Wien beim Österreichischen Institut für Berufsbildungsforschung (öibf) eine Studie in Auftrag gegeben. Insgesamt wurden 30 Bildungsangebote im Großraum Wien untersucht. Nach Institutionen gegliedert gab es folgende Zusammensetzung: sechs Universitätslehrgänge, vier fachhochschulische Weiterbildungslehrgänge, zehn Lehrgänge universitären Charakters (LuC) sowie zehn Lehrgänge von privaten Anbietern. Die Auswahl reichte von Kosmetik- und Sozialberatungsausbildungen über Kommunikationslehrgänge bis hin zu Managementlehrgängen mit Masterabschluss.

Geschulte TesterInnen ermittelten, welche vorab erhältlichen Informationen

über Internet und Telefon für potenzielle LehrgangsteilnehmerInnen zur Verfügung stehen.

Grobe Informationsmängel

Ein Drittel der Anbieter konnte selbst bei telefonischer Nachfrage keine genaueren Angaben zu den Kosten oder potenziellen Fördermöglichkeiten machen. Am besten schneiden dabei die Universitätslehrgänge ab. Über 60 Prozent informieren auf der Homepage, ein Viertel gibt zumindest auf telefonische Nachfrage Auskunft. In vielen Fällen konnte darüber hinaus kein eindeutiger Bezug zwischen Kosten und Leistung hergestellt werden. Die Kosten pro Unterrichtseinheit – als Vergleichsbasis zwischen unterschiedlich langen Angeboten – waren oft nicht transparent. Tatsächlich schwanken die Kosten pro Unterrichtsstunde zwischen rund sieben und knapp über 100 Euro.

Nebenkosten wie Anmelde- und Prüfungsgebühren, Fahrt- und Nächtigungskosten, Kosten für Literatur, Skripten etc. wurden oft nicht genannt, waren unvollständig oder schwer festzustellen (siehe

Tabelle 1: »Übersicht über Kosten von Weiterbildungslehrgängen«.

Internet geizt mit Informationen

Generell erweist sich das Informationsangebot im Internet als mangelhaft. Besonders wenig Auskünfte gibt es darüber, in welcher Form die TeilnehmerInnen von der Weiterbildung profitieren. Nur ein Drittel der Anbieter macht dazu Angaben, nur rund 40 Prozent informieren online über konsumentenschutzrechtliche Fragen. 42 Prozent der AnbieterInnen geben auf ihren Homepages keine Informationen über Ausstattung und Qualität sowie die Inhalte des Lehrgangs preis. Am besten wurden online zeitliche Lage und Struktur der Lehrgänge (62 Prozent) beschrieben.

Nur bei der Hälfte der AnbieterInnen waren die Allgemeinen Geschäftsbedingungen, Kündigungs- und Rücktrittsmodalitäten sowie Stornobedingungen verfügbar. Selbst auf Nachfrage konnten darüber keine ausreichenden Informationen bezogen werden. Bei konsumentenschutzrechtlichen Fragen haben am häufigsten die privaten AnbieterInnen keine zufriedenstellende Auskunft gegeben.

Ähnlich verhält es sich mit Durchfalls- bzw. Abbruchquoten, über die sehr oft keine konkreten Angaben am Telefon gemacht werden konnten, da die Ansprechpersonen, die »Zahlen nicht so genau im Kopf« hatten.

Realistische Zeitangaben fehlen

Gerade für Berufstätige ist eine genaue Terminplanung wichtig. Der tatsächliche zeitliche Aufwand wird im Internet aber nicht immer veranschaulicht. Neben den unmittelbaren Präsenzzeiten müssen oft auch zusätzliche zeitliche Aufwendungen, wie Praxisphasen, Prüfungsvorbereitungen und dergleichen, mitberechnet werden.

Bei drei der ausgewählten Angebote konnte der tatsächliche Zeitaufwand nicht festgestellt werden. Bei den anderen lag die angegebene zeitliche Belastung bei insgesamt 150 bis 1.440 Stunden. Das Ausmaß des zusätzlichen Zeitaufwands reichte bis zu 2.100 Stunden.

Da die Weiterbildungslehrgänge in der Regel nicht als Selbstzweck absolviert

Informationsangebote der Anbieter im Vergleich

Information	online	Telefonische Nachfrage	nicht eruiertbar
Ausstattung und Qualität des Anbieters	58	24	18
Inhalt des Lehrgangs	58	21	21
Kosten und Förderungen	54	14	33
Zeitliche Lage und Struktur des Lehrgangs	62	17	21
Fragen des Konsumentenschutzes	39	28	33
Persönlicher Nutzen für Teilnehmende	30	36	33

Quelle: öibf, Angaben in Prozent, Rundungsdifferenzen möglich, zweistufige Erhebung: 1. Informationsangebote online, 2. telefonische Nachfrage

werden, sondern die TeilnehmerInnen einen persönlicher Nutzen (Höherqualifizierung, Gehaltssteigerung, ...) erwarten, wurde auch diese Dimension in die Erhebung einbezogen. Bei den Fachhochschulen blieb mehr als die Hälfte der Fragestellungen zum individuellen Nutzen unbeantwortet. Die privaten Anbieter lagen bei dieser Frage im Durchschnitt. Bei Universitäten und Anbietern von Lehrgängen universitären Charakters war die telefonische Beratung überdurchschnittlich gut.

Universitätslehrgänge gut

Von den untersuchten AnbieterInnen schnitten die Universitätslehrgänge am besten ab. Sie hatten in den meisten Bereichen das größte Informationsangebot.

Nur zehn Prozent konnten über Ausstattung und Qualität online oder auf telefonische Nachfrage keine Angaben machen. Zum Vergleich: 22 Prozent der privaten AnbieterInnen gaben dazu keine Auskunft. Auch über die Inhalte des Lehrgangs stellen Universitäten und Fachhochschulen online am meisten Informationen zur Verfügung. (65 bzw. 63 Prozent). Auch hier schneiden private Anbieter vergleichsweise schlecht ab – nur knapp über die Hälfte informieren online.

Insgesamt konnten – mit Ausnahme der Universitäten – bei rund einem Viertel der Anbieter keine Informationen zu den Inhalten des Lehrgangs eruiert werden (siehe Tabelle 2: »Informationsangebote der Anbieter im Vergleich«).

AK fordert Qualitätssiegel

- Damit sich Weiterbildungsinteressierte angesichts des »Wildwuchses« an Lehrgängen besser zurechtfinden, fordert die AK ein Qualitätssiegel, das ausreichende Informationen zu Kosten und Leistungen eines Lehrgangs garantiert. Einbezogen werden sollen dabei Kriterien wie Gesamtkosten, Preis pro Unterrichtseinheit, Stornobedingungen und Informationen über den Nutzen für den Beruf.
- Initiativen zur Schaffung eines solchen Qualitätssiegels sollen vom für die Erwachsenenbildung zuständigen Unterrichtsministerium in Kooperation mit dem Wissenschaftsministerium, in dessen Kompetenzbereich die Angebote an Universitäten und Fachhochschulen fallen, gesetzt werden.
- Darüber hinaus muss von beiden Ministerien eine umfassende Strategie zur Qualitätssicherung bei Weiterbildungslehrgängen erarbeitet werden.

KONTAKT

Schreiben Sie uns Ihre Meinung
an die Autorin
martha.eckl@akwien.at
oder die Redaktion
aw@oegb.at

Rote Lilo trifft Wolfsmann

Ein Projekt belebt die »Literatur der Arbeitswelt«, knüpft schriftstellerische Netzwerke und regt an, die Stimme für eine Gegenöffentlichkeit zu erheben.

AutorIn:

Petra Öllinger, Georg Schober

Arbeitspsychologin

*Mitarbeiter der Sozialwissenschaftlichen
Bibliothek der AK Wien*

Ein Schreib-Arbeiter, der die Revolution ausruft. Ein Nachtportier mit einem seltsamen Doppelleben. Eine Frau, die ihr Selbstbewusstsein an einer Supermarktkasse wiedergewinnt. Ein Postler, der sein eigenes Postamt überfällt. Junge Frauen und Mädchen, die an einer Virginitäts-Show teilnehmen. Eine Büroangestellte, die ein zufälliges Date mit George Clooney hat. Sie und noch viele andere treffen auf die »Rote Lilo« und den »Wolfsmann«. Der Ort dieser insgesamt 33, auf

den ersten Blick teilweise seltsamen Begegnungen: die Arbeitswelt. Wenn nun die AkteurInnen der im Rahmen des Literaturprojektes »Der Duft des Doppelpunktes« entstandenen **Anthologie** »Rote Lilo trifft Wolfsmann« ihre Geschichten »offenbaren«, hämmerten, hobelten und feilten die TeilnehmerInnen im Laufe von zwei Jahren an ihren Texten. Am Anfang dieses Prozesses steht der erste Geburtstag des Literaturblogs »Duftender Doppelpunkt«. Dieser fiel auf den 1. Mai 2006 und wir – Petra Öllinger und Georg Schober – schrieben aus diesem Anlass einen zweistufigen Literaturpreis aus. Als Thema der Ausschreibung wählten wir: die Arbeitswelt.

Ein scheinbar »alter Hut«

»Arbeiterliteratur signalisiert heutzutage **Anachronismus**. Ein Begriff aus einer scheinbar längst vergangenen Epoche, eine niemals klar definierte Gattung, zumal sich Kunst und Arbeitswelt im deutschsprachigen Raum geradezu ausschließen. Die anglophone wie frankophone Literaturgeschichte betrachtet die Literatur ohne Ausklammerungen, in mediterranen Ländern zählt Volkskunst ohnehin zum Kulturgut, und in Regionen, in denen die **Oralliteratur** überwiegt, zeugen noch heute die Interpretationen in Form von Songs, Videoclips und Filmen vom ungebrochenen Stellenwert einer hierzulande belächelten Kunstform«, schreibt Michael Tonfeld, erster Sprecher des Werkkreises Literatur der Arbeitswelt, Deutschland, im Vorwort der Anthologie.

Das **Sujet** der »Arbeitswelt« in der deutschsprachigen Literatur scheint zur

BUCHTIPPS

Rote Lilo trifft Wolfsmann. Literatur der Arbeitswelt: Texte des Literaturpreises »Der Duft des Doppelpunktes« zum Thema Literatur der Arbeitswelt, herausgegeben von Petra Öllinger & Georg Schober. Edition Art and Science/Reihe »Der Duft des Doppelpunktes«, 154 Seiten, ISBN 978-3-902157-33-1. € 13,80.

Ab dem 16. Mai 08 zu beziehen über:

»Der Duft des Doppelpunktes« – Kultur- und Wissenschaftsinitiative, c/o Petra Öllinger, Garbergasse 18/2, 1060 Wien, Tel.: 01/597 75 54.

E-Mail: info@petra-oellinger.at

ÖGB-Verlag Fachbuchhandlung, Rathausstraße 21, 1010 Wien, Tel.: 01/405 49 98/132

Lhotzkys Literaturbuffet, Taborstraße 28, 1020 Wien, Tel.: 01/276 47 36

INFO & NEWS

Die Präsentation der Anthologie »**Rote Lilo trifft Wolfsmann**« und die Verleihung des Preises »**Vom Duft des Doppelpunktes**« finden am 16. Mai 2008 um 19.00 Uhr statt.

Der Augustin-Chor »Stimmgewitter« bereichert den Abend musikalisch, kleines Buffet.

Ort: Städtische Bücherei Sandeilen, Rosa-Luxemburggasse 4, 1160 Wien.

Freier Eintritt. Wegen des begrenzten Platzangebotes wird um Anmeldung gebeten: E-Mail: info@petra-oellinger.at

Zeit nicht **en vogue** zu sein. Doch zeigen uns die Anzahl und die Qualität der Beiträge, dass dieser wesentliche Bereich menschlichen Seins nach wie vor SchriftstellerInnen intensiv beschäftigt. Bis Ende November 2006, dem Einsendeschluss der ersten Wettbewerbsstufe, trafen bei uns über 400 anonymisierte Beiträge von insgesamt 323 TeilnehmerInnen ein. Neben einer Fülle an Einsendungen aus Österreich und Deutschland und etwas zurückhaltender aus der Schweiz, erhielten wir auch Texte aus Polen, Spanien, Tschechien, Ungarn und der Ukraine. Anfang Jänner

2007 war es so weit – die Jury (Robert Hobl, Werner Lang, Peter Mitmasser und wir) trat zusammen. Als HerausgeberIn und MitjurorIn erlebten wir bei der Lektüre der Kurzgeschichten und Gedichte Berührendes, Aufrührendes, Humorvolles, Spannendes: Der Lurch wird bei der Hausarbeit gejagt, ein ehemaliger Schäfer verbringt seinen Lebensabend in einem Pflegeheim, einem kochfreudigen Mann wird das Zubereiten von Spinat zum Verhängnis ... Erlebbar wurden für uns aber auch Lebensbedingungen, an denen viele Menschen zu zerbrechen drohen: zunehmender Arbeitsdruck, Entsolidarisierung, Mobbing, Arbeitslosigkeit.

Die Jury stand vor der Herausforderung, aus der Fülle der qualitätsvollen Beiträge die besten zehn herauszufiltern. Es wurde gelesen, besprochen und, teilweise sehr kontroversiell, diskutiert – schlussendlich wurden die zehn PreisträgerInnen gekürt. Diese standen nun ihrerseits vor der Herausforderung, an Hand von zehn Kurzbiographien, die geeignete Tutorin, den geeigneten **Tutor** zu wählen; im Februar 2007 startete die zweite Runde des Wettbewerbs.

Netzwerkaufbau

Von Anfang an war für uns klar: Wir wollten uns nicht auf die Vergabe eines Preises beschränken. Einerseits sollte die Veröffentlichung der Texte in der Anthologie den AutorInnen zu größerer Bekanntheit verhelfen. Andererseits war der zentrale Gedanke der Ausschreibung, Menschen, die am Anfang ihres literarischen Weges stehen, durch die Zusammenarbeit mit einer im Literaturbetrieb erfahrenen Person zu unterstützen. Unter den TutorInnen befanden sich Mitglieder des Werkkreises Literatur der Arbeitswelt Deutschland (Markus Dosch, Marie-Sophie Michel, Marinus Münster, Horst Oberbeil, Ingeborg Struckmeyer) und im österreichischen Literaturbereich Tätige (El Awadalla, Raimund Bahr, Armin Baumgartner, Gerald Grassl, Traude Korosa). Das Ziel war nicht ein »belehrendes« Verhältnis »LehrerIn-SchülerIn«, sondern die Auseinandersetzung mit dem literarischen Schaffen sowohl auf der Seite der PreisträgerInnen als auch auf jener der TutorInnen. Die Zusammenarbeit soll auch dazu dienen, Kontakte zu Ver-



Seit 2005 gibt es den Literaturblog: literaturblog-duftender-doppelpunkt.at

lagen, Zeitschriften und anderen Kulturschaffenden herzustellen.

Die Teamfindung ging rasch vonstatten. Um einen strukturierten Rahmen zu bieten, legten wir eine maximal dreimonatige gemeinsame Schaffensperiode fest. In der Praxis gestalteten sich die einzelnen Kooperationen sehr unterschiedlich. Einige Teams entwickelten, konform mit den Ausschreibungsbedingungen, einen projektbezogenen, zeitlich beschränkten Austausch. Andere »übererfüllten« den Plan und arbeiten bereits an weiteren kooperativen Projekten. In dieser Phase verfassten die PreisträgerInnen einen zweiten Text zum Ausschreibungsthema – auch die TutorInnen stellten einen Beitrag für die Anthologie zur Verfügung. Besonders freuten wir uns, dass uns TeilnehmerInnen, die nicht zu den GewinnerInnen zählten, immer wieder über ihre Entwicklung berichteten. Einige wurden bereits aufgrund ihrer Beiträge, die sie auf unserer Site ins Netz stellten, von anderen Medien zwecks Publikation von Texten kontaktiert. Unser Wunsch, eine Vernetzung innerhalb der schreibenden »Zunft« zu entwickeln, erfüllte sich ... Ein Netzwerk, in dem sich der Begriff der Solidarität manifestiert: durch gegenseitige Unterstützung und voneinander Lernen.

Michael Tonfeld formuliert vorsichtig optimistisch: »Wenn die schriftliche Aus-

WEBLINKS

Duftender Doppelpunkt –
Infos aus Literatur und Wissenschaft:
literaturblog-duftender-doppelpunkt.at/

einandersetzung mit der Situation abhängig Arbeitender nun allen Unkenrufen zum Trotz wieder erstarkt, von Hamburg über Berlin und Leipzig bis nach Wien wiederum Werkstätten schreibender Lohnabhängiger entstanden sind, beweist dies, die Auseinandersetzung mit den Auswüchsen des Spätkapitalismus in Zeiten der Globalisierung beginnt von neuem, wie Krimis, Satiren, selbst Lyrikbände und Romane belegen. Die Gegenöffentlichkeit lebt, wenn auch auf Sparflamme.« Und sie lebt auch in der Anthologie »Rote Lilo trifft Wolfsmann« – in Form von 33 literarischen Stimmen.

KONTAKT

Schreiben Sie uns Ihre Meinung
an die Autorin
info@petra-oellinger.at
oder die Redaktion
aw@oegb.at

Die Kinder des Zorns

Eine Ausstellung in der Kunsthalle Wien führt zurück in die siebziger Jahre zur etwas anderen Jugendrevolte: »Punk. No One Is Innocent«

Autorin: Dr. Sibylle Fritsch

Freie Journalistin

Sie hatten ihren Dresscode, ihren Körperschmuck und ihre Parolen: grün oder orange gefärbtes Haar mit Irokesenschnitt, gepiercte Lippen, Sicherheitsnadeln im Gesicht, Klamotten aus dem Altkleidercontainer, Springerstiefel, Ketten, Nieten und an Häuserwände gesprayte Slogans – No Future, Do it yourself, Vertraue niemandem, Gott ist eine Lüge, Verschwende deine Jugend, Please kill me. Die Punkbewegung, in den frühen siebziger Jahren entstanden, war die bis dato letzte globale popkulturelle Revolte, geprägt vom

Umsturz der Zeichensysteme, des Stils und der musikalischen Ausdrucksformen, begleitet von links-anarchistischen Attitüden und einem gefährlichen Spiel mit Symbolen totalitärer Systeme.

Hintergrund Neoliberalismus

Mit ihrem Protest traten die Kinder des Zorns gegen die längst in den Hitparaden gelandeten Dinosaurier der Rock- und Popmusik an, gegen harmoniesüchtige »Summer of love«- und Hippie-Ideale und gegen das bürgerliche Establishment, das sich, trotz kaum verklungener Studentenrevolte, wieder in aller Knöchernheit zu etablieren begann. »Der politische Hintergrund war die allgemein spürbare Wende zum Neoliberalismus, vor allem in Margret Thatchers England. Die Bewe-



**Punkprinzessin
Vivienne Westwood
in ihrem Laden SEX
mit einer Fetischmaske.**

© William English

WEBLINKS

Punk im Internetlexikon Wikipedia
de.wikipedia.org/wiki/Punk

Poplexikon Laut.de
www.laut.de/lautwerk/punk/index.htm

Kunsthalle Wien
www.kunsthallewien.at/

gung hätte sonst keine Resonanz gefunden. Die verkommenen Stadtviertel von London waren die Exerzierplätze der Punks«, sagt Kurator Thomas Mießgang, der mit der Ausstellung »Punk. No One is Innocent« in der Kunsthalle Wien zu den Anfängen der Punkkultur zurückführt, um aufzuzeigen, wie ein Trend entsteht. »Am Beispiel der Metropolen Berlin, London und New York sollen die Unterschiede und Gemeinsamkeiten des Punk in verschiedenen Kulturräumen und Milieus vermittelt werden, ebenso ihre Auswirkungen auf die bildende Kunst, die Mode und die Chiffren der Revolte.«

This is the story of Johnny Rotten ...

Viele der späteren Punkmusiker waren Absolventen von Kunsthochschulen, die nun mit Musikinstrumenten dilettieren konnten. Natürlich gab es Impulse und Vorreiter in Übersee, aus dem New Yorker (Velvet-)Underground, aber für die Mythenbildung des Punk eignen sich Malcolm McLaren, ein intellektueller Kunst-Rebell, und seine Partnerin Vivienne Westwood besser: 1971 begannen

die beiden in ihrem Laden »Let it Rock«, 430 Kings Road, London, zunächst Secondhandware, Schallplatten und von McLaren Entworfenes und von Westwood Geschneidertes zu verkaufen. Dann entdeckten sie Schwarz als Modefarbe, erklärten Sado-Maso-Outfits wie Hundehalsbänder, Leder und Bondageelemente zur Straßenkleidung und gaben dem Shop den Namen SEX. Bei öffentlichen Auftritten machte sich Vivienne Stachel-Gel-Frisuren und entwarf mit Knochenmustern und nackten Cowboys oder mit Botschaften wie »anarchy« oder »destroy« verzierte T-Shirts.

Der wirkliche mediale Durchbruch gelang in Verbindung mit den Sex Pistols, die McLaren aus dem Verkaufspersonal und Jungs von der Straße rekrutierte und managte. Dass das Equipment für die Musiker geklaut war, wurde zum Stilelement, ebenso wie das Motto »Wenn du drei Akkorde kannst, gründe eine Band« und die Klamotten der Westwood, die bald nicht mehr nur als McLarens Näherin fungierte, sondern eine eigenständige Entwicklung nahm.

»Hattet ihr je das Gefühl, dass ihr beschissen wurdet?«, brüllte Johnny Rotten am 14. Jänner 1978 beim letzten Konzert dieser ersten Mythos-beladenen Punkband im Winterland Ballroom in San Francisco. Damals war die Gruppe schon im Zerfall begriffen. Trotzdem: In den zwei Jahren ihrer Existenz hatte sie mit einer Handvoll Singles, die auf dem Album »Never mind the Bollocks, here's the Sex Pistols« gesammelt wurden, eine Revolution in der Rockgeschichte eingeleitet. Ihre Devise war Innovation durch Zerstörung, kreativer Dilettantismus statt handwerkliche Qualität.

Und doch fanden sich Musik, Design und bildende Kunst im Punk in einer Synthese. Das Do-it-yourself-Prinzip brachte Gesamtkunstwerke hervor, denn Kreativität war unumgänglich, wenn der Sänger z. B. das Plattencover selbst gestaltete und auch entwarf. Eine Reihe von KünstlerInnen wie Laurie Anderson, Martin Kippenberger, Robert Mapplethorpe, Linder, Stephen Willats spielten Vorreiter oder ließen sich von der Jugendkultur inspirieren. Und so nahm die Punkbewegung den Lauf alles Irdischen in der kapitalistischen Welt und ging – entgegen der ursprünglichen Intention



Punk als Aktionismus:
Linder mit ihrer Band Ludus
im Club La Hacienda,
Manchester 1992.

© Stuart Shave/Modern Art, London

– in den Kunstmarkt und den Mainstream ein.

Aktionismus als Programm

Der Begriff Punk, zuerst von Shakespeare in »Maß für Maß« für eine Prostituierte gebraucht, wurde mit Außenseitern, Dreck, Sandlern assoziiert, lässt sich auch im Rückblick als zynische, flüchtige und schnelllebige Subkultur umschreiben, mit eigenen poetischen, politischen und apolitischen Ausdrucksformen: Das Feiern von Hässlichkeit, Protest gegen alles und jedes, aber auch spontane dadaistische Aktionskunst, exzessiver Konsum von Alkohol, Drogen und Sex gehörten dazu. Leider auch die Abspaltung von Teilen der Bewegung ins rechtsradikale Lager. Die Musik war eine schnelle, sehr einfache, effektive und reduzierte Variante von Rock'n' Roll. Alles, was den Geruch von Qualität, Virtuosität und Star-Gehabe zu tun hatte, wurde heftig abgelehnt. Die Textestrotzen vor Tabubrüchen, radikalen, knappen Anklagen und Beschimpfungen, Reflexionen über das eigene Leben oder politischen Sprüchen: Advent Advent ein Nazi brennt, erst der Arm, dann das Bein, dann das ganze Nazischwein.

Musikauftritte konnten in reinen Aktionismus ausarten, wie bei Linder mit der Gruppe Ludus, 1982, im Hacienda

INFO & NEWS

Punk. No One is Innocent

Kunst – Stil – Revolte

KUNSTHALLE Wien, Halle 1,
16. Mai bis 7. September 2008

Kurator: Thomas Mießgang

Club in Manchester. Sie trug ein Kleid aus Hühnerfleisch, einen schwarzen Dildo. Tische waren mit blutigen Tampons dekoriert, die Besucher bekamen Fleisch in Pornomagazine eingepackt serviert.

Auch hier hatte Vivienne Westwood Vorbildfunktion: Einst Prinzessin des Punk, heute eine der wichtigsten Designerinnen, inszenierte sie skandalträchtige Auftritte in London. Behängt mit Vorhängeschlossern und im Gumminglegé spazierte sie durch die Stadt und brachte den Verkehr zum Erliegen.

KONTAKT

Schreiben Sie uns Ihre Meinung
an die Autorin
s.fritsch@akis.at
oder die Redaktion
aw@oegb.at

Auf dem Weg nach Links

Von Argentinien bis Venezuela macht sich auf dem von sozialen Gegensätzen geprägten Kontinent Lateinamerika ein neues Selbstbewusstsein breit.

Autorin: Mag. Lucia Bauer

Büro des Vorsitzenden GPA-DJP

Der Filmregisseur Oliver Stone nennt ihn einen großen Mann, Supermodel Naomi Campbell reist eigens nach Venezuela um ihn zu interviewen und kennenzulernen und beschreibt ihn als »Engelsrebell«. Die Frankfurter Rundschau bezeichnet ihn nach seiner Beteiligung an der Befreiung dreier Geiseln in Kolumbien als einen »Friedenstifter und Gutmenschen«. Für US-Präsident George Bush steht er für die »Achse der **Subversion**« zwischen Kuba und Venezuela, und das britische Magazin »The Economist« freute sich im Dezember 2007 über »den Anfang vom Ende des Hugo Chávez«.

Popstar Hugo Chávez

Man kann den populistischen Präsidenten Venezuelas Hugo Chávez lieben oder hassen. Seine Sozialprogramme loben oder sich über seine rhetorischen Entgleisungen und seine unpassende Allianz mit dem iranischen Präsidenten Mahmūd Ahmadi-Nežād empören. Eines steht jedoch zweifelsfrei fest. Hugo Chávez ist im Moment der Popstar unter den lateinamerikanischen Staatsoberhäuptern. Er versteht es ausgezeichnet, die Öffentlichkeit in seinen Bann zu ziehen und symbolisiert für KritikerInnen und AnhängerInnen den Linksruck in Lateinamerika. Eric Hershberg und Fred Rosen nennen ihn in ihrem Buch »Latin

America after Neoliberalism« »den unverfrorenen Rebellen und Radikalen«, der mit seiner antiimperialistischen Rhetorik und konsequenten Süd-Süd-Solidarität den Spielraum für alle vergrößert habe.

1999 wurde der ehemalige Putschist gegen die Militärdiktatur, Hugo Chávez, zum Präsidenten von Venezuela gewählt. Er propagierte einen Sozialismus des 21. Jahrhunderts und läutete den Wandel im südlichen Amerika ein. 2002 siegte der Arbeiterführer und Gewerkschafter Luiz Inácio Lula da Silva bei den Präsidentschaftswahlen in Brasilien. Im selben Jahr übernahm der Linksperonist Nestor Kirchner die Präsidentschaft in Argentinien. 2007 wurde seine Frau Cristina Fernández de Kirchner zur Präsidentin gewählt. Sie hat angekündigt seine Politik fortzusetzen. In Uruguay siegte 2004 der Kandidat der Linken Tabaré Vázquez und in Chile 2006 die Sozialistin Michelle Bachelet. In Nicaragua kamen 2006 mit Daniel Ortega zum ersten Mal seit 16 Jahren wieder die **Sandinisten** an die Regierung. Im Dezember 2006 übernahm der ehemalige Kokabauer und Sozialist Evo Morales als erster Indigener die Präsidentschaft in Bolivien. Und seit Jänner 2007 hat auch Ecuador einen linken Präsidenten: den Wirtschaftswissenschaftler Rafael Correa. Um diese aktuelle Entwicklung besser nachvollziehen zu können, lohnt es sich, einen Blick auf die jüngere Geschichte des lateinamerikanischen Kontinents zu werfen.

Industrialisierung

Seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs bis zum Ausbruch der Schuldenkrise in

den Achtzigerjahren verzeichneten die meisten lateinamerikanischen Staaten ein beachtliches Wirtschaftswachstum von konstant über fünf Prozent – mit einer Politik, die auf wirtschaftlichem **Protektionismus** und öffentlichen Investitionen beruhte. In dieser Phase der sogenannten importsubstituierenden Industrialisierung wurden auch die Sozialsysteme ausgebaut. Letztlich waren diese Verbesserungen aber partiell und die soziale Ungleichheit in Lateinamerika blieb eine der höchsten der Welt. Politisch war diese Zeitspanne gekennzeichnet durch relative Unsicherheit und einen Wechsel zwischen Phasen der Demokratie und – oft von den USA unterstützten – brutalen Militärdiktaturen. In der Zeit des wirtschaftlichen Aufschwungs liehen sich viele Staaten Lateinamerikas große Summen von internationalen Gläubigern. Von 1975 bis 1983 vervierfachte sich so die Auslandsverschuldung des lateinamerikanischen Kontinents. Als schließlich die Weltwirtschaft in eine Rezession geriet, wurde klar, dass die meisten Länder keine Chance hatten, diese Schulden jemals zu begleichen.

Washington Consensus

Die unmittelbare Folge der Krise war nicht nur ein Einbruch beim Wirtschaftswachstum, sondern auch eine Kehrtwende bei der wirtschaftlichen Entwicklungsstrategie. Diskreditiert waren zudem die mit der importsubstituierenden Industrialisierung verknüpften Regime. Insofern trug die Schuldenkrise dazu bei, die Diktaturen in der Region zu Fall zu bringen. Die Krise hatte die hoch verschuldeten

WEBLINKS

Internetlexikon Wikipedia
zu Lateinamerika
[de.wikipedia.org/wiki/
Lateinamerika](http://de.wikipedia.org/wiki/Lateinamerika)

Lateinamerika-Institut
www.lai.at/

Österreichs Zeitschrift zu Lateinamerika
und der Karibik

www.lateinamerika-anders.org/

GIGA Focus Lateinamerika
[www.giga-hamburg.de/in-
dex.php?file=gf_lateinamerika.
html&folder=publikationen](http://www.giga-hamburg.de/index.php?file=gf_lateinamerika.html&folder=publikationen)

Länder jedoch auch unter Zugzwang und in Abhängigkeit der vor allem von den USA dominierten internationalen Finanzinstitutionen gebracht.

Beinharte neoliberale Reformen, die auf den Abbau von Subventionen, Marktöffnung, Privatisierungen und Haushaltsdisziplin setzten, wurden in die Wege geleitet. Anhänger dieses »Washington Consensus« versprachen, dass diese »unvermeidlichen Einschnitte« nicht nur zu mehr wirtschaftlicher Stabilität führen, sondern letztlich auch die Armut reduzieren würden. Tatsächlich war die Folge dieser Politik jedoch ein weitgehender Abbau der ohnehin schwach ausgebauten sozialen Sicherungssysteme und der öffentlichen Versorgung. Obwohl sich die soziale Lage vieler Menschen immer weiter verschlechterte, glaubten die AnhängerInnen des Washington Consensus weiter an eine Alternativenlosigkeit ihrer Politik.

Die Linkswende

Ende der Neunzigerjahre war schließlich offensichtlich, dass die neoliberale Strategie niemals aufgehen würde. Das Wirtschaftswachstum war stark zurückgegangen (zwischen 1,0 und 3,2 Prozent), während der Prozentsatz jener Menschen, die in absoluter Armut lebten, konstant bei 40 Prozent geblieben war. Nachdem schließlich 2001 der neoliberale Muster Schüler Argentinien den Staatsbankrott erklären musste, war der Druck der Opposition bereits so stark, dass die Zeit für

einen Wechsel mehr als reif war. Massenproteste wie in Bolivien, Argentinien und Ecuador führten in den vergangenen Jahren wiederholt zu Rücktritten und vorgezogenen Neuwahlen und haben Regierungen an die Macht gebracht, die sich wie die von Evo Morales in Bolivien mehr auf soziale Bewegungen als auf klassische politische Parteien stützen.

Gemeinsam ist all diesen Regierungen, dass sie sich großen Erwartungen gegenübersehen. Die politisierten Massen, die für einen Umbruch auf die Barrikaden gegangen sind und die sozialen Bewegungen, die ihre Wahl unterstützt haben, erwarten sich viel. Koalitionen waren geschlossen worden, um den Wahlsieg zu erringen und diese gilt es nun zusammenzuhalten.

Dafür setzt die neue Linke auf eine aktivere Rolle des Staates, mehr Regulierung für die Wirtschaft, verstärkte Partizipation jener Bewegungen, die sie unterstützt haben, und Armutsbekämpfung. Außenpolitisch hat sich die neue Linke tendenziell von den USA distanziert. Statt auf die von den USA forcierte Freihandelszone von Alaska bis Feuerland baut sie auf regionale Integration.

Neues Selbstbewusstsein

Und der Erfolg scheint ihr Recht zu geben. Das Wirtschaftswachstum in Lateinamerika ist mit 5,6 Prozent derzeit so hoch wie schon lange nicht und laut der UN-Wirtschaftskommission für Lateinamerika (CEPAL) schafften 2006 etwa 14 Millionen Menschen den Sprung über die Armutsgrenze. Eines nach dem anderen haben die ehemals in Geiselschaft des Internationalen Währungsfonds befindlichen Länder ihre Schulden zurückbezahlt.

Seither wetteifern vor allem Brasilien und Venezuela mit Initiativen zur regionalen Integration und Kooperation um eine Vormachtstellung in Lateinamerika.

Damit sind die Probleme des Kontinents noch lange nicht gelöst. Nach wie vor ist in Lateinamerika das Gefälle zwischen Arm und Reich so hoch wie nirgendwo sonst auf der Welt. Der Rückgang der Armut ist nicht nur den Sozialprogrammen zu verdanken, sondern auch den hohen Ölpreisen und der großen

Nachfrage nach Rohstoffen und Agrarprodukten. Viele dringend nötige Reformen, wie etwa die Landreform in Brasilien, lassen seit Jahren auf sich warten. Gerade in Brasilien vergeht kein Tag, an dem nicht enttäuschte AnhängerInnen gegen die lange ersehnte, linke Regierung protestieren, die sie vor kurzem noch unterstützt haben. Und auch in Bolivien läuft der Wandel alles andere als reibungslos. Der bolivianische Präsident Morales kann sich zwar noch der Unterstützung seiner Basis sicher sein. Die Opposition bekämpft aber jeden seiner Reformschritte und droht das Land zu spalten.

Keine Frage, hier gibt es noch viel zu tun, um den Aufschwung nachhaltig zu machen. Wichtig für die Menschen in Lateinamerika ist aber, dass Alternativen erkennbar werden: Dass erstmals die Früchte des wirtschaftlichen Erfolgs stärker verteilt werden. Dass wirtschaftspolitische Entscheidungen plötzlich auch umkehrbar sind, und dass erstmals Menschen politisches Gewicht erhalten, die bisher nie gehört wurden.

Und der Spielraum hat sich tatsächlich erweitert: Völlig undenkbar noch vor wenigen Jahren, dass der neu gewählte ecuadorianische Präsident Correa entgegen aller Warnungen einen Freihandelsvertrag mit den USA einfach aufkündigt. Oder, dass mit der Kokabäuerin Silvia Lazarte eine indigene Frau Präsidentin des bolivianischen Verfassungskonvents wird, in einem Land, in dem bisher alle Macht in den Händen einer kleinen, natürlich weißen Elite lag.

All das gibt dem Kontinent ein neues Selbstbewusstsein und lässt vorsichtig optimistisch in die Zukunft blicken. Laut Latinobarómetro, einem chilenischen Umfrageinstitut, das seit 1995 regelmäßig die Meinung der LateinamerikanerInnen erhebt, schätzen übrigens die VenezolanerInnen ihre Zukunft am positivsten ein.

KONTAKT

Schreiben Sie uns Ihre Meinung
an die Autorin
lucia.bauer@gpa-djp.at
oder die Redaktion
aw@oegb.at

Europa:

35.000 protestierten in Ljubljana

Erfolgreicher Auftakt der EGB-Kampagne „Offensive für faire Löhne“ am 5. April 2008.

35.000 Menschen aus 50 Gewerkschaften und 30 Ländern marschierten am 5. April durch die Straßen von Ljubljana. Sie trugen ihre Transparente und Fahnen für höhere Löhne und mehr Einkommensgerechtigkeit. Rund 300 TeilnehmerInnen reisten mit Bussen aus Österreich an. Die Demonstration richtete eine klare Botschaft an die PolitikerInnen der EU-Staaten: Die Gewerkschaften und ihre Mitglieder nehmen den sinkenden Anteil der Löhne und Gehälter am Volkseinkommen sowie die schwindende

Kaufkraft nicht sang- und klanglos zur Kenntnis. Und an die Adresse der ArbeitgeberInnen ging der Appell »Wir werden für faire Lohn- und Gehaltsabschlüsse aller ArbeitnehmerInnen kämpfen!«.

Hintergrund ist das seit Jahren andauernde Stagnieren der Löhne und Gehälter in Europa. In den meisten europäischen Staaten nimmt der Anteil der Einkommen der Erwerbstätigen an der Wirtschaftsleistung ab. Die Gewinne der Unternehmen steigen hingegen an, und die Gehälter der ManagerInnen erreichen as-

tronomische Höhen. Der Protesttag in Ljubljana war die erste gesamteuropäische Gewerkschaftsdemonstration in einem der neuen EU-Mitgliedsstaaten. Durch die Teilnahme und die starke Präsenz der VertreterInnen der europäischen Gewerkschaften war sie ein deutliches Zeichen dafür, dass die ArbeitnehmerInnen in Europa nicht nur faire Löhne und Gehälter verdienen, sondern für diese auch kämpfen werden.

Fotos der Demonstration und weitere Infos finden Sie unter: www.oegb.at

Iran:

Haftverlängerung für Salehi möglich

Der ehemalige Vorsitzende der Bäckereigewerkschaft wurde erneut vor Gericht gestellt.

In einer gemeinsamen öffentlichen Erklärung fordern amnesty international, der Internationale Gewerkschaftsverband (ITUC) und die Internationale TransportarbeiterInnen-Gewerkschaft (ITF) die Freilassung von Mahmoud Salehi, dem ehemaligen Vorsitzenden der Bäckereigewerkschaft von Saquez. Salehi wird seit Jahren wegen seiner gewerkschaftlichen Aktivitäten von den Behörden verfolgt – ebenso lange erfährt er internationale Solidarität. Die akute Gefängnis-

strafe resultiert aus einer Verhaftung nach einer friedlichen 1.-Mai-Kundgebung 2004.

Mahmoud Salehi sollte nach einer Haftstrafe am 23. März 2008 freigelassen werden. Doch am 17. März wurde er vor Gericht geladen und mit neuen Anklagepunkten konfrontiert. Ihm wurde vorgeworfen, dass er mit Menschen außerhalb des Gefängnisses kommuniziert habe, um diese zu Solidaritätsgrüßen für im Hungerstreik befindliche Häftlinge zu

motivieren. Die neuen Anklagepunkte könnten als Vorwand dienen, um Mahmoud Salehi weiterhin in Haft zu halten – über den 1. Mai dieses Jahres hinaus, fürchten sie und die Gewerkschaften.

amnesty international und die Gewerkschaften fordern die unverzügliche Freilassung von Mahmoud Salehi. Appellieren auch Sie an die Behörden – mehr Infos unter:

www.amnesty.at/gewerkschafterInnen

USA:

Hafenarbeiterstreik gegen Krieg

Die US-Gewerkschaft der Hafenarbeiter plant am 1. Mai einen Proteststreik gegen den Irakkrieg.

Die **US-Gewerkschaft ILWU** (International Longshore and Warehouse Union) hat beschlossen, am 1. Mai einen Proteststreik gegen den Irak- und den Afghanistan-Krieg zu organisieren. Die ILWU ist präsent in 60 Hafenstädten an der US-Westküste. Auf einer Delegiertenkonferenz am 8. Februar wurde ein Antrag aus San Francisco angenommen, am 1. Mai einen Tag lang gegen den Krieg und für

den sofortigen Rückzug der Truppen aus dem Irak und aus Afghanistan zu streiken. Der 1. Mai ist in den USA kein Feiertag.

In der Resolution für den geplanten Streik heißt es: »... weil viele Gewerkschaften und die übergroße Mehrheit des amerikanischen Volkes inzwischen den ungerechten Krieg im Irak ablehnen, während die beiden größten Parteien, die

Demokraten und Republikaner, den Krieg weiterhin unterstützen ... deshalb erklären wir, dass es Zeit ist, den Arbeiterprotest zu verstärken, indem wir die Gewerkschaften und die Werk tätigen in den USA und weltweit dazu aufrufen, für einen Tag »Kein Frieden – keine Arbeit« am 1. Mai 2008 zu mobilisieren ...«

Mehr Infos: www.ilwu.org/longshore/maydayrally08.cfm /

Gott behüte!

Der Journalist und Buchautor Robert Misik meint, dass Religion auch Positives bewirkt hätte. Jetzt wäre es aber an der Zeit, sich aus der Politik herauszuhalten.

Autor: Florian Kräftner

Mitarbeiter des Pressereferats im ÖGB

Marx hatte Unrecht: Die Religionen sind nicht das ›Opium des Volkes‹. Sie sind das Aufputzmittel«, schreibt der Journalist Robert Misik in seinem aktuellen Buch »Gott behüte! Warum wir die Religionen aus der Politik raushalten müssen«. Und Misik sieht das durchaus bedrohlich, denn Religion neurotisiert. Sie hetzt Menschen gegeneinander auf. Der Zusammenhalt innerhalb einer Gemeinschaft, den die Religionen mit sich brachten, geht viel zu oft mit einer aggressiven Abgrenzung nach außen einher. Denn was hätte den Kriegsparteien im ehemaligen Jugoslawien sonst als Argument für Kämpfe, Massenmorde und ethnische Säuberungen gedient, wenn nicht die Religionen? »(...) die ansonsten völlig ununterscheidbaren Südslawen waren nur anhand der Kriterien ›katholisch‹, ›orthodox‹ und ›muslimisch‹ überhaupt auseinanderzuhalten.«

Ganz so einseitig, wie dieses Beispiel klingen mag, sieht Misik die Sache aber nicht. Zumindest vergisst er nicht, auf das revolutionäre Potenzial der Religionen hinzuweisen. Der zentrale Gedanke von Juden- und Christentum, dass alles einmal besser werden wird – dass der Messias kommen wird –, sei die »Urszene des demokratischen Fortschrittsglaubens«.

Als Positivbeispiele führt Misik lateinamerikanische Freiheitstheologen an, aber auch Organisationen wie die Caritas, die als soziales Korrektiv notwendig sind. Auf der anderen Seite sei aber das

Christentum schon früh von der Religion der Armen immer mehr zur Herrschaftsreligion geworden – und religiöse Argumente sprachen für das Akzeptieren der Herrschaft: Was soll ich versuchen, an den Verhältnissen etwas zu ändern, wenn im Jenseits ohnehin die Erlösung auf mich wartet? »Sieht man sich die Geschichte der meisten Freiheitsbewegungen an, dann waren es jedenfalls meist die **sekulären** Kräfte, die sich mit dem Unrecht der Welt nicht abfinden wollten, während die Gläubigen in der überwiegenden Mehrzahl ihr Heil im Gebet suchten – ganz abgesehen davon, dass sich meist eine Bibelstelle fand, die die Eroberung eines Landes, die Unterdrückung der Frauen oder die Beibehaltung der Sklaverei legitimierten.«

Wasser predigen, Wein trinken

Man brauche keinen Gott, um Gutes zu tun, meint der studierte Philosoph Misik. Er kritisiert, dass die Religiösen, die hohe Moralvorstellungen haben, sich selten darauf beschränken, diese zu leben. Nein, sie wollen auch, dass sie für alle gültig sind – und das am besten per Gesetz. In der Diskussion darüber beanspruchen sie eine Sonderrolle: Bei allen Themen meinen sie, Experten zu sein (Warum halten sich eigentlich gerade zölibatäre Pfarrer als Experten für Sexualmoral?), greifen polemisch in jede gesellschaftliche Debatte ein. Wird darauf ebenso polemisch oder scharf reagiert, sind sie beleidigt und sehen ihre »religiösen Gefühle« verletzt. Aber: »Hat man schon jemals von politischen Akteuren gehört, die beklagten, die Argumentation ihrer Gegner würde ihre gewerkschaftlichen Gefühle verletzen oder ihre liberalistischen Überzeugungen nicht

BUCHTIPPS

**Robert Misik:
Gott behüte!**

Warum wir die Religionen aus der Politik raushalten müssen.

Ueberreuter Verlag,
192 Seiten,
19,95 Euro,
ISBN 978-3-8000-7296-5

Bestellung:
ÖGB-Fachbuchhandlung,
1010 Wien, Rathausstraße 21,
Tel.: (01) 405 49 98-132
E-Mail:

fachbuchhandlung@oegbverlag.at



respektieren?« Die Politik geht den Religionsgemeinschaften dabei immer öfter in die Falle. Gibt es soziale Spannungen, wird zum Dialog der Religionen eingeladen. Damit werde das Religiöse überbetont, »der weltanschaulich neutrale Staat fördert so eine Dynamik, die er eigentlich entschieden bekämpfen müsste«.

Misik schließt: »Gott schütze uns vor der Renaissance der Religionen.«

KONTAKT

Schreiben Sie uns Ihre Meinung
an den Autor
florian.kraeftner@oegb.at
oder die Redaktion
aw@oegb.at

Agora: Volksversammlung, großer Versammlungsort (Seite 15)

anachronistisch: nicht mehr zeitgemäß; zeitlich falsch eingeordnet (Seite 38)

Anthologie: Sammlung von Gedichten, Kurzgeschichten u. ä. (Seite 38)

Anthropologie: Wissenschaft vom Menschen; der wissenschaftliche Zweig beschreibt die evolutionäre Entwicklung des Menschen, während hauptsächlich in angelsächsischen Ländern auch die Entwicklung des Menschen als kulturelles bzw. soziales Wesen betrachtet wird. (Seite 9)

Bacon, Francis: Englischer Philosoph, Schriftsteller und Politiker (1561–1626), als Philosoph vertrat er unter anderem den Standpunkt, dass der Zufall beim Erarbeiten wissenschaftlicher Erkenntnisse soweit wie möglich ausgeschaltet werden sollte (Empirismus); 1618 Lordkanzler, 1621 wegen Korruption entlassen. (Seite 26)

BlackBerry: Tragbares Gerät zum Lesen und Schreiben von Mails, in der Regel mit inkludierter Handyfunktion. (Seite 24)

Blog: auch: Weblog, Online-Tagebuch; Webseite, auf der – nach der Art eines Tage- oder Logbuches – laufend neue Einträge zu sehen sind. Dabei stehen die neuesten Einträge an erster Stelle. (Seite 14)

CEO: Chief Executive Officer = Vorstandsvorsitzende/r (Seite 23)

Copy-Paste-Kultur: Kultur des Kopierens (aus dem Internet) und Einfügens (engl.: paste, sprich: peest) in eigene Werke (Seite 22)

Corporate Governance Kodex (englisch; sprich: koapoarät gawanens): Seit Oktober 2002 ist in Österreich ein Corporate Governance Kodex in Kraft, der zusätzlich zu den grundsätzlichen Regeln zum österreichischen Aktienrecht auch internationale Standards für die verantwortungsvolle Leitung von Unternehmen enthält. Der Kodex, der zuletzt im Jänner 2006 aktualisiert wurde, richtet sich vor allem an börsennotierte Aktiengesellschaften. (Seite 33) www.corporate-governance.at

desavouieren: bloßstellen; verleugnen (Seite 15)

Environment: Umgebung, Umwelt (Seite 8)

en vogue (französisch; sprich: au woog): in Mode (Seite 38)

Facebook: Internationale Internet-Plattform, auf der man u. a. frühere Klassenkameraden wiederfinden, über Interessen und Hobbys diskutieren sowie Partys und andere Veranstaltungen planen kann. (Seite 9)

Firmenbuch: Öffentliches Verzeichnis (Handelsregister), in dem die wichtigsten rechtserheblichen Tatsachen und Rechtsverhältnisse über Kaufleute

und Erwerbsgesellschaften eingetragen sind. (Seite 33)

Foucault, Michel (sprich: fukoh, mischäl): französischer Philosoph, Psychologe und Soziologe (1926–1984), verfasste meist historische Analysen, die untersuchen, wie Wissen entsteht, Geltung erlangt und Macht ausgeübt wird. So untersuchte Foucault unter anderem den Wahnsinn, die Medizin, die Humanwissenschaften, das Gefängnis und die Sexualität, wobei er wesentlich an Entwicklungen wie der Antipsychiatrie- und Anti-Gefängnis-Bewegung beteiligt war. (Seite 8)

IP-Adresse: Spezielle Adresse für das Internet-Protokoll, die jeder Computer im Web zugewiesen bekommt – ähnlich einem Autokennzeichen. (Seite 14)

Kurator: wissenschaftlicher Leiter eines Museums oder einer Ausstellung (Seite 8)

MySpace: ursprünglich dafür gedacht, registrierten UserInnen gratis Platz (space = Raum) im Internet zur Verfügung zu stellen, hat sich das 2003 gegründete MySpace rasch zu einem allgemeinen sozialen Netzwerk im Internet entwickelt; angeblich hat MySpace weltweit mehr als 180 Millionen Mitglieder. (Seite 9)

Narzissmus: krankhafte Ich-Bezogenheit (Seite 9)

Protektionismus: Schutz der heimischen Produktion gegen ausländische Konkurrenz mit Hilfe außenpolitischer Maßnahmen. (Seite 42)

Oralliteratur: mündlich erzählte/überlieferte Literatur (Seite 38)

Orwell, George: englischer Schriftsteller (1903–1950), kämpfte im Spanischen Bürgerkrieg, sozialkritisch engagiert. Werke: 1984 (entwirft das Bild eines totalitären Überwachungsstaates, wo sogar die Gefühle kontrolliert werden), Farm der Tiere (Seite 8)

Sandinisten (Sandinistas): Anhänger der (linksgerichteten) Sandinistischen Nationalen Befreiungsfront FSLN, die 1979 an der Spitze einer breiten Widerstandsbewegung die Somoza-Diktatur zu Fall brachte und Nicaragua bis 1990 regierte. Während dieser Zeit kam es zwar zu vielen Reformen, aber auch zu zahlreichen Menschenrechtsverletzungen, 1990 kam es durch Vermittlung der zentralamerikanischen Staaten zu freien Wahlen, die eine Koalition mehrerer politischer Parteien gewann. 1985 bis 1990 war Daniel Ortega, ein altgedienter FSLN-Mann Präsident, 2006 wurde er wiedergewählt. (Seite 42)

säkular: weltlich; alle hundert Jahre wiederkehrend (Seite 45)

Skypen: Weltweites Telefonieren per Internet, benötigt werden dafür nur die entsprechende Gratis-Software, Lautsprecher und Mikrofon, eventuell

zusätzlich eine Webcam. Über Skype sind auch Telefonate zu Handys oder ins Festnetz möglich, dafür muss allerdings zuvor ein entsprechendes Gesprächsguthaben gekauft werden. (Seite 10)

Stakeholder: Personen oder Gruppen, die bestimmte Ansprüche bzw. Interessen gegenüber oder innerhalb eines Unternehmens gemeinsam haben, also zum Beispiel die Kunden, Gläubiger etc. Ein Unternehmen, das nicht nur auf Gewinnmaximierung und steigende Aktienkurse achtet, versucht, die Interessen sämtlicher Stakeholder so weit wie möglich zu berücksichtigen. (Seite 32)

subversiv: (im Verborgenen) auf den Umsturz der staatlichen Ordnung hinarbeitend (Seite 42)

Sujet (französisch; sprich: süschee): Thema (Seite 38)

Tutor: Lehrer und Ratgeber von StudentInnen (Seite 39)

User Tracking: Mit Hilfe der IP-Adressen lassen sich die »Bewegungen« von Internet-Surfern genau nachvollziehen, die gesammelt dann ein Personenprofil zeichnen, das Auskunft über Interessen, Vorlieben, Kaufverhalten etc. gibt. (Seite 23)

Utilitarismus: Theorie, nach der Handlungen danach bewertet werden, in welchem Ausmaß sie zur Förderung des Glücks der meisten Menschen nützlich (lat.: utilitas = Nutzen) sind. Handlungen werden also vorwiegend nach ihrer Folgewirkung und nicht nach der dahinterstehenden Gesinnung beurteilt. Der Utilitarismus wurde bereits im 18. Jahrhundert systematisch entwickelt und bei konkreten Fragen angewandt. (Seite 8)

Washington Consensus: Summe von wirtschaftspolitischen Maßnahmen, die Regierungen zur Förderung von wirtschaftlicher Stabilität und Wachstum in den lateinamerikanischen und karibischen Staaten durchführen sollen. 1990 in Washington erwartete man sich durch die Globalisierung nicht nur wirtschaftliches Wachstum, sondern auch den Ausgleich zwischen armen und reichen Ländern. Dafür einigte man sich auf zehn Instrumente wie beispielsweise Liberalisierung der Handelspolitik, Steuersenkungen, Privatisierung, Deregulierung etc. Kritiker wie der Nobelpreisträger Joseph Stiglitz meinen, dass IWF und Weltbank bisher nicht für den richtigen Maßnahmenmix gesorgt haben und kaum etwas verbessert wurde. (Seite 43)

Wireless LAN: drahtlose Netzwerk-Verbindung, LAN = Local Area Network (Seite 24)

Workflow: Arbeitsablauf (Seite 13)

YouTube: 2005 gegründete Internet-Plattform, auf der Videos kostenlos online gestellt und betrachtet werden können. Nach dem durchschlagenden Erfolg wurde YouTube Ende 2006 von Google übernommen. (Seite 9)

Neuerscheinung

Reihe Gesetze und
Kommentare

OGB VERLAG



Arbeits- zeitgesetz

Josef Cerny
Christoph Klein
Bernhard Schwarz
Gerda Heilegger

**Arbeitszeit-
gesetz**
Gesetze und
Kommentare Nr. 84
2008, 660 Seiten
€ 45,-
ISBN: 978-3-7035-1113-4

Welche Zeiten gelten als Arbeitszeit, wie ist die Tagesarbeitszeit und Wochenarbeitszeit definiert, was ist bei Gleitzeit zu beachten und welche Bandbreitenmodelle gibt es? Diesen und vielen anderen Fragen des den überwiegenden Teil der Bevölkerung betreffenden Arbeitszeitrechts widmet sich der mit praktischen Beispielen versehene Kommentar.

Da weite Bereiche des Arbeitszeitrechts bisher weder in der rechtswissenschaftlichen Literatur noch in der Rechtsprechung systematisch aufgearbeitet wurden, wurden von den AutorInnen viele Fragen mit entsprechend ausführlicher Begründung und Ableitung aus der nicht immer einfachen Gesetzeslage von Grund auf neu bearbeitet.

Ein Stichwortverzeichnis und Verweise auf im Internet zugängliche Gesetze, Verordnungen und EU-Bestimmungen erleichtern den Zugang zur Materie.

GARANTIERT GUT INFORMIERT
www.oegbverlag.at

BESTELLSERVICE
In jeder Buchhandlung
oder direkt bei der ...

Bestellung:

im Web: www.oegbverlag.at
per Mail: bestellung@oegbverlag.at oder
per Fax: 01/405 49 98-136

Verlag des Österreichischen Gewerkschaftsbundes GmbH

Fachbuchhandlung
Rathausstraße 21, 1010 Wien

Telefon: 01/405 49 98-132, Fax: DW 136
E-Mail: fachbuchhandlung@oegbverlag.at

Ja, ich bestelle _____ Exemplar/e von **Arbeitszeitgesetz**

€ 45,-

Name		
Firma/Institution		
PLZ	Ort	Anschrift
Telefon, E-Mail		
Datum, Unterschrift		

Ja, ich möchte den ÖGB-Verlag-Newsletter bis auf Widerruf per Mail an oben angeführte E-Mail-Adresse erhalten.
Eigentumsvorbehalt. Zahlbar bei Erhalt der Rechnung. Gemäß § 24 Datenschutzgesetz machen wir Sie darauf aufmerksam, dass Ihre Daten zum Zweck der Kundenbetreuung und Verrechnung automationsgestützt verarbeitet werden. Zahlungsverzugskosten übernimmt der/die BestellerIn. Satz- und Druckfehler vorbehalten. Preis inkl. USt., zuzügl. € 3,90 Versandkosten.

AW 4/08



Wir machen die Fußball-EM

Wir produzieren alles für die Spiele. Wir sorgen für Transport, Sicherheit, Sauberkeit, Gesundheit und den Service in Handel und Gastronomie. Dafür fordern wir Fairplay - an unserem EM-Arbeitsplatz!

**FAIRPLAY
AT WORK**

www.fairplayatwork.at



Fragen zum (EM-)Arbeitsplatz? **0800 577 744**

Foto: Paul Sturm

Ein Ersuchen des Verlages an den Briefträger:
Falls Sie diese Zeitschrift nicht zustellen können, teilen Sie
uns bitte hier den Grund und gegebenenfalls die neue oder
richtige Anschrift mit

?
Straße/Gasse Haus-Nr./Stiege/Stock/Tür
/
Postleitzahl Ort

Besten Dank

AW